

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pro Nummer 10 Pf.
 Vierteljahr 3.30 RM, monatlich 1.10 RM.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnement: 1.10 RM pro Monat
 eingetragene in die Post-Verzeich-
 nisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 4 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern
 je Zeile ober dem Raum 10 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Vertriebs-
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 10 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das heißt die
 Wort 10 Pf. (zweiwöchige Zeilenweise
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenangebote und Stellenanzeigen
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Gesprächsnummer: Amt Morisplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 20. Mai 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Gesprächsnummer: Amt Morisplatz, Nr. 1984.

Reichsverbandshauptling und sonst noch was.

Von Karl Liebknecht.

General v. Lindenau bildet eine einzelne traurige Aus-
 nahme. Die Auffassung, daß sein Fall nur das Symptom
 einer allgemeinen Korruptionsercheinung sei, ist eine
 Narrerei: so lautet das Echo der meisten bürgerlichen
 Blätter auf den Artikel vom Montag. Nun gut, wir werden
 sehen. Ich hätte ein Grab aufgerissen und einen Leichen heraus-
 gezerrt, so dekoriert die „Post“. Nun gut, so wollen wir an
 die Lebendigen gehen. Und deren gibt es wahrlich nicht wenige;
 denn das Titel- und Ordensgeschäft ist auch in unserem
 Preußen echt preussischer Eigenart ein „gutes Geschäft“ und
 wirft saftige Provisionen, „Bewegungsgelder“ und „Wach-
 gelder“ und noch manches andere ab.
 Ein gar weit verzweigtes System von „Schleppern“ und
 „Hauptschleppern“, von „Schiebern“ und „Oberschiebern“ ist
 über das ganze Land verbreitet und reicht selbst bis ins Aus-
 land. Hunderte von Menschen mögen allein in Berlin ihr
 Leben dadurch fristen oder sich eine starke Nebeneinnahme ver-

schaffen, daß sie in Titel und Orden „arbeiten“. Die Zahl der
 „Dummen“ ist ja so gewaltig groß. Freilich sind es nicht
 immer „Dumme“, die die Leute vom Metier so zu nennen
 pflegen; denn Titel und Orden rentieren sich für die damit
 Befegneten häufig ganz vortrefflich.
 Die „Kreuzzeitung“ fordert, daß unseren Angaben über
 General v. Lindenau nachgegangen werde, „und zwar in der
 rücksichtslosesten Weise, damit die Mitschuldigen, an denen es
 ja hier kaum fehlen kann, zur Verantwortung gezogen werden
 können, und damit in die ganzen, hier in Frage kommenden
 Verhältnisse gründlich hineingeleuchtet wird“. „Es muß der
 Nachweis geliefert werden — so schreibt sie — daß, wenn sich
 bei uns irgendwo etwas von Korruption zeigt, wir den Mut
 haben und es betragen können, sie restlos aufzudecken.“
 Nun wohl, so wollen wir zunächst aus unserem Material das
 folgende Brieflein vorlesen:

Herrn v. Lindenau!

Dr. Franz Ludwig
 Hauptgeschäftsführer Reichsverband
 600

Berlin W. 57, den 15. Sept. 1914.
 Anwalt

Sehr geehrter Herr General!

Soeben hatte ich mit meinem Gewährrmann eine Zusammenkunft, der mir folgende Eröffnungen machte:
 Die Erlangung des Professortitels bei uns preussischen Höfen ist nicht mehr, wie früher, bewährbar
 wenigstens nicht für Aerzte. Offenbar hat Preußen in dieser Richtung die Möglichkeit verbaht. Auch in Preußen
 gibt es Schwierigkeiten, weil die Professoren der medizinischen Fakultät solche Ernennungen zu verhindern bestrebt
 sind. Die Möglichkeit ist trotzdem vorhanden, aber die Kosten sind sehr hoch. Nach herrschender Ver-
 waltungspraxis muß derjenige, der einen solchen Titel von Sachsen, Hessen, Weimar usw. erhalten hat, ein Gesuch
 an die zuständige Behörde richten, daß ihm die Annahme des Titels gestattet werde. Das ist zum Teil Form-
 sache. Die Annahme wird gestattet, jedoch die Bedingung auferlegt, daß der Titel in einer Weise gebraucht wird,
 daß die nichtpreussische Herkunft ersichtlich ist, z. B. Großherzoglich sächsischer, Fürstlich lippecker Professor usw.
 Auch diese Bestimmung scheint ihren Ursprung in der medizinischen Fakultät zu haben. Die Professoren wünschen
 natürlich, daß ihr Titel nicht entwertet wird, und würden natürlich am liebsten, daß andere als Universitäts-
 dozenten den Titel überhaupt nicht erhalten.

Der von Preußen verliehene Titel, also ohne Zusatz, ist natürlich am wertvollsten, aber auch am
 teneuersten. Ihre Personalien sind an maßgebender Stelle vorgelegt worden, weil sich die Forderungen
 von Fall zu Fall anders stellen. Höher bei Ausländern als bei Inländern, höher bei Juden
 als bei Nichtjuden. Man verlangt also in Ihrem Falle:

1. Sie müssen, damit das Deforum gewahrt wird, noch eine gedruckte Abhandlung ein-
 reichen. Diese braucht nicht umfangreich zu sein, es ist nur Formsache. Z. B. Sie veröffentlichen einen
 Aufsatz in einer Fachzeitschrift und lassen davon Sonderabdrücke als Broschüre anfertigen oder direkt eine solche
 ad hoc geschriebene Broschüre drucken. Dies ist jedoch nur Formsache, damit man sich darauf berufen kann,
 Sie haben etwas Wissenschaftliches veröffentlicht.

2. An eine gewisse Stelle sind zu zahlen 40000 Mark und 1500 Mark Ver-
 mittelungsspesen. Der Betrag verfällt nur dann, wenn Sie das amtliche Ernennungsdekret vom Kultus-
 minister in der Hand haben. Sollte trotzdem, durch irgendeine Zufälligkeit, was nicht wahrscheinlich ist, die
 Ernennung scheitern, so haben Sie keinen Pfennig zu zahlen. Es ist also ein Ver- oder Zug-um-Zug-Geschäft.
 Das Nähere über die Einzahlung bei einem eingeweihten Notar wird erst mitgeteilt, sobald Ihr Entschluß
 vorliegt. Jegendein Risiko laufen Sie nicht. Die strengste Discretion wird garantiert.

Mein Gewährrmann sagt, daß manche Aerzte in Berlin mit Preußen den Betrag zahlen würden, wenn
 sie den Professortitel erlangen. Wer irgendwie belastet ist und nicht eine ganz weiße Weste hat, kann es überhaupt
 auch für Geld nicht erreichen. Ohne sehr saubere Manschetten ist die Ernennung überhaupt nicht erreichbar.

Ich würde, daß die preussischen Titel am höchsten im Kurse stehen, hatte mir aber die Sache
 viel billiger gedacht. Sie müssen nun selbst ermessen, ob Ihnen das Objekt nicht zu hoch erscheint, ob Sie das
 angelegte Kapital entsprechend verzinsen und rasch amortisieren können. Das letztere möglich ist, bezweifle ich ja
 schließlich nicht. Aber das ist ja Ihre Sache.

Mein Gewährrmann wünscht, daß Sie sich binnen acht Tagen entscheiden. Wenn Sie ablehnen, ist
 damit meine Mission erledigt. Ich bitte Sie aber unter allen Umständen um strengste Discretion. Nicht
 etwa, daß die Bemerkung irgendwo fallen lassen, daß saubersoviel das und das kostet! Darauf
 muß ich mich verlassen können. Ich erwarte also Ihre gefällige Entscheidung bis zum 22. September und verbleibe

mit vorzüglicher Hochachtung

Karl Liebknecht
Karl Liebknecht

Prüfen Sie in Ruhe und kühl rechnerisch die Angelegen-
 heit. Ich sende den Brief „eingeschrieben“, weil er nicht in
 unrechte Hände kommen darf.

Wer ist dieser Dr. Franz Ludwig? Wir schlagen das
 Register „Wer ist's?“ auf und lesen da unter anderem:
 Dr. Franz Ludwig. Geboren 3. November 1868 Schims-
 dorf bei Reichenberg i. Böhmen. Seit 1907 zweiter Haupt-
 geschäftsführer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie,
 Volkswirtschaftler, Schriftsteller. Hauptgebiete: praktische Ratio-

nalökonomie, Finanzwissenschaften, Staats- und Verwaltungs-
 recht. Werke u. a.: Im Fliederbusch, Gedichte; Thüringer Wald-
 vereinsliederbuch; die Reichstagswahlen von 07 und die Sozial-
 demokratie; Kommunismus, Anarchismus, Sozialismus; Die
 Sozialdemokratie, eine republikanische Partei.
 Arme „Post“, arme „Tägliche Rundschau“, General

v. Lindenau ist tot. Aber Dr. Franz Ludwig lebt und ist
 neben General v. Liebert der Hauptmatador des
 Reichsverbandes gegen die Sozialdemo-
 kratie!

Armer Reichsverband! Wer hätte sich das träumen lassen,
 als vor wenigen Wochen dein Jubiläum gefeiert wurde, und
 preisend mit viel schönen Reden die riesigen Verdienste des
 Reichsverbandes um die Aufrechterhaltung der heutigen
 Staats- und Gesellschaftsordnung besungen und beschwätzt
 wurden!

Armer Reichsverband! Dr. Franz Ludwig ist ja der
 Stärkste einer unter den Deinen! Seines Geistes Haut
 weht durch die Schriften des Reichsverbandes. Auf die ge-
 meingefährliche, umstürzlerische Sozialdemokratie hat er
 jahrelang alle Hunde gehehrt. Wer immer es wagte, die ver-
 logene und vergiftende Kampfesweise des Reichsverbandes
 aufzudecken, wurde von ihm rücksichtslos verfolgt. Mit
 Worten genug wußte dieser Mann zu finden, die Niedertracht
 der Sozialdemokratie mit patriotischer Empase zu brand-
 marken. Und nun entpuppt sich dieser Prophet und Räuder
 der Herrlichkeit unserer heutigen Gesellschaftsordnung und
 des deutsch-preussischen Vaterlandes, dieser giftige Bekämpfer
 und Begeisterer der Freiheitsbestrebungen und der Ideale des
 kämpfenden Proletariats als ein ganz gewöhnlicher „Schieber“
 in Titelschäften.

Einst sang er Gedichte „Im Fliederbusch“, heut macht er
 die heiligsten Güter der Nation zu Objekten von Ver-
 zug-um-Zug-Geschäften. Er schreibt gegen den Anarchismus
 und wirkt voll Eifer an der Anarchisierung und Korruption
 der heutigen Staatsordnung. Er wütet gegen die anti-
 monarchische Sozialdemokratie und unterwühlt als ein eifriger
 Maulwurf das monarchische System. Die Sozialdemokratie,
 die Erzfeindin des Christentums, so liegt er in tausend Flug-
 blättern und verböhnt durch die Tat jählich die monarchische
 Grundfrage des preussischen Staates.

Wahrhaftig — eine Stütze von Thron und Altar, bei der
 einem das Herz im Leibe laßt. Die „Finanzwissenschaftler“
 hat er sicher gründlich studiert, dafür legt seine gänzlich
 voraussetzungslöse Geschäftstüchtigkeit ein glänzendes Zeugnis
 ab. Daß sein „Hauptgebiet“ die „praktische Nationalökono-
 mie“ ist, das heißt diejenige, die für ihn praktisch ist, dafür
 ist nunmehr auch der Beweis erbracht. Und von „staatswissen-
 schaftlicher“ Gründlichkeit zeugt sein Brief nicht minder, der
 ein ganzes System des preussischen Titelschaffens zeichnet und
 die weite Ausbreitung des Sumpfes offenbart.

Und Dr. Franz Ludwig wird weiter zehren über die gott-
 und vaterlandslose und die antimonarchische Sozialdemo-
 kratie. Und mit ihm die vielen anderen Lindenaus und Lud-
 wig des Reichsverbandes und der kapitalistischen Korruption!

Die preussische Polizeiwirtschaft am Pranger.

Auch das Haus in der Albrechtstraße macht jetzt parlamentarische
 Gehörzeit. In drei Tagen, so hat man sich in den Kopf gesetzt,
 soll die dritte Lesung des Etats durchgeführt werden. Daß da von
 ernsthafter Beratung keine Rede sein kann, versteht sich. Aber was
 macht das? Die bürgerliche Mehrheit ist ja mit dem herrschenden
 System höchst zufrieden. Alle Mißbräuche der Verwaltung, alle
 Schäden des Systems gereichen ihr und ihrer Klassenherrschaft ja zum
 Vorteil. Wozu da noch lange reden?

Leider kann die sozialdemokratische Fraktion diese Hejragd. Die
 kein anderes Ziel kennt, als so rasch als möglich in die Finanzferien
 zu kommen, nicht mitmachen. Sie hat der Weichwerden noch eine
 Hülle vorzutragen, erneut die schwersten Anklagen gegen das zu
 Ray und Frommen des Geldsacks funktionierende Regiment zu er-
 heben. So mußte gleich beim ersten Punkt der Tages-
 ordnung, dem Eisenbahnetat, Genosse Leinert lebhaft
 Klagen über die Verhältnisse der Arbeiter und Unterbeamten äußern,
 über überlange Arbeitszeit, die nachweislich zu Schädigungen von
 Leben und Gesundheit geführt, über mangelnde Fürsorge für die
 Betriebsfähigkeit und sonstige Grundsünden der Eisenbahnverwal-
 tung, der ja die preussischen Nachhaber die vornehmste Aufgabe zu-
 gewiesen haben, recht hohe Betriebsüberschüsse zur Entlastung der
 reichen Steuerzahler abzuwerfen. Der Eisenbahnminister antwortete
 in der gewohnten Art. Er bestritt in zwei, drei Punkten die Rich-
 tigkeit der Informationen Leinerts auf Grund „seiner“ Untersuchungen
 — die sich doch auf Auskunftsholung gerade bei den besuch-
 digten Instanzen reduzierten! — und folgerte dann in bequemer
 Generalisierung die Unhaltbarkeit der gesamten Behauptungen des
 Beschwerdeführers. So simpel und plump diese Methode der Rech-
 fertigung des Eisenbahnministers immer sein mag — auf den Befehl
 seiner Auftraggeber im Dreiklassenhause darf Herr v. Breitenbach
 auch in der schwierigsten Position rechnen.

Nach der Bewilligung der ersten Vorrate für das neue Opern-
 haus — Genosse Liebknecht präferierte prägnant die Gründe für
 die Zustimmung der Sozialdemokratie — trat das Haus in die Be-
 ratung des Etats des Ministeriums des Innern ein. Diese Debatte benutzte Genosse Adolf Hoffmann in groß-
 zügiger Rede zu einer gehörigsten Generalabrechnung mit der ganzen
 preussischen Polizeiwirtschaft im umfassendsten Sinne.

Zunächst setzte sich Hoffmann gründlich mit der stupiden Rede
 auseinander, die die reaktionäre Prehmeute wegen der sogenannten
 „Denkmalskündigung“ in Charlottenburg inszeniert hatte. Diefem
 törichtem Streich stellte er die unzähligen Denkmalskündigungen durch

die „goldene Jugend“ entgegen und die lächerlich geringfügigen Verurteilungen, die die Gerichte in solchen Fällen stets gegen Ergebenden aus der Bourgeoisie verhängt hatten. Wuchtig brandmarkte er die freche Hege unierer Scharfmacher als den empörenden Versuch einer Kanaklösen Richterbeeinflussung.

Dann malte der sozialdemokratische Redner mit bestem Witz ein Bild der ungeheuerlichen Polizeistände, der Korruptionsskandale, der Polizeigezesse und der Versippung der Polizei mit dem schmutzigsten Gefindel der Polizeigenossen. Unwiderleglich zeigte er, wie diese Korruption nur ein naturnotwendiges Ergebnis jener Politik der Liebedienste ist, die unsere Polizei den Scharfmachern und Reaktionsären leistet, und erst verschwinden kann, wenn dies schmachvolle Dienstverhältnis aufhört. Die Rechte tobte bald bei dieser unheimlichen Zuspaltung, bald entsetzt sich ihre Erregung in wiederholtem Gelächter, einem Gelächter, in das auch Herr v. Poppensheim und seine Gefolgschaft ausbrach, als Hoffmann die wahnwitzigen Exzesse zweier Polizisten in Hamburg, die nach Witternachts aus ihrem Lebermat in achtzehn Wohnungen eindrangen und fünf- und vierzig Personen mißhandelten, als letzten und reinsten Ausfluß des preussischen Polizeigeistes charakterisierte.

Der wuchtigste Satz der eindrucksvollen Rede Hoffmanns galt der preussischen Wahlreform und ihrem jüngsten Widersacher, dem Testamentsvollstrecker des Herrn von Dastow, dem neuen Polizeiminister v. Voebell. Mit prächtigen Humor und einem Sarkasmus, ähend wie Schwefelsäure, nahm er den Kerntzen eine gute Viertelstunde in Behandlung. Der gute Herr strapazierte wieder die Sympathie seiner Unausprechlichen und gefühltesten nervös mit den Armen — aber eine Antwort riskierte er wiederum nicht. Auch die Parteien fühlten sich zu einem Woffengang nicht aufgeleget. Herr Schmedding, der Redner des wegen seiner insamen Wahlrechtsheuschrecke gleichfalls bös mitgenommenen Zentrums, war nächster Redner — aber als über einen eingegangenen Schlufantrag abgestimmt wurde und das Resultat recht fraglich erschien, stimmte Herr Schmedding krampfhaft mit für den Schlufantrag! Kein Streik gelüftete ihn!

Herr v. Voebell hat im Parlament die verdiente Antwort erhalten. Nun ist die Reihe zur Antwort an den Wahlrechtsheulen selbst!

Drunter und drüber!

Nach einer beinahe elfstündigen Dauerführung, die an die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit der Abgeordneten und der Beamten des Reichstages die größten Anforderungen stellte, wurden die Verhandlungen des Reichstages am Dienstag doch schließlich noch abgebrochen und auf Mittwoch vertagt. Man hatte eigentlich die dritte Lesung des Etats und noch einiges andere daneben mit Gewalt fertig machen wollen. Aber schließlich ging es doch nicht mehr. Die überreizten Nerven streikten. Regierung und Reichstag müssen schon noch einen weiteren Tag opfern, wenn sie ihre gemeinsamen Aufgaben erledigen wollen.

Ein Vergnügen ist diese gemeinsame Arbeit für den Reichstag wahrlich nicht. Wenigstens für solche Parteien nicht, die die Rechte des Reichstages als eines dem Bundesrat gleich geordneten Faktors der Gesetzgebung geachtet wissen wollen, die in ihm eine wahrhaftige Volksvertretung sehen. Ist es schon an sich kein Vergnügen, mit der auf ihre Tätigkeit und in ihrem Wesen schlechthin herrschenden Bürokratie zusammenzuwirken, so wird dieses zweifelhafte Vergnügen noch rascher und böser in sein Gegenteil verkehrt, wenn es sich um so „hartgefottene Bürokraten“ — ein bezeichnendes Wort des Genossen Ledebour — handelt, wie wir sie in Preußen-Deutschland hinnehmen müssen. Sie sind doppelt untraglich, weil sie ihre unwürdige Gleichmütigkeit und Liebedienerei nach oben hin, gegenüber den gekrönten und ungekrönten Königen, durch um so progrieres und hochmütigeres Geize nach „unten“ hin wieder gut machen zu müssen sich einbilden. Welche stolze Poie, wenn irgend so ein Staatssekretär oder Minister von Bethmann Hollwegs oder Heudebrands oder anderer Leute Gnaden ein „Annonchurbar“ dem Reichstage ins Gesicht schleudern darf! Welche höhnische Miene der Selbstgefälligkeit und des Triumphes, wenn sich die bürgerlichen Parteien wieder einmal läblich unterworfen haben und sich nun gegenseitig vor den Augen der Regierung an faulen Entschuldigungen zu überbieten suchen!

Am unertäglichsten wurde dieser für den kläglichen Parlamentarismus Deutschlands bezeichnende Zustand, als am Dienstag der sozialdemokratische Antrag beraten wurde, für die Landbriefträger einmalige Stellenzulagen in den Etat einzusetzen, damit wenigstens diese am traurigsten besoldete Kategorie von Beamten nicht ganz um die kleine Gehaltsaufbesserung komme, die ihr durch die am Starrsinn der Regierungsbürokratie gezeichnete Besoldungsvorlage werden sollte.

Statt daß die bürgerlichen Parteien diese Gelegenheit ergriffen hätten, um den Willen des Reichstages bis zum Schluß und auf alle Konsequenzen hin der Regierung gegenüber aufrechtzuerhalten, rückten alle Parteien mit kindischen Gebärden des Entsetzens von der Sozialdemokratie und dem von ihr geforderten Mut zum Handeln und zur Konsequenz ab. Unsere Genossen Baase und Ledebour geißelten in glänzenden und fastlich unwiderleglichen Reden diese Feigheit der bürgerlichen Parteien, die am unverschämtesten und selbstschändlichsten durch die Freimüthigen zum Ausdruck gebracht wurde. Ledebour traf den Nagel auf den Kopf, als er auf die Angst der bürgerlichen Parteien vor einer etwaigen Reichstagsauflösung hinwies, mit der dienstfeilige Offiziere am Vormittag drohten hatten. Aber es war auch ein Schuß ins Schwarze, als er die unjagbare Lächerlichkeit eines solchen Auflösungsgrundes nachwies.

Drunter und drüber ging es aber nicht nur bei dieser Angelegenheit. Nicht minder beschämend für den Geist des deutschen Parlamentarismus war die Tatsache, daß die bürgerlichen Parteien kein Wort in der Generaldebatte der dritten Lesung des Etats sagten. Ledebour gab als Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion noch einmal ein scharf umrissenes Bild der gegenwärtigen politischen Lage, wobei die bürgerlichen Parteien zwar interessiert zuhörteten und sich über die zahlreichen sarkastischen Bemerkungen des Redners freuten oder ärgerten, je nachdem sie sich mehr oder weniger getroffen fühlten. Aber keine bürgerliche Partei hielt es der Mühe wert, auch nur ein Wort zu sagen. Auch nicht die von Ledebour in die Erörterung gezogene neueste Phase der preussischen Wahlrechtsmach, wie sie durch die Erklärungen des neuen preussischen Ministers des Innern herbeigeführt worden ist, konnte sie zum Sprechen bringen. Nur schnell fertig werden! Das war die Losung! Nur keine langen und selbst keine kurzen Reden, so sehr ein solcher parlamentarischer Geschwindschritt auch die Würde des Reichstages unter dieäder bringt!

Am Meinen zeigte sich das Drunter und Drüber der Dienstaufhebung in der Erledigung zweier Anträge beim Titel der Reichsschulkommission. Die liberalen Parteien hatten sich in diesem Jahre endlich so weit aufgeschwungen, daß sie die von den Sozialdemokraten jüngst im Reichstag aufgestellte alte liberale Forderung der Schaffung eines Reichsschulgesetzes in veränderter Form aufgenommen und mit Hilfe der sozialdemokratischen Fraktion auch zur Annahme gebracht hatten. Inzwischen hat sich aber Preußen entschlossen, irgendeine sogenannte Zentralkommission für Erziehung und Unterricht in wohlwollender Erwägung zu ziehen, durch die die beklagenswerte Zersplitterung im deutschen Schulwesen erneut befestigt werden wird. Flugs verleugnen die Liberalen ihren eigenen Antrag, stimmen ihn sogar nieder, als er von sozialdemokratischer Seite neu eingebracht wird, und geben damit wieder ein Stück der Rechte des Reichstages preis.

Schlimmer war das Verhalten der bürgerlichen Parteien in einer Angelegenheit, die das Reichskolonialamt angang. Genosse Frank nahm sich der Eingeborenen Kameruns, der Dualas, an, die ihre Rechte in Deutschland selbst und im unmittelbaren Verkehr mit dem Reichstag vertreten wollten und von der Kolonialverwaltung deswegen als Aufreißer und Hochverräter behandelt werden. Mit scharfen Worten wies Frank die Verhaftung des Regers Din, der das für die eingekerkerte Kolonialbürokratie ungeheuerliche Verbrechen begangen hat, die Beschwerden seiner Stammesgenossen zu vertreten, als einen unerhörten Gewaltakt nach, für den jedwede Rechtsnormen fehlen. Obwohl Frank mehrmals an die bürgerlichen Parteien appellierte, auch ihrerseits durch entschiedene Stellungnahme die Uebergriffe der Kolonialverwaltung zurückzuweisen und die Rechte der Eingeborenen zu schützen — die bürgerlichen Parteien fanden kein Wort. Verlegen flüchteten sich die Freimüthigen hinter formale Einwände, während die freisch für den Gang der Politik herzlich gleichgültige Reichspartei noch die Gewalttaten der Kolonialverwaltung in Schutz nahm.

Drunter und drüber! Kein Plan, kein Ziel, kein Willen auf der bürgerlichen Seite! Es sei denn der ängstliche Wille, es um keinen Preis der Welt zum scharfen Konflikt mit der Regierung kommen zu lassen und im lähmen und rücksichtslosen Kampfe endlich die Rechte des Reichstages zu sichern und zu erweitern!

Eine Reichstagsauflösung wäre uns gerade recht gewesen! Sie hätte durch den frischen Wind der Volksstimmung die muffige Luft aus dem Bau am Königsplatz hinausgefegt und eine klare Lage in der inneren Politik Deutschlands geschaffen!

Die albanische Gefahr.

Gefangennahme Essad Paschas.

Aus Albanien kommen schlimme Nachrichten. Nach dem Ausfall der Epiroten ist jetzt ein Aufstand unter den mohammedanischen Albanern ausgebrochen, der sich gegen den Fürsten Wied richtet und offenbar den Zweck verfolgt, den christlichen und fremden Fürsten zu verjagen und an seine Stelle einen mohammedanischen und einheimischen Herrscher zu setzen. Die offiziellen Meldungen besagen:

Durazzo, 19. Mai. Starke, bewaffnete Banden, teils aus muslimanischen Janakizern, teils aus gegen ihre Vögte aufgebrachten Bauern bestehend, haben gestern mittag die zwei Stunden von Durazzo entfernte Ortschaft Sial besetzt und den Raimolam vertrieben. In Durazzo sind Schusswaffengegenstände getroffen worden.

Durazzo, 19. Mai. (Meldung der Agenzia Stefani.) Der italienische Kreuzer „Vettor Pisani“ und eine Anzahl italienischer Torpedoboots sind hier eingetroffen.

Die Aukhandlungen, die sich Durazzo genähert haben, stellen die Forderung auf, vom Militärdienst befreit zu werden, und verlangen die Einführung der türkischen Sprache anstatt der albanischen in den Schulen. Sie beschuldigen Essad Pascha, daß er ihnen gegebene Versprechungen nicht gehalten habe.

Lassen schon diese Nachrichten erkennen, daß die von der Dreihundpresse so reizend geschilderte albanische Idylle im Begriff ist, in eine blutige Tragödie umzuschlagen, so bedeutet die Gefangennahme Essad Paschas und die Begleitumstände, unter denen sie erfolgte, erst recht die Gefahr neuer Verwicklungen. Das österreichische Korrespondenzbureau meldet nämlich:

Durazzo, 19. Mai. Essad Pascha ist gefangen genommen und mit seiner Frau an Bord des österreichisch-ungarischen Kriegsschiffes „Szigetwar“ gebracht worden, wo er vorläufig zur Verfügung des Fürsten verbleibt.

Durazzo, 19. Mai. Heute früh entwickelte sich ein Kampf zwischen holländischen Genarmen und der Leibgarde Essad Paschas. Das Haus Essad Paschas wurde beschossen; das Gesecht endete mit der Gefangennahme Essad Paschas, der sich gegenwärtig an Bord des österreichisch-ungarischen Kriegsschiffes Szigetwar in Gewahrsam befindet.

Zwei Umstände geben dieser Meldung ihre Bedeutung. Einmal war Essad Pascha der faktische Inhaber der Regierungsgewalt, der mächtigste Mann Albanens, der über eine große Gefolgschaft verfügte, der gegebene Thronkandidat für die mohammedanische Bevölkerung. Und seine Verhaftung beweist, daß er der neuen Aufstandsbewegung nicht fremd ist.

Dann aber läßt die Mitteilung, so knapp sie ist, auf eine österreichische Anteilnahme an dieser Verhaftung schließen. Die Regierung des Fürsten Wied vermag eben nichts aus eigener Kraft und ist auf die Einmischung von außen angewiesen. Das birgt den Keim zu neuen Verwicklungen in sich. Im Hafen von Durazzo liegen nicht nur österreichische, sondern auch italienische Kriegsschiffe. Mögen heute auch noch Desinteresse und Italien gemeinsam operieren, niemand kann sagen, wie lange diese Einigkeit dauern wird. Albanien ist heute mehr als je ein gefährlicher Krisenherd.

Erklärungen des Grafen Berchtold.

Budapest, 19. Mai. In der österreichischen Delegation teilte heute der Minister des Auswärtigen, Graf Berchtold, die ihm zugegangenen Nachrichten über die Lage in Albanien folgendermaßen mit: In den letzten Tagen haben sich die Gegensätze zwischen den Anhängern Essad Paschas und ihren Gegnern einermäßig verschärft und zur Bildung von Banden in der Umgebung von Durazzo geführt, was in Durazzo selbst zu Besorgnissen Anlaß gegeben hat. Zum Schutze der Sicherheit des fürstlichen Hofes haben die Kommandanten des italienischen und des österreichisch-ungarischen Stationschiffes in gegenseitigem Einvernehmen die Lan-

zung von Matrosenabteilungen verfügt. In einem Eingreifen derselben ist es aber nicht gelungen. Die italienische Regierung, welche nur ein viel kleineres Kriegsschiff als das ungarische ist, vor Durazzo liegen hatte, hat ihre Torpedobootsflottille, welche seit einigen Tagen dort kreuzte, dort zurückgehalten. Essad Pascha befindet sich derzeit an Bord unseres Kriegsschiffes. — Etwaige weitere Nachrichten behielt der Minister sich vor, zur Kenntnis der Delegationen zu bringen.

Politische Uebersicht.

Das preussische Herrenhaus

erledigte am Dienstag ohne bemerkenswerte Debatte eine Reihe von Neuen Vorlagen und Petitionen. Am interessantesten ist vielleicht die unveränderte Annahme des Gesetzesentwurfs, wodurch auch gegen ablehnende Bescheide der höheren Verwaltungsbehörde auf Einbürgerungsanträge und auf Anträge, die die Aufnahme in den Heimatsverband oder die Entlassung aus dem Staatsverband verlangen, die Klage beim Oberverwaltungsgericht zugelassen wird. Die einzige Debatte in dieser Sitzung ist nur von lokalem Berliner Interesse. Es handelte sich dabei um eine Petition der Groß-Berliner Gemeindebeamten- und Lehrervereine um Aufhebung der Residenzpflicht der Beamten und Lehrer. Der frühere Kolonialsekretär Dr. Derenburg sprach sich für dieses Verlangen aus, das vom Oberbürgermeister Wermuth bekämpft wurde, da ausreichende Gründe nicht vorliegen, die das Auswärtswohnen der städtischen Beamten und namentlich der Ehrenbeamten rechtfertigen würden. Gemäß dem Kommissionsantrag beschloß das Haus Uebergang zur Tagesordnung.

Am Mittwoch steht die Eingemeindung von Dortmund und Köln und weitere Petitionen auf der Tagesordnung.

Geschäftsdispositionen des preussischen Abgeordnetenhaus.

Mit Uebereinstimmung des Staatsministeriums hat der Seniorenkommitee des preussischen Abgeordnetenhaus am Dienstag beschlossen, daß die dritte Lesung des Etats Mittwoch zu Ende gehen soll, daß dann die erste Lesung der Besoldungsordnung stattfindet und noch das kleine Gesetz über die Rentenbanken erledigt wird. Am Montag oder Dienstag beginnen die Pfingstferien, sie dauern bis zum 9. Juni; dann folgt die erste Lesung des Fideikommissgesetzes, die zweite und dritte Lesung der Besoldungsordnung. Die große Vertagung soll vom 13. Juni bis zum 10. November dauern.

Um den Zolltarif.

Der handelspolitische Ausschuss des Bundes der Industriellen, in dem die Fertigfabrikat-Industrie organisiert ist, hat zu der bevorstehenden Erneuerung des Zolltarifs und der Handelsverträge folgende Entschlüsse angenommen:

1. Jegendwelche Minimal- und Maximalzollsätze sind weder für landwirtschaftliche noch für industrielle Erzeugnisse neu einzuführen. Schon die bisherigen Mindestvertragszölle bedeuten eine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft und erschweren wesentlich die Erlangung von ausländischen Zugeständnissen zugunsten der Industrie.

2. Eine Erhöhung der heute geltenden Zollsätze für Getreide und Lebensmittel ist ebenso abzulehnen wie die Einführung neuer Zollsätze auf bisher zollfreie Lebensmittel. Wenn für die Erlangung günstiger Handelsverträge oder für die Abänderung von Zollmaßnahmen des Auslandes deutscherseits Kompensationen sich erforderlich machen, so muß gleichmäßige Behandlung für Landwirtschaft und Industrie eintreten.

3. Die Fertigindustrie, insbesondere die Eisen verarbeitende Industrie, hält ihre Stellung in dieser Beziehung für solidarisier mit derjenigen der Holz- und Halbzeugindustrie, insbesondere der Großindustrie. Sie hält es deshalb für notwendig, daß die Holz- und Halbzeugindustrie mit der Fertigindustrie geschlossen gegen die Zoll- und handelspolitischen Ansprüche des Bundes der Landwirte auftritt. — Gegenüber innerhalb der Holz- und Halbzeugindustrie einseitig und der Fertigindustrie andererseits über das Maß ihres inländischen Zollschutzes können innerhalb der Industrie aus-

So selbstverständlich die Abwehr der agrarischen Ansprüche erscheint, so bedenklich und gefährlich ist der im dritten Punkt vertretene Grundsat. Wird doch in ihm ausgesprochen, daß die Fertigfabrikatindustrie auf eine Herabsetzung der Zollsätze auf Roh- und Halbzeug verzichtet, wenn ihr dafür eine Erhöhung der Zollsätze auf Fertigfabrikate zugewilligt wird. Die Gegensätze zwischen der Großindustrie und der Fertigindustrie sollen also auf Kosten der Konsumenten ausgeglichen werden.

Trotz dieses Liebestodes um die Schwerindustrie, um mit ihr eine gemeinsame Front gegen die Agrarier zu bilden, werden die Gruben- und Hüttenbesitzer wohl wenig Lust haben, aus dem „Kartell der schaffenden Hände“ auszutreten und sich dadurch die für die Erneuerung der Eisenzölle notwendige Gunst der Agrarier zu verschergen.

Freifahrtskarte und Zentrumshelden.

Die Behauptung, daß dem Reichstag für die Verabschiedung bestimmter Gesetzesentwürfe in der Fassung der Regierung die Vertagung mit den Wohltaten der Freifahrtskarten als Belohnung in Aussicht gestellt sei, ist von offiziellen Schreibern aufs lebhafteste bestritten worden. Jetzt aber kann man in einem Artikel des Herrn Erzberger lesen:

Die leidige Fahrkartenfrage ist das beste Barometer für die Behandlung des Reichstages durch die Regierung; wurde doch gerade die Offerte gemacht, wenn die Besoldungsnovelle in einem der Regierungsgenehmen Sinne angenommen wird, gibt es Vertagung mit Weiterbenennung der Fahrkarte; wenn nicht, erfolgt Schluß.

Herr Erzberger ist empört über dieses Angebot, und wahrscheinlich wird er jetzt die mannhafte Haltung der Zentrumsfraction rühmen, die sich auch durch die Ansicht auf die billige Sommerreise in der Besoldungsfrage nicht habe zum Umsallen bestimmen lassen. Aber, wie er ja selbst sagt, ist die Fahrkartenfrage nur ein „Barometer“ für die Behandlung des Reichstages durch die Regierung. Das Barometer zerbrechen, heißt die Behandlung noch nicht ändern, und wenn dem geschätzten Zentrumsmann und seinen Freunden soviel an der Würde und den Rechten des Parlamentes gelegen wäre, dann hätten sie noch weit mehr als bei der Beamtenbesoldung bei der Militärgesetznovelle der Regierung gegenüber fest bleiben müssen. Aber hier war ihre Reue schon wieder auf der großen Reizabre und nur eine ungeschickte Wendung des Kriegsministers brachte sie zum Stehen und machte die Zentrumskräfte wider ihren Willen zu Heiden.

Polizeipräsident v. Jagow in — Albanien.

Wie die „Tägliche Rundschau“ erzählt, befindet sich der Berliner Polizeipräsident zurzeit in Albanien. Ob v. Jagow hienieden in Albanien weilt, oder dort die albanische Polizei organisiert, wird nicht mitgeteilt. Vielleicht ist ihm gar das albanische Polizeiministerpostenfleisch in Aussicht ge-

stelt worden. Uns kann er — um mit Falkenhahn zu reden — gestohlen werden!

Patriotischer Wahnsinn.

Ausgerechnet ein deutsches bürgerliches Blatt, die „Kölnische Volkszeitung“, hat endlich diese Krankheit entdeckt, allerdings nur in Nordamerika. Das führende Zentrumsblatt wendet sich in seiner Nummer 448 gegen den Kriegszustand der akademischen Jugend in Nordamerika und prägt dabei folgende schlagende Sätze: „Patriotismus und nationaler Sinn ist etwas Schönes, nur muß man acht geben, daß nicht „der Becher überhäumt“, sonst wandelt sich die Begeisterung für das Vaterland in einen wahnwichtigen Haß gegen die Ausländer. Was für Greuelthaten und Schrecklichkeiten sind nicht schon im Namen der Vaterlandsliebe verübt worden! Man denke nur an die letzten Balkankriege, wo Angehörige aller beteiligten Staaten viel schlimmer getötet haben als die wilden Tiere! Solche Taten gebär angeblich l'Amour sacré de la patrie, wie es in der Marschallaise heißt, die „heilige Liebe zum Vaterlande“. Auch aus Mexiko werden Grausamkeiten berichtet und bei einem mexikanisch-amerikanischen Kriege würde wohl derselbe Haß gepönbelt.

Gegenüber solch wahnwichtigen Verzerrungen der Vaterlandsliebe darf der gerechte, edelwilde Mensch und besonders der Christ nicht unterlassen, sich des wahren Kernes zu erinnern, der auch im Kosmopolitismus steckt und vom Christentum befruchtet wird.

Die großen Geister, die führenden Staatsmänner sind freilich selbst solche Fanatiker nicht, wenn sie auch den patriotischen Wahnsinn der Masse persönlich nähren, damit er ihnen Wasser auf ihre politische Mühle liefere.

Wenn sich die Herren vom Zentrum in Deutschland etwas umsehen, werden sie finden, daß auch bei uns der „patriotische Wahnsinn“ der Masse genährt wird, und zwar auch von Leuten, die innerlich solche Fanatiker nicht sind, aber durch ihn ihre Mühlen treiben lassen. Das Durchblättern der letzten Bände auch der „Kölnischen Volkszeitung“ würde Beweise dafür in Fülle liefern.

Zur Hochverratsanklage gegen den Duala Din.

Rechtsanwalt Dr. Halpert sendet uns folgende Zuschrift:

Sehr geehrte Redaktion!

In Ihrer Notiz in dem heutigen Morgenblatt des „Vorwärts“ (Nr. 135), die die Verhaftung von Din wegen angeblichen Hochverrats in meines Erachtens durchaus zureichender Weise glossiert, gestatten Sie mir eine kurze Bemerkung, die die Stellungnahme der hiesigen Justizbehörden richtigstellt:

Am Montag, den 18. Mai, hatte ich den ersuchten Richter in Noabit um Rücksprache mit Din zur Entgegennahme der Vollmacht gebeten, die mir anstandslos gestattet wurde, um im Urteilung der generellen Sprecherlaubnis, um Din allein im Gehörnis sprechen zu können. Der amtierende Richter äußerte hiergegen Bedenken, weil der Kameruner Haftbefehl, der Din verhaftet, mit seiner Europareise (1) die Angliederung Kameruns an England beabsichtigt zu haben, zugleich die Verhaftung wegen Kollisionsverdachts ausspricht. Diese Bedenken erklären sich aus der unzulänglichen Stellung des Requisitionsrichters, der allein die Aufgabe hat, den Inhaftierten über den Haftbefehl zu informieren und über seine Identität zu vernehmen. Der amtierende Richter ersuchte mich zur Behebung der Bedenken die Einwilligung der königlichen Staatsanwaltschaft herbeizuführen. Der Decretent der letzteren erklärte sich sofort bereit, nach Durchsicht der des Vernehmungprotokolls mein Gesuch in Erwägung zu ziehen, nachdem ich noch darauf hingewiesen hatte, daß der Kollisionsverdacht für Deutschland in Wegfall käme, da niemand sonst in Deutschland gleicher Konspiration beschuldigt oder davor verhaftet ist. Eine Kollisionsmöglichkeit über den Verteidiger sei daher ausgeschlossen. Derselbe nachmittags erhielt ich per Post die Einwilligung der Staatsanwaltschaft zur Erteilung der generellen Sprecherlaubnis zugesandt.

Din selbst, der auf diese legendenhafte Verdächtigung verhaftet ist und seinem Rücktransport in den allerersten Tagen entgegensteht, kann ihr nur die Tatsache entgegenlegen, daß er keine Reise von Duala über französisches, englisches, portugiesisches Gebiet in Afrika Ende des Jahres 1913 antat und direkt über Antwerpen nach Hamburg fuhr, ohne England auch nur berührt zu haben. Seit Mitte Februar, da er in Hamburg freigelassen nach Berlin kam, ist er ausschließlich hier anständig und für die Zwecke der Reichstagsverhandlungen fortgesetzt tätig gewesen. Ein Kommentar zu dem in Kamerun eingeleiteten Hochverratsverfahren ist von meiner Seite überflüssig.

Das amtliche Resultat der Wahl in Stendal-Osterburg.

Nach dem amtlichen Wahlergebnis erhielten Hoersch (L.) 12 182, Bachhorst de Wente (natL.) 7010 und Weims (Soz.) 6911 Stimmen. Die Stichwahl findet, wie bereits mitgeteilt, am 25. Mai statt.

Der mexikanische Konflikt.

Kontributionserhebung in Tampico.

Washington, 18. Mai. Nach einer Meldung des Admirals Mayo hat der Führer der Aufständischen in Tampico, General Cabalero, durch die Handelskammer in Tampico an alle mexikanischen und spanischen Geschäftshäuser das Ersuchen gerichtet, sich freiwillig zu einem Beitrag für die Sache der Konstitutionalisten zu verpflichten. Bisher ist keine Forderung an andere fremde Geschäftshäuser gerichtet worden. Es scheint, daß dieser Beitrag nicht in Form einer regelmäßigen Kriegsteuer, noch auch in Form einer Vorauszahlung von irgendwelchen Steuern für eine bestimmte Periode gedacht ist.

Nach einer Meldung an das Marineministerium hat Admiral Howard aus zuverlässiger Quelle erfahren, daß Lepic gestern von den Konstitutionalisten unter Führung des Generals Blanco Buelna erobert worden ist; ebenso sei San Blas von den Konstitutionalisten besetzt worden.

Schutz der fremden Arbeiter in Tampico.

Washington, 19. Mai. Die Agenten der Staatsdepartements suchen von den Führern der Konstitutionalisten in Tampico Garantien für den Schutz der fremden Arbeiter in den Delbidistrikten gegen Bedrückungen zu erhalten. Auf Grund von Vorstellungen, die der niederländische Gesandte bei ihm erhob, protestierte Staatssekretär Bryan selbst gegen die Härte der Konstitutionalisten in der Handhabung der Gesetze im Delbidistrikt von Tampico.

Die Niagarakonferenz.

Washington, 19. Mai. Präsident Wilson hat den amerikanischen Vertretern auf der Niagarakonferenz mitgeteilt, daß die Regierung die endgültige Beilegung der Streitigkeiten in Mexiko als Bedingung für eine Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus Veracruz ansehe. Der Präsident hat den Delegierten keine besonderen Instruktionen mitgegeben, sondern sie ersucht, sich abwartend zu verhalten und Vorschläge entgegenzunehmen. Er fügte jedoch hinzu, daß der Frieden ihm von der Entfernung Huertas und der Aufrichtung einer strengen und gerechten Regierung abhängig zu sein scheint, einer Regierung, die

bereit sei, unbeflügelte Wahlen vorzunehmen. Die Abgeordneten Huertas erklärten sich bereit, den Rücktritt Huertas zu empfehlen, unter der Bedingung jedoch, daß zuvor eine endgültige Entscheidung über die Art der Regierung getroffen werde, die dann folgen solle. Die militärische Lage in Mexiko bereitet der amerikanischen Regierung Sorge, da sie einen tödlichen Ausbruch von Feindseligkeiten gegen die amerikanischen Truppen oder Verwickelungen in Tampico befürchtet, die die ganze Lage ändern könnten.

Die Maisfeier in Rußland.

Es erschien zweifelhaft, ob die Maisfeier in Rußland nach den gewaltigen Kraftanstrengungen, den zahlreichen Massenstreiks der letzten Zeit einen so großen Umfang erreichen würde wie in den beiden vorhergehenden Jahren. Diese skeptischen Erwartungen sind durch den Ausgang der diesjährigen Maisfeier glänzend widerlegt worden. In Petersburg streikten nach vorläufiger Schätzung 215 000 Arbeiter — mehr als im vorigen Jahr. Nicht nur die großen Metallfabriken und Werke stellten die Arbeit ein, auch die Buchdrucker, die Bäcker und andere Berufe streikten, so daß die russische Hauptstadt fast im Feiden des Generalstreiks stand. Das wichtigste Anzeichen der diesjährigen Maisfeier ist jedoch, daß endlich auch die Provinz erwacht. Die aufklärende und organisierende Arbeit der Arbeiterpresse hat endlich in die Unorganisiertheit und geringere Aktivität der Arbeiter Presse geschlagen. Es feierten am 1. Mai in Moskau 25 000, in Baku 30 000, in Sormowo 9000, in Tiflis 3000, in Reval 6000, in Riew fast sämtliche Fabriken und Werkstätten, in Odessa sämtliche Druckereien, in Samara, Zefaterinodar fast sämtliche Fabriken und Druckereien. Insgesamt streikten am 1. Mai fast eine halbe Million Arbeiter.

Dieser Streik war nicht nur eine glänzende Demonstration der Solidarität des russischen Proletariats mit der Internationale, er war auch eine Antwort auf die Staatsstreikpläne und Unterdrückungsmassnahmen, die in letzter Zeit immer härter zum Ausdruck kommen. Es hat nichts geholfen: weder die endlose Zahl der Hausdurchsuchungen und Verhaftungen noch die Auslieferungandrohungen der Unternehmer. Die Arbeiterklasse Rußlands, voran die heldenhafte Arbeiterklasse Petersburgs, hat diesen Ansturm der Reaktion mit der Stirn. Überall im russischen Reich standen am 1. Mai die Räder still, ertönten die Losungen der internationalen Sozialdemokratie und marschierten hinter dem roten Banner des Sozialismus neue ungeschulte Scharen von Kämpfern den kommenden Schlachten entgegen.

Schweden.

Eröffnung des Reichstages.

Stockholm, 19. Mai. Der schwedische Reichstag ist heute mit einer Ehrentorrede eröffnet worden, in der es u. a. heißt:

Die Sorge für die Sicherheit des Reiches, die meine königliche Pflicht ist, hat mich dazu veranlaßt, dem Volke Gelegenheit zu geben, durch Neuwahlen zur Zweiten Kammer seiner Ansicht über die Verteidigungsfrage Ausdruck zu geben.

Der Ernst der Zeit erfordert, daß die Mängel im Verteidigungswesen des Reiches baldigt behoben werden. Eure vornehmste Aufgabe in dieser Reichstagsession ist es, eine wirkliche und dauernde Lösung dieser wichtigen Frage zu geben, die nicht ohne Gefahr aufgeschoben werden kann.

Die Vorlagen, die Euch jetzt nach sorgfältiger Prüfung vorgelegt werden, bezwecken, unserem Lande eine planmäßig geordnete hinreichende Sicherheit zu beschaffen. Ich hoffe zuversichtlich, daß Ihr bei Euren Beratungen diese Vorschläge wohl erwägen finden werdet, sowohl hinsichtlich der Notwendigkeit einer Verteidigung als hinsichtlich der Opferfähigkeit des Landes.

Verschiedene mit der Verteidigungsfrage zusammenhängende Vorlagen werden Euch vorgelegt werden. So unterbreite ich Euch die Vorlage über Reformen zum Militärstrafgesetz.

Wenn die Ursachen des lähmenden Gefühls einer mangelnden Sicherheit für das Vaterland entfernt sein werden, dann wird — das ist meine Überzeugung — das ganze Volk mit um so größerer Zuversicht andere große Fragen, die ihrer Lösung harren, in Angriff nehmen. Ich schlage Euch Veränderungen der Verfassung vor, die eine anderweitige Einteilung der Staatsdepartements ermöglichen.

Im Zusammenhang mit dem Finanzplane, der Euch unterbreitet werden wird, schlage ich zur Deckung gewisser höchst bedeutungsvoller Ausgaben für verschiedene Zwecke eine einmalige Verteidigungsabgabe, eine Verteidigungssteuer ausschließlich auf größere Vermögen und größere Einkommen vor. Im übrigen beabsichtige ich nicht, Euch vor dem Jahre 1915 neue oder erhöhte Steuern außer der Tabaksteuer vorzuschlagen, die bereits durch die im Januar erlassenen Finanzgesetzvorlagen in Aussicht gestellt wurde.

Aus der Partei.

Protest gegen die Polizei.

Das Verbot des Sängereises in Breslau, sowie die Politische Erklärung des Bildungs- und des Jugendauschusses gab der Breslauer Arbeiterklasse Anlaß, am Sonntag in zwei großen Volksversammlungen, von denen eine unter freiem Himmel togt, zu protestieren. Referenten waren die Genossen Edward Bernstein und Löbe. Eine große Anzahl neuer Mitglieder für die Partei und neue Abonnenten für die „Volksmacht“ wurden in diesen Versammlungen gewonnen.

Aus Stuttgart.

Die Stuttgarter Parteileitung veröffentlicht folgende Erklärung:

Zur Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart. Die Verfasser des anonymen Flugblattes gegen den Wahlvorschlag der Vertrauensmänner der Partei berühren aller Hebung gemäß die arbeiterfeindliche Presse zur Verdrehung der Tatsachen und persönlichen Verunglimpfung der ihnen unbedenklichen Genossen, um so ihre Spuren zu verwischen. Die Parteileitung lehnt es ab, sich mit diesen Flugblattstreibern und Mitarbeitern der bürgerlichen Presse öffentlich auseinanderzusetzen. Den Genossen im ganzen Lande schulden wir aber Aufklärung über einen Anknurr, den diese Leute in „Beobachter“ Nr. 110 gegen ein Mitglied der Parteileitung Stuttgarts erheben. Das genannte volksparteiliche Organ veröffentlicht eine Zuschrift „aus Arbeiterkreisen“, in der über die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins in bekannter Spießmanier Bericht erstattet und unter anderem gesagt wird:

„Ferner sagte Crispian: Wer bezog die Flugblätter? O, heilige Einsicht! Was braucht ein großer Volkstücker, wie er, zu wissen, daß es noch Genossen gibt, die für ihre Überzeugung materielle Opfer bringen. So gut, wie es solche gegeben hat, die seinerzeit im Boshafden Betriebe eine Sammlung zugunsten des hungernden Westmeyer veranstalteten. In diesem Zusammenhang

soll auch gleich bemerkt werden, daß eine solche Sammlung Frau und Kinder eines andern Mitgliedes der Parteileitung sehr wohl gebrauchen könnten, schon um die Armenkassen einer norddeutschen Stadt in etwas zu entlasten.“

Die Tatsachen, die dieser Beschimpfung eines Mitgliedes der Parteileitung durch den Mitarbeiter des volksparteilichen Organs zugrunde liegen, seien kurz festgehalten:

Der betreffende Genosse ist seit 22 Jahren in der Kolonialbewegung tätig. Wegen seines Eintretens für die Arbeiter wurde er vielfach gemahregelt. Monatlang war er arbeitslos. Diese Maßregelungen zwangen ihn, öfters seinen Wohnsitz zu wechseln. Dadurch geriet er mit seiner Familie in sehr bedrückte Verhältnisse. Von seinen sechs Kindern starben ihm zwei. Die Mutter wurde schwermütig. Sie mußte schließlich als unheilbar geisteskrank in einer Anstalt untergebracht werden. Um seinen Kindern eine Mutter wiedergeben, ging der Genosse eine zweite Ehe ein. Die Familie ist auf sieben Köpfe angewachsen. Die materiellen Verhältnisse des Genossen gestatteten ihm nicht, den vollen Betrag der Unterhaltskosten für seine erste Frau in der Anstalt, die anfangs 17,50 Mk. wöchentlich betragen, zu bezahlen. Er zahlte für den Unterhalt seiner ersten Frau in der Anstalt, was er und seine jetzige Frau bei parasiarischem Wirtschaften nach Deckung der notwendigen Ausgaben für die starke Familie erübrigen können. Außerdem unterstützt er seinen achtzigjährigen Vater.

Dies der Tatbestand, auf den sich die Beschimpfung des zurzeit von Stuttgart abwesenden Genossen durch den Mitarbeiter des „Beobachter“ stützt. Ein schwerer Familienunglück, nicht zum wenigsten verursacht durch das vor seinem Opfer zurückbleibende Eintreten des beschimpften Genossen für seine Arbeitskollegen, umher jener Flugblattstreiber und ihre Hintermänner aus, um die Parteileitung und die radikale Richtung in der Partei zu beschimpfen. Unsere politischen Gegner am früheren Aufenhaltsort des Genossen waren anfänglich genug, von diesen ihnen bekannten Tatsachen keine Notiz zu nehmen, als der Genosse zum Landtag und bei Stadtverordnetenwahlen kandidierte. Angeblichen „Arbeitern“ blieb es vorbehalten, diesen Gipfel der Niedertracht zu erklimmen.

Das Urteil über diese Infamie und über das Brechorgan, das sich zum Komplizen dieser Leute macht, sei der Arbeiterschaft überlassen.

Verichtigung. Im Telegramm der italienischen Fraktion (siehe Sonntagsnummer) ist ein sinnjürender Druckfehler unterlaufen. Er muß heißen statt: auf tieffte erregt über das Vorgehen der Dumafraktion, auf tieffte erregt über das Vorgehen der Dumareaktion.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Verhörsprotokoll.

In Regensburg machte im März d. J. ein Kolonialwarengeschäft durch ein Kellereischreiben bekannt, daß es „ab 1. April bis auf weiteres seiner sehr geübten Kundschaft den „Regensburger Anzeiger“ bei Einkäufen gratis abgibt“. Von dieser eigenartigen Geschäfts- und Zeitungsdreklame nahm auch die Parteipresse Notiz. Der Verleger des genannten Zentrumsblattes schickte sich beleidigt und ließ zum Adv. Er hatte es hierbei auch nur auf die sozialdemokratischen Organe abgesehen und reichte gegen drei Parteiblätter die Klage ein. Am Montag wurde der Verantwortliche unseres Regensburger Parteiblattes, Genosse Dilreiter, zu 30 M. Geldstrafe verurteilt.

Letzte Nachrichten.

Erklärung der ungarischen Regierung zur Lage in Albanien.

Budapest, 19. Mai. In der heutigen Sitzung der ungarischen Delegation gab Sektionschef im Ministerium des Äußeren Graf Forgach die gleiche Erklärung zu den Ereignissen in Durazzo ab wie Graf Berchtold in der österreichischen Delegation.

Graf Andrássy erklärte, wenn die Nachrichten der Wahrheit entsprechen, so könne es geschehen, daß das Leben des Fürsten selbst gefährdet werde, und richtete die Bitte an den Minister, möglichst rasch Vororge zu treffen, damit im Notfall Oesterreich-Ungarn es sei, das den Fürsten, den Europa dahin entsendet habe, schütze. (Beifall.)

Vier österreichische Schlachtschiffe nach Durazzo.

Durazzo, 19. Mai. Eine österreichisch-ungarische Schiffsdivision, bestehend aus vier Schlachtschiffen, ist nach hier abgegangen. Die Kriegsschiffe werden hier weitere Truppen landen. Ueber die Entwicklung der Ereignisse in Albanien ist man in Wiener diplomatischen Kreisen auf das höchste gespannt. Man hält die Lage Albanien in Wien für außerst gefährdend.

Essad Paschas Aufrühr und Gefangennahme.

Wien, 19. Mai. (B. Z. B.) Die „Neue freie Presse“ meldet nach dem Triester „Piccolo“ aus Durazzo: Gestern nachmittag um 8 Uhr hatte Essad Pascha eine Kutsch beim Fürsten Wilhelm, die sehr stürmisch verlief; sie endete damit, daß Essad Pascha seine Demission gab. Daraufhin organisierte Essad Pascha mit seinen 5000 Parteigängern, die außerhalb Durazzos kampierten, und 300 Anhängern, die in seinem Hause in Durazzo untergebracht waren, eine Revolte. Er gab heute früh selbst das Signal zum Kampfe, indem er den ersten Schuß gegen das fürstliche Palais abfeuerte.

Die von österreichisch-ungarischer Seite gelandete Batterie erwiderte sofort das Feuer; das Haus Essad Paschas wurde beschädigt; es gab mehrere Tote und Verwundete. Sofort wurden mehrere konstante österreichischer und italienischer Matrosen gelandet, welche das Haus Essad Paschas belagerten und die Stadt besetzten. Essad Pascha schickte einen Parlamentär und bat um freies Geleit auf ein italienisches Schiff. Dies wurde ihm jedoch verweigert, und um 9 Uhr früh wurden Essad Pascha und seine Gemahlin auf das österreichisch-ungarische Stationschiff gebracht.

Dreibundmüdigkeit in Oesterreich.

Budapest, 19. Mai. In der österreichischen Delegation verlangte der Slowene Sauterschliff, anknüpfend an die jüngsten österreichisch-italienischen Rundgebungen in Italien, eine Klarstellung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern: entweder müsse Oesterreich-Ungarn Italien als einer zuverlässigen Stütze sicher sein oder sich nach einer anderen umsehen. Das falsche Verhältnis zwischen beiden Ländern komme zum größten Teil auf Deutschlands Rechnung, dem ein aufrichtig freundschaftliches Verhältnis zu Italien leicht falle, da diese beiden keine Interessengegensätze hätten. Aus demselben Grunde würde Frankreich Oesterreich-Ungarns natürlichster Bundesgenosse sein. Redner erklärte, er sei kein grundsätzlicher Gegner des Dreibundes, falls die Lebensinteressen der Monarchie in seinem Rahmen gewahrt werden könnten.

Der deutschnationale Mühlwert beglückwünschte es als sehr wertvoll, daß das Ministerium des Auswärtigen treu und unentwegt am Dreibunde festhalte; auch die Rundgebungen eines politisch unzeitigen Teiles der italienischen Bevölkerung könnten Oesterreich-Ungarn davon nicht abbringen. Angehört der kolossalen Rüstungen Frankreichs und Rußlands könne man nicht von einer Entspannung der Lage sprechen.

Tarifikampf im Friseurgewerbe.

Nur die hier aufgeführten Firmen haben bis jetzt den Tarifvertrag anerkannt, welche wir deshalb besonders zur Inanspruchnahme empfehlen.

Berlin.

Khalberstr. 64, Ucker
 Rarischstr. 11a, Schneider
 Boghagener Str. 27, Böger
 Boghagener Str. 11a, Anders.
 Buttmanstr. 8, Amuth
 Bornholmer Str. 3, Dame
 Boeckstr. 50, Ganne
 Berlichingener Str. 6, Rehe
 Berlichingener Str. 11, Kobanusen
 Burgdorfer Str. 4, Rominski
 Belfortstr. 8, Lau
 Bödigerstr. 2, Mühlberg
 Brühlstr. 26, Voss
 Brügel Str. 14, Schreiber
 Cuvrystr. 8, Böhm
 Choriner Str. 28, Bunge
 Christmannstr. 126, Langner
 Dreilener Str. 4, Danowski
 Dreilener Str. 11, Brandt
 Dronthimer Str. 20, Rantowski
 Oberstr. 42, Scholle
 Oberstr. 47, Dredsch
 Cudener Str. 10, Hoffs
 Cudener Str. 25, Burdach
 Czernierstr. 2a, Jacob
 Czernierstr. 11, Koch
 Engelauer 17, Ködner
 Eibinger Str. 6, Niebel
 Eibinger Str. 71, Hoyer
 Ebelingstr. 16, Vogel
 Friedrichselder Str. 18, Böhl
 Friedrichselder Str. 20, Vogel
 Faldensteinstr. 45, Schmieleski
 Herterstr. 2, Witt
 Herterstr. 43, Gaud
 Frenkenwalder Str. 4, John
 Jennstr. 16, Bole
 Friedberger Str. 5, Einge
 Furlenberger Str. 12, Eiter
 Kuchstr. 29, Geelhaar
 Fruchtstr. 56, Wille
 Gudeney Str. 25, Ambros
 Gudeney Str. 48, Beck
 Gertr. 46, Prellme
 Gertr. 80, Schilling
 Gertr. 82, Schöff
 Glogauer Str. 24, Brande
 Glogauer Str. 32, Franze
 Glogauer Str. 17, Augera
 Gartenstr. 54 (am Platz), Rappe
 Grünauer Str. 4, Kofke
 Gubenstr. 12, Ramowski
 Gröbe Str. 9, Rathen
 Gormannstr. 25, Vorbeer
 Günterstr. 7, Ranschow
 Hagedorfer Str. 17, Deiner
 Kochstr. 33, Lotz
 Kuttnerstr. 25, Waag
 Kuttnerstr. 62, Pippich
 Koldenfeldstr. 16, Schulze
 Koldenfeldstr. 29, Pfeifer
 Jahnstr. 5, Pette
 Kochmannstr. 16, Hippich
 Kochmannstr. 29, Voss
 Kochmannstr. 40, Wölling
 Korber Str. 15, Abel
 Kormann Str. 53, Bartel
 Kolonnenstr. 36, Härtel
 Kolonnenstr. 66, Weder
 Koppenhagen Str. 46, Rißke
 Kopeniusstr. 2, Peters
 Kopenier Str. 48, Rohde
 Kreuzbergstr. 76, Stäumer
 Lange Str. 50, Harnitzel
 Lange Str. 102, Reinholz
 Landwehrstr. 3, Rohner.
 Langher Weg 12a, Hellig
 Lebigstr. 2, Juchles
 Lebigstr. 14, Goppmann
 Lehner Str. 14, Benin
 Lindenstr. 79, Rohmann
 Linienstr. 201, Wang
 Lehner Str. 12, Voltruf
 Liebenwalder Str. 36, Prochnow
 Lichtenberger Str. 15, Bergin
 Loryingstr. 8, Büttner
 Loryingstr. 16, Weiss
 Loryingstr. 4, Schwanke
 Loryingstr. 23, Lutzke
 Kantaukellerstr. 60, D. Klein
 Kantaukellerstr. 76, Cardinal
 Kantaukellerstr. 80, Weg
 Karlsruhendam 34, Jariß
 Kemmer Str. 6, Ranig
 Kemmer Str. 30, Buchholz
 Kemmer Str. 84, Payer
 Köhlerstr. 58, Brandt
 Köhlerstr. 129, Demiger
 Köhlerstr. 47a, Kuboff
 Köhlerstr. 10, Schwanke
 Köhlerberger Str. 20, Schulz

Malmber Str. 12, Kleinfeld
 Raumannstr. 34, Rißke
 Luppeler Str. 11, Sungen
 Eberberger Str. 37, Raminski
 Eberberger Str. 47, Thiele
 Eubenerstr. 24, Thiele
 Eubenerstr. 5, Buchholz
 Finkstr. 20, Bräuner
 Finkstr. 2, Lownd
 Finkstr. 46, Kühn
 Finkstr. 45, Strengler
 Finkstr. 10, Müller
 Finkstr. 62, Schmidt
 Finkstr. 17, Kellner
 Finkstr. 33, Dohle
 Finkstr. 1, Schmidt
 Finkstr. 42, Bente
 Finkstr. 7, Thiele
 Finkstr. 6, Kornei
 Finkstr. 16, Köhler
 Finkstr. 25, Badde
 Finkstr. 51, Beniger
 Finkstr. 99a, Schönborn
 Finkstr. 6, Gebauer
 Finkstr. 17, Schmidt
 Finkstr. 66, Grass
 Finkstr. 12, Weibl
 Finkstr. 13, Rindorf
 Finkstr. 7, Witt
 Finkstr. 8, Alex
 Finkstr. 27, Grundmann
 Finkstr. 141a, Blumenhagen
 Finkstr. 21, Ebroth
 Finkstr. 15, Künger
 Finkstr. 20, Telloh
 Finkstr. 33, Böttcher
 Finkstr. 45, Heider
 Finkstr. 8, Heinerich
 Finkstr. 15, Wolf
 Finkstr. 2, Böck
 Finkstr. 12, Goffe
 Finkstr. 5, Preimid
 Finkstr. 117, Scholz
 Finkstr. 14, Sohn
 Finkstr. 18, Thiede
 Finkstr. 13a, Rastewitz
 Finkstr. 33, Bufe
 Finkstr. 99, Loggins
 Finkstr. 26, Rittenbach
 Finkstr. 1, Gramis
 Finkstr. 74, Baars
 Finkstr. 25, Röhler
 Finkstr. 12, Rindenberg
 Finkstr. 1, Bedel
 Finkstr. 15, Rührmann
 Finkstr. 38, Räder
 Finkstr. 12, Rinder
 Finkstr. 63, Reitel
 Finkstr. 58, Collin
 Finkstr. 80, Bettloch
 Finkstr. 12, Brandt
 Finkstr. 13, Telle
 Finkstr. 73, Friedrich
 Finkstr. 29, König
 Finkstr. 53, Pöhl
 Finkstr. 58a, Däpmit
 Finkstr. 2, Dehne
 Finkstr. 20, Rißke
 Finkstr. 27, Höpfer
 Finkstr. 26, Böhl
 Finkstr. 54, Stühmer
 Finkstr. 46, Berner

Goethestr. 7, Wolf
 Gagenstr. 37, Zanger
 Gagenstr. 11, Sungen
 Gagenstr. 37, Raminski
 Gagenstr. 47, Thiele
 Gagenstr. 24, Thiele
 Gagenstr. 5, Buchholz
 Gagenstr. 20, Bräuner
 Gagenstr. 2, Lownd
 Gagenstr. 46, Kühn
 Gagenstr. 45, Strengler
 Gagenstr. 10, Müller
 Gagenstr. 62, Schmidt
 Gagenstr. 17, Kellner
 Gagenstr. 33, Dohle
 Gagenstr. 1, Schmidt
 Gagenstr. 42, Bente
 Gagenstr. 7, Thiele
 Gagenstr. 6, Kornei
 Gagenstr. 16, Köhler
 Gagenstr. 25, Badde
 Gagenstr. 51, Beniger
 Gagenstr. 99a, Schönborn
 Gagenstr. 6, Gebauer
 Gagenstr. 17, Schmidt
 Gagenstr. 66, Grass
 Gagenstr. 12, Weibl
 Gagenstr. 13, Rindorf
 Gagenstr. 7, Witt
 Gagenstr. 8, Alex
 Gagenstr. 27, Grundmann
 Gagenstr. 141a, Blumenhagen
 Gagenstr. 21, Ebroth
 Gagenstr. 15, Künger
 Gagenstr. 20, Telloh
 Gagenstr. 33, Böttcher
 Gagenstr. 45, Heider
 Gagenstr. 8, Heinerich
 Gagenstr. 15, Wolf
 Gagenstr. 2, Böck
 Gagenstr. 12, Goffe
 Gagenstr. 5, Preimid
 Gagenstr. 117, Scholz
 Gagenstr. 14, Sohn
 Gagenstr. 18, Thiede
 Gagenstr. 13a, Rastewitz
 Gagenstr. 33, Bufe
 Gagenstr. 99, Loggins
 Gagenstr. 26, Rittenbach
 Gagenstr. 1, Gramis
 Gagenstr. 74, Baars
 Gagenstr. 25, Röhler
 Gagenstr. 12, Rindenberg
 Gagenstr. 1, Bedel
 Gagenstr. 15, Rührmann
 Gagenstr. 38, Räder
 Gagenstr. 12, Rinder
 Gagenstr. 63, Reitel
 Gagenstr. 58, Collin
 Gagenstr. 80, Bettloch
 Gagenstr. 12, Brandt
 Gagenstr. 13, Telle
 Gagenstr. 73, Friedrich
 Gagenstr. 29, König
 Gagenstr. 53, Pöhl
 Gagenstr. 58a, Däpmit
 Gagenstr. 2, Dehne
 Gagenstr. 20, Rißke
 Gagenstr. 27, Höpfer
 Gagenstr. 26, Böhl
 Gagenstr. 54, Stühmer
 Gagenstr. 46, Berner

Ober-Schöneweide.
 Deulstr. 22, Pasch
Pankow.
 Buchstr. 20, Seede
 Berlin Str. 78, Höder
 Raminstr. 11, Zanger
 Raminstr. 44, Baumann
Schöneberg.
 Gohensriedberg 1, Kästel
 Gohensriedberg 2, Heil
Stralau.
 Alt-Stralau 17, Linde
Tegel-Borsigwalde, Reinickendorf.
 Bohnhofstr. 16, Perle
 Röhstr. 53, Straube
 Röhstr. 3, Geng
 Schrammstr. 110, Sebbe
Treptow.
 Die Berufsfindung für diesen Ort ruht so lange, bis ein Entscheld des Regierungspräsidenten vorliegt, ob die von der Innung abhängigen Strafen rechtsgültig sind. Man achte daher auf die Kontrollkarte.
Weißensee.
 Charlottenburger Str. 66, Elmgen
 Hahstr. 72, Rager
 Lehnerstr. 57, Krüger
 Grenzauer Promenade 10, Hopskreu
Potsdam-Nowawes.
 Bühlstr. 43, Barnid
 Priesterstr. 31, Wolter

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
 C. 54, Sophienstraße 6.
Einladung
 zu der am Mittwoch, den 27. Mai 1914, abends 8^{1/2} Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12, stattfindenden
Unsererordentlichen Ausschußsitzung
 der Vertreter der Arbeitgeber und Kassemitglieder.
 Tagesordnung:
 1. Aufhebung der Bestimmungen über Ruhegehalt und Altersrenten für die Angestellten der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
 2. Beratung und Beschlußfassung über die dem Königl. Ober-Berufungsamt einzureichende Dienstreue für die Angestellten der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin.
 Berlin, den 20. Mai 1914. 21405
 Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin:
 A. Daehms, Vorsitzender. G. Lehmpfuhl, Schriftführer.

Bekanntmachung
 der
Allgem. Ortskrankenkasse
 für Berlin-Mariendorf und
 Umgegend.
 Das Kassensystem ist von jetzt ab
 geöffnet: In den Werktagen ununter-
 brochen von 9 bis 5 Uhr. 214/4
Sonntags- und Feiertags Melde-
baselle geöffnet.
 Berlin-Mariendorf, den 20. Mai 1914.
 Der Vorstand
 Aug. Leib. R. Wachter.
 Vorsitzender. Schriftführer.
 An Leiner, Hausbesitzer 70/17

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands
Achtung, Ballschuhmacher!
 Heute Mittwoch, den 20. Mai 1914, abends 8^{1/2} Uhr,
 bei Bocker, Weberstraße 17:
Versammlung
 der in den Ballschuhverbandsfabriken
 tätigen Arbeiterschaft.
 Tagesordnung:
 Bericht über die weiteren Verhandlungen mit dem Unter-
 nehmerverband und endgültige Beschlußfassung. 169/13
 Kollegen, bei dieser Abstimmung darf niemand fernbleiben!
 Die Branchenleitung. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
General-Versammlung
 heute Mittwoch, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
 Engelauer 15, Saal 4.
 Tagesordnung:
 Bericht der Ortsverwaltung und Kassensicht. 20/1
 Angeh. Verbandsangelegenheiten.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“
 Berlin C. M. Gahlich, Kärstr. 174.
 O. Batschburger Weg 4, Gustav Vogel, Köpenicker Str. 82.
 H. Wengel, Rarischstr. 36.
 N. O. B. Juch, Immanuelstr. 12. A. Reul, Bernstr. 42.
 N. M. Wolgast, Wallstr. 2. G. Fischer, Postamtstr. 6.
 Karl Wars, Grellethagen Str. 22. J. Göttsch, Müllerstr. 31a.
 G. Vogel, Loryingstr. 37. H. Pien, Invalidenstr. 124.
 NW. Salomon Joch, Wilhelmshagen Str. 48.
 SW. G. Schmidt, Rarischstr. 42. Tacke, Gagenberger Str. 27.
 S. St. Jris, Loryingstr. 31. G. Schumann, Köpenicker Dam 8.
 SO. Paul Böhm, Loryingstr. 14/15. P. Gerich, Engelauer 12.
 Adlershof. Rari Schwarze, Bismarckstr. 28.
 Baumschulenweg. G. Hornig, Rarischstr. 15. I.
 Borsigwalde. Paul Kienast, Rarischstr. 10.
 Charlottenburg. Gustav Zarnberg, Seidenheimer Str. 1.
 Friedrichshagen. Ernst Wertmann, Köpenicker Str. 18.
 Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
 Johannisthal. Max Gausch, Rarischstr. 6.
 Karlshorst. Richard Rüter, Rarischstr. 9. H.
 Köpenick. Emil Wöhler, Rarischstr. 6. Laden.
 Lichtenberg. Otto Zeisel, Rarischstr. 1.
 Nieder-Schöneweide. W. H. Haruh, Bräunerstr. 10.
 Nowawes. Wilhelm Jappe, Luthstr. 2.
 Ober-Schöneweide. Alfred Bader, Wilhelmshagenstr. 17. Laden.
 Pankow. Otto Rihmann, Rarischstr. 30.
 Reinickendorf. P. Gurich, Loryingstr. 56. Laden.
 Neukölln. W. Gerarich, Rarischstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
 C. Rohr, Gagenstr. 25/29.
 Rummelsburg. H. Rosenbaum, Alt-Boghan 56.
 Schöneberg. Wilhelm Bäumer, Rarischstr. 37 im Laden
 Spandau. Köppen, Gagenstr. 64.
 Stiglitz. G. Berner, Rarischstr. 5.
 Tempelhof. Joh. Krohn, Rarischstr. 62.
 Treptow. Robert Gramenz, Rarischstr. 412. Laden.
 Weißensee. Fuhrmann, Seidenstr. 105. Sattler, Berliner Allee 253.
 Wilmerdorf. Paul Schubert, Wilhelmstr. 27.

Pianofabrik
 in der Provinz kann sich
Fachmann,
 besorgt Kasten-, Fronten- oder
 Bodenmacher mit 4-5 Telle
beteiligen.
 Offerten unter K. M. 4559 an
 die Expedition der Zeitung.

Hautleiden
 Endlich bin ich durch Ihr gutes
 Mittel von meinem 40 jährig. Haut-
 leiden gründl. befreit, dafür meinen
 aufricht. Dank. G. Julea. Jolein-
 nehmer. Göttingen.
 Durch Ihr Mittel ist mein 20 jährig.
 Rachenleiden geheilt worden. Aufricht.
 dank. Georg Eign. Schwarz-
 dorf.
 Innigsten Dank für gründliche
 Heilung meines 25 Jahre alten Haut-
 leidens. Max Reibhardt, Oberzell.
 Die patentamtlich geschützte
Hauptpillen sind wie folgt zu haben:
 Generaldepot u. Ver-
 sand: Bismarck-Apothek Berlin,
 Dronthaler Str. 47, ferner in den
 Apotheken: Charlottenstr. 51, Pots-
 damer Str. 84a, Landsberger Str. 29,
 Rarischstr. 2, Auguststr. 60,
 Köpenicker Str. 21, Belle-Alliance-
 str. 12, Wilmersdorfer, Wilhelm-
 str. 151, Spandau, Wilmersdorfer Str. 14,
 Friedrichselder, Zentral-Apothek,
 Charlottenburg: Bismarckstr. 51,
 Rhénania, Rarischstr. Genuß-
 pharmaceutischer Produkte, Bonn. *

Gewerkschaftshaus
Bad Freienwalde a.O.,
Kanalstr. 3.
 Den wertigen Parteigenossen und
 Arbeitervereinen empfehle bei Aus-
 sichten, Herrenpartien usw. meinen
 anerkannt guten Mittagstisch zu
 billigen Preisen, Nachtquartier in
 jeder Preislage, nach vorheriger An-
 meldung. Gütepflege, Speisen und
 Getränke. Um regen Zuspruch bitte!
 21526 **Albert Schukar.**

Spezialarzt
Dr. med. Wockentz,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
 für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
 Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
 Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
 schmerzlose Heilung ohne Berufs-
 störung. Mäßige Preise.
 Sprechst. v. 8-8, Sonntags 9-11.

Stoppdecken
 größte Auswahl, billig;
 auch Anfertigen aller
 Stoppdecken.
Bernhard Strohmendel.
 Fabrik Berlin, Wallstr. 72. *

Garbáty

Cigaretten

Qualität

No.	Kontrollkarte	: 1914 :
Inhaber dieser Karte ist zu den von der Organisation aufgestellten Arbeitsbedingungen beschäftigt und organisiert. Gültig, wenn die laufende Woche gestempelt!		
Für Herrn _____		
Diese Karte bleibt Eigentum des Verbandes der Friseurgehilfen Deutschlands, Zweig- verein Berlin und der Vororte. Bureau: Linienstr. 73. Der Vorstand: Paul Liere.		
M A I	J U N I	J U L I

Als Legitimation haben die Gehilfen eine graue mit rotem Rand ver-
 sehene Kontrollkarte.
Hoch die Solidarität!
 285/15 **Verband der Friseurgehilfen. Zweigverein Berlin und Vororte.**

Leihhaus Moritzplatz 58a

kaufen Sie von Kavalieren wenig getragen sowie im Versatz gewesen Jackett- und
 Rockanzüge, Paletots, Ulster, Serie I: 10-18 M., Serie II: 20-30 M., größtenteils auf
 Seide. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarderobe enorm billig. Riesensposten
 Kleider, Kostüme, auf Seide, früher bis 150, jetzt 20-35 M. Extra-Angebot in Lombard
 gewesener Teppiche, Gardinen, Portieren, Betten, Wäsche, Brillanten, Uhren und
 Goldwaren zu enorm billigen Preisen.
Vorwärtsler erhalten 10% extra.

Gewerkschaftliches.

Ludwig Schröder tot!

Der älteste und populärste Führer der Bergarbeiter Deutschlands ist gestorben. Kurze Zeit nach der W. Wiederkehr des Tages, an dem der Kaiserdelegierte Ludwig Schröder durch seine Unterredung mit Wilhelm II. zu einer weltbekannten Persönlichkeit wurde, ist „der alte Lutz“, wie er von seinen Freunden genannt wurde, aus einem kämpferischen und leidenschaftlichen Leben geschieden. Er hat ein Alter von 66 Jahren erreicht.

Geboren in Brachweide bei Bielefeld in Westfalen, erlernte er dort das Schuhmacherhandwerk, ging als „junger“ Geselle auf die Wanderschaft, machte als Infanterist den Krieg 1870/71 mit und blieb schließlich durch verwandtschaftliche Bande veranlaßt, in Dortmund „hängen“, wo er sich, weil unbemittelt zur Errichtung einer eigenen Werkstatt, der Bergarbeiterschaft zuwandte. Nach einigen Jahren hatte er sich das Vertrauen seiner Kameraden so erworben, daß er ihr Vorsitzführer und Leiter des bedeutendsten lokalen Knappenvereins in Dortmund war. Schröder erwarb sich tüchtige bergmännische Kenntnisse, was ihm bei seinem Eintreten für die Bergarbeiterrechte sehr zustatten kam. Bald befand sich Schröder auch unter den Anhängern der Sozialdemokratie, eine enge persönliche Freundschaft verband ihn seit Mitte der siebziger Jahre mit Carl Wilhelm Löbke, dem alten 1848er und westfälischen Vertreter der sozialistischen Bewegung. Bei den Kämpfen der Ruhrbergleute gegen ihre Verleumdung stand Schröder schon vor fast 40 Jahren in den vordersten Reihen. Seine natürliche Rednerbegabung, seine nicht gewöhnliche Intelligenz, ein gewinnendes persönliches Auftreten gewann ihm das Vertrauen immer weiterer Bergarbeiterkreise. Bei den Streiks 1876 und 1877 im Dortmund-Revier gehörte er zu den einflussreichsten Arbeiterführern. Er zählte auch zu den führenden Vätern in dem 1877 gegründeten, durch die hier lokale Unterminierung und kapitalistische Brutalität und endlich durch das Sozialistengesetz zerstörten rheinisch-westfälischen Bergarbeiterverbande. Als 1885 erneut die Reformbewegung der Ruhrbergleute verstärkt einsetzte, stand Schröder wieder mit an der Spitze, und es war darum selbstverständlich, daß er auch beim Massenstreik 1889 eine führende Rolle übertragen erhielt. Mit seinen Kameraden Fritz Bunte und August Siegel wurde Schröder zum Kaiser gefandt und von diesem in der historisch gewordenen Audienz am 14. Mai empfangen. Hier ersuchte Schröder den Monarchen um sein Eintreten für die Wiedereinführung der Achtstundenschicht. Indessen legten die Grubenbesitzer ihren Willen durch. Jedoch hatte der Massenstreik immerhin indirekt einige sozialpolitische und betriebstechnische Reformen zur Folge. Schröder war auch einer der Hauptförderer der Bergarbeiterinternationale, an deren Vertretung er jahrzehntlang teilnahm. 1889, 1893 und 1898 kandidierte er als sozialistischer Reichstagskandidat im Kreise Essen. Auch wurde Schröder in die Leitung des 1889 gegründeten Verbandes der Bergleute Deutschlands gewählt. Als sein Vorgesandener erduldet der Verstorbenen alle Schwierigkeiten dieser viel verfolgten Gewerkschaft. Den bittersten Leidensfeld mußte er nehmen, als er und noch sechs Kameraden 1895 auf das Zeugnis des schuftigen Gendarmen Münter wegen „Meineids“ zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden. Erst 1911 erfolgte in dem Wiederaufnahmeverfahren die glänzende Rehabilitierung der „Meineidigen“. Aber diese fürchterliche Leidenszeit hatte den Körper und Geist der „Zuchthäuser“ Schröder und seines Leidensgefährten Meyer derart zerrüttet, daß Meyer schon früher, Schröder 1911 körperlich gänzlich zusammenbrach. Er erlitt, mitten in der Organisationsarbeit, auf der General-

versammlung des Bergarbeiterverbandes einen Schlaganfall, der sich wiederholte. Er wurde schließlich ganz gelähmt und lag nun völlig hilflos auf dem Strohlager. Aus diesem Zustand hat jetzt der mitleidige Tod den alten Kämpfer erlöst. In Ludwig Schröder schied eine Persönlichkeit dahin, deren Andenken unloslich mit der Geschichte der deutschen Bergarbeiterkämpfe verknüpft ist und deshalb auch in den Annalen der gesamten deutschen wie der internationalen Arbeiterbewegung einen Ehrenplatz verdient. Der Verstorbene verkörperte den Typus des altwestfälischen zähen Arbeiterführers, der allen Gewalten und Verfolgungen zum Trotz sich immer wieder gegen das seiner Klasse widerfahrene Unrecht erhob und dabei die bittersten Leiden mit einem unerbittlichen Optimismus, ja mit einem bewunderungswürdigen Humor hinnahm. Wenn je auf einen Menschen das Wort: „Leben heißt kämpfen!“ zutraf, dann auf Ludwig Schröder, dessen Leben jahrzehntlang ein Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse gegen die fürstlichen kapitalistischen Gewalttäter war. Er sah noch nicht die Befreiung der Arbeiterklasse, aber er gehörte zu ihren opferwilligsten Vorkämpfern und wies so den Nachgeborenen den Weg zum Ziel. An der Bahre des „alten Lutz“ trauern Hunderttausende seiner Berufsgenossen, und die Nachricht von seinem Tode wird in Tausenden von Proletarierbergen innerhalb und außerhalb Deutschlands das dankbare Gefühl für die unvergänglichen Verdienste Ludwig Schröders wachrufen und das schmerzliche Bewußtsein, daß der Besten einer von den Pionieren der modernen Arbeiterbewegung nicht mehr ist.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Former und Gießereiarbeiter!

Durch die bürgerliche Presse geht die Nachricht, daß der Streik der Former und Gießereiarbeiter bei der Firma Siemens u. Halske aufgehoben ist. Diese Nachricht ist falsch und zweifellos zum Zweck der Irreführung in die Presse lanciert. Der Streik der Former und Gießereiarbeiter der Firma Siemens u. Halske dauert unverändert fort, und erstreckt sich überall, wo irgendwie verdächtige Arbeit auftritt, und Nachricht zu geben, damit Streikarbeit verhindert werden kann. Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Achtung, Herrenkonfektionshändler! Von einer Schweizer Konfektionsfirma wird versucht, einen größeren Posten Streikarbeit in Berlin unterzubringen. Vermittelt wird die Streikarbeit auf dem Umweg über Wien und Prag. Wir bitten, als Streikarbeit verdächtige Arbeit zurückzuweisen und uns hiervon vorher zu benachrichtigen. Verband der Schneider, Die Ortsverwaltung.

Aus dem Fleischerhandwerk. Die Fleischermeister Hildmann, Lohringstr. 44, Geisler, Ledderstr. 4, Taubenheim, Berliner Allee 220, Jessen, Berliner Allee 229, und Klinker, Reuststr. 122, Weissenhof, weigern sich, den Tarifvertrag der Organisation anzuerkennen. Die Organisation hat über diese Verträge die Sperre für organisierte Fleischergehilfen verhängt. Die Fleischermeister Bruns, Wilhelmstr. 29, Blendinger, Reuststr. 25, Döb, Klafstr. 70, Emmelmann, Ecke Eschstr. und Sebanstraße, und Pajacke, Lohringstr. 14, haben den Tarifvertrag der Fleischerorganisation anerkannt. Die Tarifkommission.

Die Ballschuhmacher nahmen in einer außerordentlich gut besuchten Versammlung den Bericht über die Verhandlungen der Lohnkommission entgegen. Darnach führte dazu aus: Auf die vor etwa acht Tagen eingereichten Tarife hin haben die Fabrikanten sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Am Sonnabend haben diese stattgefunden. Die Fabrikanten sind freilich der Ansicht, daß der Zeitpunkt schlecht gewählt wäre, weil meist langfristige Lieferungsverträge abgeschlossen seien. Dennoch sind sie bereit, einen allgemeinen Tarif für Berlin zuzugestehen, wobei allerdings bei einigen Firmen Lohnreduktionen eintreten würden. Der Berichterstatter gab dann die von den Unternehmern vorgeschlagenen Tarifpositionen im einzelnen bekannt. Die Vorschläge waren aber derart, daß sie oft allgemeine Heiterkeit erregten.

Jedenfalls haben bis auf wenige Ausnahmen die Unternehmern die schlechtesten Löhne zugrunde gelegt, die bisher gezahlt wurden. Das würde für viele eine Verschlechterung bedeuten und sicher zu heftigen Kämpfen führen. Aber auch für die Arbeiter in den Verleumdungen mit mechanischen Wendemaschinen sind die Zugeständnisse weit unter den Forderungen der Arbeiter geblieben.

Die Diskussion brachte vor allem zum Ausdruck, daß die Zugeständnisse der Unternehmern weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, obgleich die Arbeiter bei der Formulierung ihrer Forderungen sich durchaus von allen übertriebenen Ansprüchen ferngehalten haben. Mit aller Entschiedenheit wenden sich die zahlreichen Diskussionsredner dagegen, daß da, wo bereits höhere Löhne gezahlt werden, Kürzungen stattfinden sollen. Darauf werden sich die Ballschuhmacher auf keinen Fall einlassen. Die Anschauung der Versammlung sagt folgende Resolution zusammen: Die heutige Versammlung der Ballschuhmacher erklärt sich mit den minimalen Zugeständnissen nicht einverstanden. Sie verurteilt ganz besonders, daß Abzüge bei den Firmen, die bisher schon besser bezahlten, stattfinden sollen. Die Lohnkommission wird daher beauftragt, den Unternehmern zu erklären, daß Abzüge bei keiner Firma stattfinden dürfen. Sie wird im Gegenteil verpflichtet, die ausgesetzten Forderungen hochzuhalten. Dieser Resolution wurde einstimmig zugestimmt. Die entscheidende Versammlung wird am heutigen Mittwochabend bei Boetzer, Weberstraße 17, stattfinden.

Achtung, Hirschenleger! In Halle stehen unsere Kollegen schon wochenlang in einer Bewegung zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Durch den Arbeitsnachweis suchen die Unternehmern auch in Berliner Zeitungen Arbeitswillige.

Wir erlauben darum alle Kollegen, jedes Arbeitsangebot nach Halle abzulehnen, wie überhaupt Halle zu meiden, da sie dort nur als Streikbrecher gebraucht werden sollen. Deutscher Bauarbeiterverband, Zweigverein Berlin.

Achtung, Gastwirtschaften! Restaurant zum Zelterhaus (Inh. Pötte), Berlin, Neue Schönhauser Straße 4/5, ist wegen Kartendruck für Organisierte gesperrt. Der Inhaber dieses Lokals beschäftigt gelbe Kellner von gewerksmäßigem Stellenvermittlern. Verband der Gastwirtschaften, Berlin I.

Deutsches Reich.

Glasarbeiter-Aussperrung in Rauscha.

Am Dienstag früh wurden in Rauscha in allen Glashütten die Arbeiter aussperrt. Ein letzter Vermittlungsversuch zur Beilegung der Differenzen scheiterte an dem Verhalten der Unternehmer, die jede Vermittlung ablehnten.

Der Streik in der schlesischen Holzindustrie (N.-O.) in Langen-Neudorf ist beendet. Durch Verhandlungen, die zwischen Organisationsvertretern und der bestreikten Firma Kaufmann u. Schmidt stattfanden, wurde der Ausstand nach eifriger Dauer beigelegt und die Arbeit am Montag wieder aufgenommen. Das Ergebnis der Verhandlungen bedeutet einen Erfolg für die Arbeiter, der ihrem geschlossenen Vorgehen und festem Zusammenhalten zu danken ist. Außer der genaueren Definierung eines Passus im Tarifvertrag und einer Änderung der Fabrikordnung ist eine der wesentlichen Bestimmungen bei dem erfolgreichen Abschluß des Ausstandes die, daß bei allen Differenzpunkten der Arbeiterausdruck herangezogen werden muß. Aus den Einzelheiten des Abchlusses geht hervor, wie reichhaltig der Gütermarkt war, der sich unter den Arbeitern angesammelt hatte. In der bürgerlichen Presse wurde es bei Ausbruch des Streiks nämlich so dargestellt, als wäre eine flache Bier die Ursache des Ausstandes gewesen und als hätte sich das Verbot der Direktion nur gegen alkoholische Getränke gerichtet. Diese Meldung war nur im Interesse der Firma verbreitet worden. Während der Arbeitszeit sollten überhaupt keine Getränke — auch keine alkoholfreien — verabfolgt werden. Mit dem Tarifvertrag und der Entlassung des Rantnemannes hatte die Betriebsleitung nur die schon lange unter den Arbeitern vorhandene Erbitterung über die schärfste Behandlung auf die Spitze getrieben.

Gehaltszulagen für die städtischen Arbeiter in Breslau.

Die Stadtverordnetenversammlung gab am Montag ihre Zustimmung zu einem Antrage des Magistrats, nach welchem den städtischen Arbeitern vom dritten Kinde an monatliche Familienbeihilfen in Höhe von 2 bis 3 M. pro Kind gegeben werden.

Kleines Feuilleton.

Ein Seitenstück zum Fall Lindenan. Der verstorbenen General Kurt v. Lindenan, über dessen Ordens- und Titelhändler Genosse Liebknacht im Reichstags die Enthüllung gemacht hat, die allenthalben großes Aufsehen erregten, war zur Bekleidung des höchsten militärischen Postens, als preussischer Kriegsminister ausersehen, da er mehrere Jahre Chef der ersten Abteilung des großen Generalstabs gewesen war. Es dürfte nur wenig bekannt sein, daß es in Deutschland schon einmal einen selbständigen Kriegsminister gegeben hat, der in der Tat wegen ähnlicher ehrenwürdiger Handlungen den Dienst quittieren mußte. Es handelte sich um den heftigen Kriegsminister Generalleutnant v. Danna. Gegen ihn wurde im Jahre 1892 eine: „Staatsdiener und Staatschwächen der Gegenwart“ betitelt Drohschüre veröffentlicht, worin ihm schwere ehrenverletzende Handlungen zum Vorwurf gemacht wurden. Als der Angegriffene in der „Kriegszeitung“ und noch sieben anderen der gelesesten Zeitungen Deutschlands den anonymen Verfasser der Drohschüre, der seinen amtlichen Handlungen als Kriegsminister und Divisionskommandeur die niederträchtigsten Motive untergelegt habe, aufforderte, sich zu melden, damit er von ihm die dem Offizier zukommende Genugtuung fordern könne, meldete sich ein Hauptmann a. D. Dörr und erbot sich, die Wahrheit seiner Angaben durch das Zeugnis des Offizierskorps zu erweisen. Am 8. Dezember erklärte sich das Offizierskorps gegen General von Danna, und der Kaiser entbot daraufhin den letzteren seines Kommandos, wie es hieß, aus Gesundheitsrücksichten und übernahm es vorläufig selbst. — Dies der Tatbestand, wie ihn die „Kriegszeitung“ in ihrer Artikelserie „Vor 50 Jahren“ im Jahre 1912 aufgeführt hat.

Das reisende Oberammergau. Die Oberammergauer werden Geschäftsleute, die zum Export übergehen. Anscheinend bringen die Postenspieler, die sie in ihrem Theaterdorf verankert, nicht mehr genügend ein, und so gehen die Leute mit den natürlichen Christusperlen auf Reisen und werden zunächst einmal dem spröden Alton oberammergaurisch kommen. Daß der die Zensur ausübende Lord Chamberlain ein Verbot dieser Spiele erteilt, das ihre Aufführung in allen Theatern unmöglich macht, schreit den fündigen Impresario nicht. Man wird eben unter freiem Himmel spielen, und „Bobby“, der englische Schuhmann, wird mit dem günstigsten Lächeln seine Verfassungen zur Zeit Christi betrachten. Man kennt die Ursachen des Verbotes, das Lord Chamberlain erteilt hat, nicht. Vielleicht aber ist er einer jener Wenigen, die sich einen inneren Respekt wenigstens bewahrt haben vor dem, das sie zu glauben vorgeben. Und dann ist es nicht zu verwundern, wenn er verhindern will, daß man einen denkwürdigen und ihm heiligen Akt der Weltgeschichte davor bewahren möchte, von einer geldgierigen Gruppe bauerntümlicher Komödianten zu Sensationsgeworden dem englischen Kunstspektakel vorgemischt zu sehen. Ein

Schauspiel, das um so widerwärtiger ist, je mehr der Inhalt und die naive Spielart der Postenspieler im Widerspruch steht zum Geistesgehalt der Darsteller und der Sensationslust des Publikums.

Theater.

Deutsches Theater. Shakespearestudie: Othello. Wassermauns Othello ist seit der Uraufführung vor etwa drei Jahren noch sorgfältiger gefeilt und reicher geworden. Das Bild, das er entwirft, ist einseitig und in seiner Eigenart die Schöpfung außerordentlicher schauspielerischer Intelligenz, die im Bewußtsein gewisser individueller Schranken die Shakespearesche Gestalt gleichsam in eine andere, der eigenen Begabung angemessene Form überträgt. Die Konsequenz, mit der das durchgeführte war, die Phantasie, die sich in diesem Rahmen offenbarte, verdient Bewunderung. Aber das Gefühl, daß der Dargestellte von der Figur, wie sie dem Dichter vorgezeichnet, abweicht, wird man nicht los. Ein Meister im modernen Profadrama, aber ohne jene Wucht und Größe in Sprache und Bewegung, die das Genie des Heroischen verlangt, merzt er das heldische Impofante völlig aus — den Hintergrund, der erst dem Ausdruck eiferfüchtiger Leidenschaft Schrecken und Kraft eines grandios verberenden Gemüters gibt, Wangen und Brust erweht. Das Ganze wird zur pathologisch naturalistischen Charakterstudie eines im Grunde gutartigen, mehr durch Zufall als überragende Eigenschaften emporgetragenen Negerburschen. Gleich der Auftakt ließ dies veränderte Gepräge der Figur klar erkennen. In der Szene vor dem Dogen, wo Othello zu seiner Rechtfertigung berichtet, wie er Desdemonas Liebe durch die Erzählung seiner Kriegstaten und Abenteuer gewonnen, kein Ton des Heroischen! Er plaudert, zweifelt mit breitem Lachen sich unterbrechend. Wehlos geht er dem Schicksal entgegen, und Jago scheint ihm nicht nur durch tückische List, auch durch Fähigkeiten und Kraft des Willens überlegen. Der Eiferfüchtige schreit nicht so sehr, als daß er das Mitleid bewegt. Und die erschütternde Tragik der Morbide, in der die Dichtung kulminiert, glitt, ohne Schauer auszulösen, fast eindrucklos vorüber.

Die Heims war eine gültig lebenswürdige Desdemona. Darnegger in den Trunkenheitszügen des zweiten Aktes ein farbiger wechselfoller Cassio, Diegelmann ein würdiger Brabantio, Biensfeldt in der Figur des Roderigo von unwiderstehlich komischer Tröteltätigkeit. Großen Erfolg hatte Wintertzen in der Rolle des Jago, die er zum ersten Male spielte. Der exemplarische Bösewicht wurde ein Wesen ganz von Fleisch und Blut. Ein hämmiger, breiter Kerl, rothbadig wie das Leben, mit Aussehen und Allüren eines treubereyigen Kriegskameraden, dem jeder sein Vertrauen schenkt und den es reizt, diese, seine Macht, Schadenfreude in niederträchtigen Intrigen auszulösen. Trotzende Gesundheit und Infamie im Grunde. Eine Leistung, originell und aus einem Guffe. dt.

Humor und Satire.

Die Antwort.

Raum steht sie da, die neue Ordnungsgestalt, So tritt mit hoffnungsvollem Wiederfimm

Und ebrüchtholl herabgezog'ner Mlye Der Liberale wieder vor den Tisch.

Er räuspert sich und säufelt dann verlegen: „Um was wir bitten, ist ja nicht enorm. Indessen — zwar — gewiß — obfchon — hingegen — Was denken Sie vom Thema „Wahlreform“?“

Darauf erhebt sich aus erhabenem Nebel Die Nummer zehn der Dallwyddhwaflie. Des seligen Wods Agente, Herr v. Loebel, Und blüht zur Rechten und bezwinkert sie.

Dann aber: Natic! Barbaug! mit Kraft und munter, Und noch mal: Braatic! mit ungeheurer Knall Haut er dem Fortschrittswanne eine runter, Daß ihm die Wade schwillt wie 'n Pariseval!

„Ne Wahlreform? Sie sind wohl nicht ganz richtig! Sie pfeifen hier aufs Volk — und nicht zu knapp! Und Königshier sind verdammt nicht wichtig! Da haben Sie Ihr Ding! Nun schramm'n Sie ab!“

Solch eine Jähstigung kann das Blut erregen, Jedoch man ist ja längst des Stolzes bair — Man räuspert sich und säufelt dann verlegen: „Indes — gewiß — obfchon — hingegen — zwar“ ... Ansg.

Notizen.

— Wissenschaftliche Referate in der „Urania“. An jedem Mittwoch und Sonnabend soll fortan dem großen Vortrag in der „Urania“ ein kurzes Referat vorangehen, in dem von fachwissenschaftlicher Seite ein Thema behandelt wird, das zurzeit im Vordergrund des Interesses steht. Bereits diesen Mittwoch findet ein solcher Vortrag statt.

— Felix Weingartner ist nach der Aufführung seines Musikdramas „Kain und Abel“ in Darmstadt zum Generalkonzeptionsdirektor der dortigen Hofoper und künstlerischen Beirat des Großherzogs ernannt. — Die Hülfsliche Betrüberrklärung hat ihm also nicht geschadet.

— Der Komponist Thomas Koschat ist am Dienstag im 68. Lebensjahre in Wien gestorben. Er war als Sänger in der Wiener Dom- und Hofkapelle tätig. Bekannt wurde er durch seine Violerkompositionen, die das Entzücken aller sentimentalen Jäherspieler bildeten.

— Folgen des Keimlichkeitsfanatismus. Die üble Gewohnheit, alles blähsant zu puzen und nirgends das natürliche Pathos zu dulden, hat in Kopenhagen sehr üble Folgen gehabt. Man hatte Thorwaldsens Johannesgruppe über dem Portal der Schlosskirche wiederholt mit Salzsäure abgewaschen. Infolgedessen sind die Oberflächen zerstört und die aufgelösten Teile fallen herab.

Ein Antrag der Sozialdemokraten, die Weisheit schon vom ersten Beginn zweiten Rinde zu gemahren, wurde abgelehnt. — Diese Einrichtung verdankt ihren Ursprung einer Petition von 670 Arbeiterfrauen, deren Männer im Gemeindeverband organisiert sind.

Der Streik der Klempner und Installateure in Freiburg, Karlsruhe, Konstanz und Siegen i. Baden konnte durch Verhandlungen beendet werden. Die Löhne wurden um 8 bis 4 Pf. erhöht, ab 1. April 1915 tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Weise ein, daß die wöchentliche Gesamtarbeitszeit nicht über 56 Stunden betragen darf. Sonnabends ist um 5 Uhr freierabend. Die Streikenden stimmten dem Ergebnis der Verhandlungen fast einstimmig zu.

12. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes.

1. Verhandlungstag.

Dresden, 18. Mai 1914.

Mit einer kurzen Begrüßung wurde heute die 12. Generalversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes in der Zentralhalle eröffnet. Neben den Verbandsvertretern, einem Mitgliede der Generalkommission (Schäff), sind zwei Gäste aus Dänemark und drei aus Schweden anwesend.

Bei der Eröffnung des Geschäftsberichtes wies der Vorsitzende hauptsächlich auf die Ursachen der nicht erfreulichen Mitgliederbewegung hin. In der Geschäftszeit (2 Jahre) ist die Zahl der weiblichen Mitglieder um 5668, die der männlichen nur um 933 gestiegen. Das letzte Jahr hat eine rückläufige Entwicklung gebracht. Schon aus der verschiedenen Zunahme bei den männlichen und weiblichen Mitgliedern kann man auf einen unterschiedlichen Eifer in der Agitation schließen. Das beschäftigt weiter die Verbandsverwaltung in der Mitgliederbewegung in den einzelnen Gewerken. Der Bezirk Ost hat sich trotz nicht günstiger Wirtschaftslage gut gehalten. Das gleiche gilt vom Bezirk West, der sogar mit einer sehr schweren Konjunktur zu tun hatte. Hätten alle Bezirke so gut gearbeitet wie die beiden genannten, dann wäre kein Rückgang, sondern noch ein Anstieg zu verzeichnen. Man darf trotz dieser nicht in Verzweiflung verfallen, das muß immer wieder gesagt werden. Die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse kam in den Lohnbewegungen zum Ausdruck. Aber man kann nicht sagen, daß diese in der Organisation war. Obwohl das Jahr 1913 nur die Hälfte Bewegungen anzeigte, waren daran doch so viel Personen beteiligt wie der Verband Mitglieder zählt. Rund 6000 Personen kommen dabei allerdings auf den christlichen Verband, der in hohem Maße eine Ausprägung zu bestehen hatte. — Die dann vom Referenten herausgestellten Ergebnisse der Bewegungen sind schon in unserem Fortschritt mitgeteilt worden.

Sodann geht der Vorsitzende auf die Bewegung in Arzfeld ein. Gemeinsam war man mit der Christen in die Bewegung eingetreten. Die Vertreter der christlichen Organisation gaben die Erklärung ab, daß sie die Bewegung bis zur letzten Konsequenz durchzuführen würden. Es gelang auch, die Unternehmer zu kleinen Zugeständnissen zu veranlassen, plötzlich sämmtlich aber die Christlichen ab; hinterhältig verhandelten sie mit den Unternehmern und verteilten den Kampfgewinn. Ganz besonders sind dadurch die Arbeiterinnen geschädigt worden. Gerade für diese sollte die Bewegung eine erhebliche Verbesserung der Arbeitsverhältnisse bringen. — Die Arbeiterinnenunterstützung nimmt die Mittel der Organisation in wachsendem Maße in Anspruch. Im letzten Jahre beanspruchte sie 50 Proz. mehr als im Jahre vorher. Das muß bei der Frage der Festsetzung von Beiträgen und Unterstützungen berücksichtigt werden. Der Redner empfiehlt, unter Hinweis auf das Vorgehen einer großen Reihe von Orten, die teilweise den Wochenbeitrag durch lokale Beihilfe auf 50 Pf. hinaufgebracht haben, den Wochenbeitrag wenigstens auf 40 Pf. für männliche Mitglieder zu erhöhen. Dies allgemein für die Gesamtorganisation zu tun empfiehlt sich nicht aus Rücksicht auf einige Orte mit besonders niedrigen Löhnen.

Es ist notwendig, daß für die „Textilpraxis“ Propaganda gemacht wird. Diese fachtechnische Zeitung hat bisher erst 3000 Abnehmer, jede Nummer erfordert 188 M. Zulage. Die Zahl der Abonnenten muß gesteigert werden. Die zwecks Einführung des freien Sonnabendnachmittags einsetzende Agitation hat noch nicht den erwünschten Erfolg gehabt, hauptsächlich darum, weil die Christen auch in dieser Frage die erforderliche Energie und Widerstand vermissen lassen. Der Vorstand hat die Hausweber in Oberfranken organisiert. Das war nur möglich, indem er für diese Mitglieder den Wochenbeitrag auf 30 Pf. festsetzte. Er erachtet um nachträgliche Zustimmung zu dieser Maßnahme, die notwendig war, um die Hausweber nicht der christlichen Organisation überlassen zu müssen.

Auf Vorschlag Schäffers erklärt sich die Generalversammlung mit dem Vorgehen des Vorstandes in dieser Angelegenheit einverstanden.

Fraulein Hoppe-Berlin berichtet über die Organisationsbestrebungen unter den Arbeiterinnen. Ein großes Augenmerk habe man auf die Ausbildung von agitatorisch und organisatorisch tätigen weiblichen Mitgliedern verwendet. Das Ergebnis sei erfreulich. Zurzeit seien 1800 weibliche Verbandsangehörige bei allen Arbeiten der Organisation. In einzelnen Gewerken bedürfte es noch größeren Eifers zur Heranbildung weiblicher Verbandsfunktionäre. Notwendig erscheine es, mehr darauf zu achten, daß zu allen Leitern weibliche Mitglieder herangezogen würden. Das gelte auch von der Delegation zu Verbandstagen und Konferenzen. Der Einrichtung von Agitationskommissionen muß größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. — Aus der Schweiz, aus Budapest waren Begrüßungen eingegangen.

Hantsch-Bien empfiehlt, einen von Bremen gestellten Antrag, der die Anerkennung der Separatisten verlangt, abzulehnen. (Zustimmung.)

In der Nachmittags-sitzung berichtet Vackel über das Informationsbureau. Die komplizierten Verhältnisse in der Textilindustrie stellen den Aufgaben des Bureau, das einmal die Konjunkturschwankungen beachtet, dann Branchenkenntnisse vermitteln, die Arbeitsverhältnisse erfordern und Agitationsmaterial liefern sollte, erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Redner schildert eingehend die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse. Viele Mißverständnisse, die in der Agitation aufstehen, beruhen in der Verschiedenartigkeit der Begriffsbestimmungen. Die Tätigkeit des Bureau hat nach dieser Richtung schon etwas gebessert. Es werde auch anerkannt, daß das Bureau reichlich viel Material geliefert habe. Es fehle vielfach nur noch an der gemündeten Verwendung. Schließlich beschwor der Redner einen Antrag, laut welchem der Kollege Hübsch aufgefordert werden soll, eine Geschichte des Textilarbeiterverbandes zu verfassen. Weiter soll mit dem Informationsbureau ein Archiv verbunden werden, dessen Aufgabe es sein soll, Material zu sammeln, das später für eine Geschichte der Textilindustrie benutzt werden kann. Lichtbildervorträge sollen die Kenntnis der Branchenkunde vermitteln, doch soll dabei der unterhaltende Teil nicht zu kurz kommen.

Der Kassierer Schmidt bedauert bei der Verlesung über die Kostenverhältnisse, daß zu wenig Jahrbücher abgesetzt werden. Für Organisationen im Auslande sind 6500 M. gezahlt worden, für die Kaiser in Deutschland 16400 M. Geplant werden muß bei der Bestellung des Jahrbüchleins. Bei der Lage der Kostenverhältnisse können die Forderungen auf Erhöhung der Unterstützung keine Berücksichtigung finden. Verwaltungen, die mit ihren Einnahmen nicht auskommen, müssen Lokalzuschläge einführen oder erhöhen.

Petterlein erhielt den Bericht des Ausschusses. Er hatte sich mit 16 Beschwerden zu beschäftigen. Wegen Streitigkeiten in

der Organisation mußten in Kossdorf 4 Mitglieder ausgeschlossen werden.

Die Vertreter von Bremen teilen mit, daß der Antrag betr. Separatisten letztendlich eingeleitet worden sei. Er gilt als zurückgezogen.

Damit waren die heutigen Verhandlungen erledigt.

6. Verbandstag der Steinarbeiter.

Dresden, 18. Mai 1914.

Der Verbandstag wurde heute vormittag im Volkshaus eröffnet. Er ist von 70 Delegierten, 8 Gauleitern und 5 Vorstandsmitgliedern, dem Vorsitzenden des Ausschusses und einem Vertreter des österreichischen Bruderverbands besucht. Die Generalkommission vertritt Knoll-Berlin. Als Vorsitzende des Verbandstages wurden Starke-Leipzig und Gläner-Dresden bestimmt. Die vorgelegene Tagesordnung wurde bestätigt.

Der Geschäftsbericht gab Verbandsvorsitzender Starke-Leipzig. Er verwies auf den gedruckten Bericht, von dem wir bereits einen Auszug brachten. Trotz der niedrigen Konjunktur habe sich die Mitgliederzahl noch gehoben, sie habe bei Beginn der Berichtsperiode 27708, am ihrem Ende 30516 betragen. Die Agitation sei intensiv betrieben worden, teils mündlich, teils schriftlich. Eine Neuerung in der Agitation war die Abhaltung von Lichtbildervorträgen, deren Ergebnis zufriedenstellend sei. Um die Grenzzeitigkeiten zu beseitigen, sei versucht worden, mit den Fabrikarbeitern einen Kartellvertrag abzuschließen, der Versuch aber gescheitert. Mit den Bauarbeitern stehe man dieserhalb in Unterhandlung. Der vom Bauarbeiterverband unterbreitete Gegenentwurf für einen Kartellvertrag entsprach aber nicht den Wünschen der Steinarbeiter, so daß es zweifelhaft sei, ob ein Kartellvertrag zustande komme. Starke verbreitete sich dann über die Lohnbewegungen, deren Ergebnis wir schon besprochen haben. Die Streikunterstützung betrug 1913 78167 M., 1914 148531 M. Im ersten Quartal 1914 mußte eine besonders hohe Summe für diese Unterstützung ausgegeben werden. Sie betrug 126098 M., also weit mehr wie im ganzen Jahre 1912. Dem mit habe, sagte Starke, der Verband die Leistungsprobe beizubringen und den Kollegen gezeigt, daß sie mit guter Zurecht auf die Schlagfertigkeit des Verbandes zählen könnten. Der Redner ging dann auf die zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge ein und präziserte die Stellung des Vorstandes hierzu. Die Anträge, die auf eine Verschmelzung mit den Bauarbeitern hingingen, bittet Starke abzulehnen. Man solle die gegenwärtigen Verhandlungen mit den Bauarbeitern abwarten und der Entwicklung nicht vorgreifen.

Den Massenbericht erörterte Weist-Leipzig. Da über die beiden letzten Jahre ein gedruckter Bericht vorliegt, bedürfte sich Weist davon, ein Bild der Massenverhältnisse im ersten Quartal 1914 zu geben. Durch die enormen Ausgaben für Streiks überstiegen die Gesamtausgaben die Einnahmen (133117 M.) um rund 100800 M. Das erste Quartal habe sehr hohe Anforderungen an die Kasse gestellt, man stehe darum vor der Aufgabe, den Kampffonds zu härten.

Für die Presse berichtete Redakteur Staudinger. Die Redaktion habe an dem Grundsatze festgehalten, zu allen Verbands-, beruflichen und sozialpolitischen Fragen Stellung zu nehmen. Die Auflage des Verbandsorgans betrug am Ende der Berichtszeit 3000 Exemplare.

Nach Entgegennahme des Revisions- und des Ausschussberichts beschloß der Verbandstag, bei der Diskussion über die Rechenschaftsberichte die Lohnbewegungen als besonderen Teil zu behandeln. Zunächst gingen die Redner auf allgemeine Fragen ein. Mit der Tätigkeit des Vorstands und der Redaktion war man im allgemeinen einverstanden. Heber-Grenzkreutz leitete wurde sehr viel gesagt. Neben den Bau- und Fabrikarbeitern können auch noch die Landarbeiter in Frage, die ihre ganze Kraft aufwenden, um die Steindreher zu gewinnen. Dabei seien die Steindreher nur ein Vierteljahr als Waldarbeiter beschäftigt. Der Vertreter der Generalkommission, Knoll-Berlin, hofft, daß durch die Furcht vor den vorgezeichneten Schiedsgerichten die Grenzzeitigkeiten eingedämmt werden.

Die Verschmelzungsfrage erörterten zahlreiche Redner. Es wurde betont, die wirtschaftlichen Verhältnisse würden zu einer Verschmelzung mit den Bauarbeitern zwingen. Andere Delegierte sprachen sich jedoch gegen eine derartige Verschmelzung aus. Einer empfahl die Verschmelzung mit den Steinschneidern für die Mitglieder in der Stadt und mit den Glasarbeitern für die auf dem Lande. Das Vorstandsmitglied Siebold glaubt, daß wenn eine Verschmelzung zustande käme, diese mit den Steinschneidern vorgenommen werde und in weiterer Entwicklung mit dem Keramarbeiterverband.

In der Aussprache wurde auch der Rückgang der Verwendung von Naturseiden bedauert.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Genossenschaftliches.

Verbandstag der Konsumvereine der Provinz Brandenburg.

Am 17. und 18. Mai wurde der 50. Verbandstag der Konsumvereine der Provinz Brandenburg und der angrenzenden Provinzen und Staaten im Volkshaus in Brandenburg abgehalten.

Anwesend waren 116 Delegierte für 62 Verbandsvereine und Vertreter des Zentralverbandes der Konsumvereine Deutschlands, der Großeinkaufsgesellschaft und des Verbandes der Handlungsgeschäften.

Verbandsdirektor Müller-Berlin eröffnete die Tagung mit dem Hinweis auf das 50jährige Bestehen des Verbandes und erstattete darauf den Bericht des Verbandsvorstandes.

Die Gründung des Verbandes erfolgte im Jahre 1864.

Am Schluß des Geschäftsjahres 1913 gehörten zum Verbands 100 Konsumvereine und 3 Produktivgenossenschaften. An Mitgliedern hatten die 100 Konsumvereine im Berichtsjahre 211789 gegen 176567 im Vorjahre. Auf den einzelnen Verein entfallen 2118 Mitglieder, während im Zentralverbande 1912 auf jeden Verein in Durchschnitt 1315 Mitglieder kamen.

Der Warenumsatz betrug einschließlich des Viekerantengeschäfts insgesamt 4747702 M., gegen 39174667 M. des Vorjahres. Eine geringere Erhöhung hat auch der Durchschnittsumsatz des einzelnen Mitglieds erfahren, der von 221,49 M. im Vorjahre auf 224,17 M. stieg. Insgesamt erzielten die 100 Verbandsvereine einen Umsatz im eigenen Geschäft von 44973777 M., was eine Steigerung gegen das Vorjahr von 22 Proz. bedeutet.

An beschäftigten Personen sind in den Verkaufsstellen 2889 gegen 1909 im Vorjahre vorhanden. Der Gesamtumsatz in der Warenherstellung der 100 Konsumvereine betrug 8360866 M. gegen 5904763 M. des Vorjahres. Beschäftigt wurden in der Produktion insgesamt 347 Personen, gegen 267 im Vorjahre. Der Umsatz der Vereine bei der Großeinkaufsgesellschaft stieg von 11979063 M. im Jahre 1912 auf 14944526 M.

Die Gesamtsumme des Geschäftsertrages der Vereine bezifferte sich für 1913 auf 6989901 M., die der Geschäftslasten auf 5903887 M. In allen Steuerarten wurden die Vereine ganz erheblich herangezogen, in einem Maße sogar zur Kirchensteuer.

Von den drei Produktivgenossenschaften, der „Vorfahrung“, Produktivgenossenschaft der Schneider (Berlin), Möbelfabrik „Greif“ (Anklam) und der „Arbeiterdruckerei“ (Görlitz), wurde im Geschäftsjahre 1912 ein Bruttoertrag von 345977 M., ein Reingewinn von 30530 M. erzielt. Beschäftigt wurden in den Betrieben 84 Mitglieder und 67 Nichtmitglieder.

Im Verbandsbezirk bestehen fünf Einkaufsvereinigungen, und zwar die Brandenburgische, die Lausitzer, die Niederschlesische, die Mittelschlesische und die Pommerische Einkaufsvereinigung. Insgesamt waren 74 Verbandsvereine den Einkaufsvereinigungen angeschlossen. Müller schloß sein Referat mit dem Wunsche, daß auch

die fernere Entwicklung der Verbandsvereine der werktätigen Bevölkerung zum Segen gereichen möge.

Am zweiten Verhandlungstag referierte Dr. August Müller-Hamburg über die Zusammenfassung des genossenschaftlichen Betriebes und die Aufnahme und Anlegung von Hausanteilen und Spareinlagen sowie über Grundsätze für die Einführung eines festen Rabatts.

Zum Vorsitzenden des Verbandes wurde wieder Paul Müller, zu Mitgliedern des Ausschusses Lange-Soran, Mai-Striegau und Reher-Stettin gewählt. Zu Vertretern im Generalrat des Zentralverbandes wurden Koromski-Königsberg, Breiter-Langenbielau, Warquardt-Kauscha und Krüger-Boisdam bestimmt und in den Ausschüssen der Großeinkaufsgesellschaft Junger-Berlin und Mai-Striegau gewählt.

Der nächste Verbandstag findet in Luckenwalde statt.

Berichtszeitung.

Die gestohlenen Kennpreise.

Um Kennpreise im Werte von 20000 Mark handelte es sich in einer Strafsache, welche gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Velteskamp beschäftigte. Wegen gemeinschaftlichen Diebstahls waren der Leutnant a. D. Adaman, Maria Lucas von Cranach und der Journalist Richard Ewers angeklagt.

Der Angeklagte von Cranach, welcher ein Nachkomme des berühmten Lucas von Cranach ist, fand vor einiger Zeit eine Anstellung als Privatsekretär bei dem früher als erfolgreicher Herrscher sehr bekannten Rittermeister a. D. von Cravenitz, der als Präsident der „Canadian European Investment Corporation Ltd.“ hier unter den Linden 3 ein großes Bureau unterhält. In diesen Räumen bewahrte er die früher erworbenen Silbermedaillen und goldenen Ehrenpreise auf, die einen Gesamtwert von über 20000 M. hatten. Diese Wertgegenstände befanden sich in mehreren Kisten und Truhen. Als Herr von Cravenitz im Dezember von einer Geschäftsreise nach Canada zurückkehrte, machte er die unangenehme Entdeckung, daß sowohl familiäre Silbergegenstände als auch der Herr Privatsekretär selbst spurlos verschwunden waren. Es ergab sich, daß von Cranach, als er sich in Geldnöten befand, die sämtlichen Wertgegenstände zum Teil durch den ihm befreundeten Witwengast Ewers veräußert hatte. Mit dem Erlöse von 5000 M. waren beide nach Monte Carlo gefahren und hatten dort in wenigen Stunden das Geld verspielt. Auf die erstattete Anzeige hin wurde gegen beide Anklage wegen Diebstahls erhoben.

Vor Gericht bestritten beide Angeklagten, sich schuldig gemacht zu haben. Da sich die Sachen in dem Besitze des Angeklagten von Cranach, der auch die Schlüssel zu den Kisten hatte, befanden, nahm das Gericht Unterschlagung bzw. Hehlerei an. Es erkannte, weil die Angeklagten als Angehörige der gebildeten Stände eine viel höhere moralische Verantwortung haben als ein ungebildeter Mensch, und ferner mit Rücksicht auf das hohe Objekt und den großen Vertrauensbruch gegen von Cranach auf 6 Monate und gegen Ewers wegen Hehlerei auf 3 Monate Gefängnis.

Die „politischen“ freien Gast- und Schankwirte.

Am Montag ist die Verwaltungsstelle Erfurt des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands durch ein Urteil der dortigen Strafkammer für politisch erklärt worden. Der Vorsitzende der Verwaltungsstelle war vom Schöffengericht zu 5 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er es unterlassen hatte, die Satzungen und ein Verzeichnis der Mitglieder einzureichen, wozu er nach der Ansicht des Gerichts verpflichtet gewesen sei. Der Verband verfolgt bekanntlich den Zweck, die materielle und geistige Lage der Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe selbständig oder in Vertretung betreibenden Personen zu heben und zu fördern. Er gewährt außerdem Rechtschutz, Unterstützung in Not- und Krankheitsfällen sowie bei Sterbefällen. Das Schöffengericht hatte die Ortsverwaltung Erfurt des Verbandes besonders darum für politisch angesehen, weil sie nach dem Inhalt des Protokollbuches in den Mitgliederversammlungen beschlossen hatte, die Verlängerung der Polizeistunde anzufordern, gegen den Alkoholausschank in den Schrebergärten bei den Behörden vorstellig zu werden und die Mitglieder anzuhalten, die Produkte einer monopolisierten Schnapsfirma zu meiden. Durch diese Beschlüsse habe die Ortsverwaltung ein selbständiges Vereinsleben entwickelt.

In der Verhandlung vor der Strafkammer wurden vom Vorsitzenden eine Anzahl Protokolle über den Verlauf von Mitgliederversammlungen der Ortsgruppe Erfurt des Verbandes verlesen. Das Gericht erkannte auf Verwertung der Berufung, weil die Justizstelle Erfurt des Verbandes ein selbständiges Vereinsleben entwickelt habe, denn sie sei für die Interessen der Schankwirte eingetreten und habe die Verlängerung der Polizeistunde angestrebt. Wenn das schon politisch ist, was ist es nicht?

Jugendbewegung.

Eine Kiterademstration gegen den Jungdeutschlandbund.

Ein seltener Empfang wurde dem Generalfeldmarschall v. d. Golz, der als Agitator für den Jungdeutschlandbund das ganze deutsche Land durchkreuzt, am Sonnabend in Eisen bereitet. Herr v. d. Golz wollte in einer ausserordentlichen Gesellschaft einen Vortrag über das Wesen seines Bundes halten. Der Saal war schon vor Beginn von 2½ Tausend Personen überfüllt und mußte polizeilich abgeperrt werden. Hocherfreut über die durch den Besuch ihm zuteil gewordene „Ehrung“ begann der Feldmarschall seine Rede mit militärischem Schwelge. Um die Aufmerksamkeit der Versammlung auf sich zu lenken, kramte er tüchtig mit dem Säbel auf den Boden. Damit war die Tendenz des Vortrages angefüllt. Nach der anderthalbstündigen Rede brachte der Versammlungsleiter ein Hoch auf den Generalfeldmarschall aus. Als aber die Hälfte der Versammlung, die anderswohin in den vordersten Reihen ihren Platz hatte, demonstrativ sitzen blieb, machten die Arrangements auf der Bühne recht verdutzte Gesichter und wußten nur einen Rat: flüchten! Ohne das übliche Kaiserhoch und ohne die Versammlung offiziell zu schließen, ließen die mutigen Militärs eilends davon, noch ehe der Feind zum Angriff übergegangen war.

Diesen Feind bildeten 1200 Genossen, die erschienen waren, um den militärischen Jugendpöbel ins Angeicht zu sagen, daß sie sich vor der jungdeutschen Erziehungsbewegung bestens bekennen und ihre Kinder davon bewahren werden. Diesem Schicksal sind die schneidigen Militärs durch den eiligen Rückzug entgangen. So mußten sich unsere Genossen begnügen, ihre Meinung durch ein Hoch auf die Sozialdemokratie und den Gesang der Marschlied, des Sozialistenmarsches und der Internationale zum Ausdruck zu bringen. Die aufgeschreckten Hülsen Hatterien die Damen in vornehmer Toilette erschreckt durcheinander, während ihre uniformierten Begleiter ob der Feigheit ihrer vorgesetzten Kameraden vor Wut plagen wollten. „Donnerwetter, da hatten wir doch den Degen ziehen müssen“, schnarrte ein Artillerieregimentsoffizier. „Jammerliche Blamage“, sagte ein anderer Offizier. Der hatte die Situation richtig begriffen.

Als unsere Genossen den Saal bereits verlassen hatten, stürzten von allen Seiten Polizisten en masse herein. Sie waren um eine Ausrüstung verspätet gekommen.

Photographische Ateliers
K. Maerz, Industraße 68.
Rud. Obigt, N. Kleinendorferstr. 12.
Photogr. Apparate
M. Albrecht, SO, Kottbusstr. 1.
Hugo Schultz, Müllerstr. 106a.
Pianos
Cesare Donadoni & Pohl, Berlin NO., Landsberger Allee 15.
Rechtshilfen, Dolmetscher
Gustav Frank, Ackerstr. 125.
Rechtliche Anzeigen
H. Kahlbrock, Danzigerstr. 48.
Raucherwaren, Fische
D. Danielsohn, Kottbusdamm 6.
Schneiderei
Fritz Wildenhayn, Kleebergstr. 3.
Schneidereiartikel
Fritz Wildenhayn, Kleebergstr. 3.
Schirme, Stühle
P. Knapp, Goebenstr. 1.
Schreibwaren
Rich. Blume, Fankow, Florastr. 11.
Schuhwaren, Schuhmach.
Fidelax, Lief. d. K., Kottbusstr. 12.

Wihl. Hitzsche, Schalitstr. 12.
Willy Kusow, Hagenstraße 48.
K. Lück, Charl., Turgisstr. 49.
Emil Mierlich, Florastr. 31.
Peterson, Osk., Müllerstr. 156.
J. Petrain, Marienb., Str. 10.
V. Sulejkowski, Zerkowstr. 18.
M. Ruda, Pankow, Heilmannstr. 63.
Tschöke, Schow., Köpenick, 44, 117.
B. Wolff, Pankow, Wollankstr. 117.
Schneidmacher-Artikel
H. Schludensky, Krautstr. 20.
Seifen
Schneewittchen-Schneiseifenpulver
Alleinvertrieb: Grünh. Potsdam.
Holtke, Paul, Burgardstr. 14.
A. Brachinski, Pank., Drehmstr. 4.
Cl. Schumann, Tegel, Schillerstr. 28.
F. Schwericke, Florastr. 91.
Tapeten, Wachstuche
Max Mörzel, Pankow, Schloßstr. 18.
W. Pletzer, Liebk. 16.
Uhren und Goldwaren
Kessler, 9, Markt, Berlin, 100.
O. Assmann, Tempelhof, Berlin, 100.
A. Bartsch, Weiden, 9, Markt, 117.
E. Brunn, A., Spandau, Schöy 31, 14.
Max Eisenmann, Carl, Neffingstr. 14.
Ernst Gruber, Brunnenstr. 78.
Max Busse
Goldschmiedemeister.
E. Kempel, Fennstr. 10 a.
K. Kerger, O., Grünbergerstr. 15.
K. Knebel, W., Frl. Chaussee 94.
H. Kühn, N., Schöy, K. Will. 18, 88.
Lehmann, Alb., Frank, Allee 40.
Schrammek, G., Frl. 17, 1.
W. Schroeder, Lassan, Köpenick, 36.
O. Schütz, Dresden, 38, 562, Wecker-Str.
F. Seifner, Nacht, Schöneberg, Kolonnenstr. 60.
Max Storch, Kibingerstr. 100.
Georg Weigel, Wrangelstr. 47.
Warenhäuser
Carl Hoffmann, Schöneberg, Herberstr. 4.

Unterrichtsinstitute
Maschinen- u. Heizerausbildung
Verleihen
'Deutschland' Berlin
Arbeiterversicherung - Schützen-Sterbekassenversicherung
'Iduna' zu Halle a. S.
Berlin, Charlottenstr. 82.
Weine, Liköre, Fruchtsäfte
F. M. Höpner, Ritterstr. 20.
Conrad, Groß-Deust. Platz, 217.
Hugo Boling
600 Filialen in allen Städten.
Groß-Deust. Schloß Haube
Frankfurter Allee, Ecke
Kreuzberger, L. Köpenick, Weis
Frank, Allee 121, Ecke 1.
Herm. Meyer & Co., Act. Ges.
ca. 550 Verkaufsstellen.
Sprit- und Likörfabrik
m. W. Müller
Backowerstr. 78.
Otto Albert Schulz
Frankfurt-
Allee 156.
Gros-Deust. Ausschank
Brunnenstr. 13.
Tognatz Sello
Herselwerk, L. Köpenick.
Wirtschaftl. Etablissem.
Berliner Nordpark
Größtes Vergnügungs-Establisse-
ment des Nordens.
Café Metropol
Tgl. gr. Künstler-Konzert

Grand-Café 'Zeppelin'
Frankfurter Allee 70, Ecke Köpenick.
Tägliche große Künstler-Konzerte
Dresdener Bühnen, Dresdenstr. 94, 95.
L. Goerge, Schulstr., Ecke Maxstr.
A. Groß, Henningd. Str. 20.
Großstr. 2. Sonne, Str. 24.
Groß-Deust. zum Afrikaner
Inh. Bernhard Tiedemann.
'Hagenbeck' Café und Restaurant
Müllerstr. Ecke Senstr.
Zum Original-Hackepeter
Eduard Martin, Münzstr. 90.
Hackepeter
Schöneberg
Hauptstr. 139.
Otto Hensel
Palasthof-Aus-
schank, Brunnenstr. 77.
W. E. Koloski, Stendalerstr. 11.
G. Lehmann
Lübbener-
und Wrangelstr.-Ecke
Lindenthaler, Lindenstr. 110.
Konzert-Café
Nord-Palast
Brunnenstr. 18, E. Veteranenstr.
Die erste selbstw. Doppelgeige
Patzenhofer
J. Guggenberger, Rosenstr. 34.
Patzenhofer Ausschank
Robert Balzer
Gr. Frankfurterstr. 104.
Patzenhofer-Aussch.
P. Fischer, N. Schöy, K. Will. 18, 88.
O. Rönfeldts
Hackepeter, Müller-
str. 168, Ecke Lysenstr.
Riebeck-Ausschank
Alexanderstr. 55.
Riebeck-Ausschank
R. F. 16, 1.
Original-Schultheiß-Ausschank
Alexanderstr., Rich. Schloßstr.
Riebeck-Bier-Ausschank
Brunnenstr. 76, Ecke Lortzingstr.
Zahnteller
Max Alm, Frausockstr. 14.
P. Barzin, Steinmetzstr. 30.
F. Bernat, Rosenstr. 11.
W. Best, Skatzenstr. 42.

J. Bläck, Berlinstr. 106.
F. W. Bries, Cöpenickerstr. 79.
M. Dresler, Grätzerstr. 201.
D. By, H., Neukölln, Bergstr. 153.
Falkenberg, K. Will. 18, 88.
H. Frey, 1861, Landsbergerstr. 111.
Goetze, 1861, Frl. 18, 111.
E. Junk, Blumenstr. 88.
R. Linder, Warschauerstr. 9.
R. Monda, Schulstr. 117.
Zahn-Atel. Volkswohl, Müllerstr. 125.
Reimann, Köpenick, 113.
E. Sager, N. Köpenick, 113.
Hermann Schulze, Bunsenstr. 15.
Große Frankfurterstr. 4.
Emil Sann
Ecke Fruchtstr.
Karl Sommer, Frankfurter Allee 64.
Straßmann
Teichstr. 110.
Weiss, Max
Teichstr. 110.
Witte, Max
Ecke Hauptstr.
Yoghurt-Präparate
Yoghurt-Milch-Kakao
wirkt blutreinigend.
Adlershof
Kaufhaus Julius Weß Nachf.
Britz
Emil Gold, Köpenick, Germania-Platz.
Bohndorf
O. Schüler, Lind- u. Schweinestr.
Fredersdorf
H. Göt, Drogen und Farben.
Carl Schöber, Brot- u. Feinbäckerei.
Gust. Schönefeld, Schuh- u. Rep.
Carl Tegel, Brot- u. Feinbäckerei.

Lichterfelde
Königsberger & Co.
Königs-Weiterhauen
Butterhandlung Monopol
G. Hübner, Thra, Gold, 117.
Kaufhaus Emil Bergmann
Otto Krusche, Fria, Köpenick Str. 54.
Max Leib
Pelzwaren, H. Köpenick.
Franz Püschner, Haus- u. Kleider-
Otto Schampe, Eisenhandl., Bu-
artikel, Haus- u. Kleider-
R. Schütte, Schützenstr.
Schloß-Drogerie
Paul Malzahn
L. Köpenick, Aether
Rich. Scholz, Köpenick, u. Konditor.
Kolonialwaren
W. Werdemann
E. Stark, Köpenick, Berlinerstr. 26.
Schuhwaren u.
Reparaturen.
R. Wilke
Schützenstr.
Mariendorf
A. Böckmann
Ferdinand Titel, Chaussee 217.
Konf. Weber, Chaussee 45.
Mehlsdorf
Rud. Grunow
Leinhardt, Beck- u. Konditor.
Frau A. Pagel, Kolonialwaren.
A. Schwarz, Cigarren, Tabak.
Neukölln
E. Groß, 117, Str. 44.
B. Jaenichen, Köpenick, Germania-Platz.
K. Karpman, Pap. Schöy, Brunnenstr. 193.
C. Kämpfer, Bergstr. 137.
Kaufhaus Felix Levy Nachf.
Hormannstr. 32.
R. Kegel, Köpenick, Str. 34.
R. Kerlian
Spez.: Geflügel,
Krause, Frl. Friedr. St. 78.
Neukölln
E. Groß, 117, Str. 44.
B. Jaenichen, Köpenick, Germania-Platz.
K. Karpman, Pap. Schöy, Brunnenstr. 193.
C. Kämpfer, Bergstr. 137.
Kaufhaus Felix Levy Nachf.
Hormannstr. 32.
R. Kegel, Köpenick, Str. 34.
R. Kerlian
Spez.: Geflügel,
Krause, Frl. Friedr. St. 78.

Fr. Pannock, Bergstr. 126.
E. Scheller, Köpenick, Frl. 18, 111.
Tegel
E. Scheller, Köpenick, Frl. 18, 111.
Spandau
A. W. Schöy, Köpenick, Frl. 18, 111.
Schöneberg
W. Hübner, Köpenick, Frl. 18, 111.
Straußberg
Gewaltlos, W. Köpenick, Frl. 18, 111.
Wellend
Berlinerstr. 117.
Weiden
P. Jürgen, Köpenick, Frl. 18, 111.
Wilhelmsruh
Carl Gahl, Köpenick, Frl. 18, 111.
Zossen
Butterhandlung Monopol
Warenhaus S. Cohen.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zweifach fettgedruckte
Worte), Steilgedruckte und Schräggedruckte
Wörter 5 Pf.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf.
Wörter mit mehr als 12 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
Für die nächste Nummer werden in den Anzei-
genstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 66,
bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Bettenkauf 9.-, Brunnen-
straße 70, im Keller.
Tepiche-Thomae, Drantenstr. 44.
Klappwagen, Kinderwagen, Teil-
zahlung 0,50 wöchentlich, Sportbillig.
Wohnwagen! Teilzahlung 0,50
wöchentlich an.
Küchengeräte! Teilzahlung 0,50
wöchentlich an.
Küchengeräte! Teilzahlung 0,50
wöchentlich an.
Küchengeräte! Teilzahlung 0,50
wöchentlich an.

Tepiche! (sehrschöne) in allen
Größen, fast für die Hälfte des
Bettes.
Anzüge, Paletots, Teilzahlung,
Sportbillig!
Pflanzentiere
Monatsanzüge, Paletots, großes
Lager, jede Figur, fast man am
billigsten beim Kaufmann; jede
Kleidung nach Wunsch in eigener
Werkstatt 5 Prozent billiger für
Kaufmann.
Monatsanzüge und Sommer-
anzüge von 5 Mark sowie Damen
von 1,50, Gedruckt von 12,00,
Kleid von 2,50, sowie für formale
Figuren.
Kaufmann, Köpenick, Frl. 18, 111.

Möbelteilzahlung, 10 Mark An-
zahlung, keine Katen.
Wohlfühlmöbel!
Wohlfühlmöbel!
Wohlfühlmöbel!
Wohlfühlmöbel!

Musikinstrumente.
Pianos 100,-, 185,-, 250,-, 300,-,
350,-, 400,-, 450,-, 500,-, 550,-,
600,-, 650,-, 700,-, 750,-, 800,-,
850,-, 900,-, 950,-, 1000,-.
Elektrisches Piano mit
Begleitinstrumenten, 300,-,
verfüglich.
Kaufmann, Köpenick, Frl. 18, 111.

Unterricht.
Muttergütiges Deutsch sprechen
und schreiben lehrte billig (auch abends)
erfahrenen Privatlehrer.
Unterricht in der englischen
Sprache für Anfänger und Fort-
geschrittene, einzeln oder im
Klasse, nach Stundenlohn.
Kaufmann, Köpenick, Frl. 18, 111.

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Vertrag verlangt Schriftstücke,
Kaufmann, Köpenick, Frl. 18, 111.

Vermietungen.
Wohnungen.
Zimmer.
Schlafstellen.
Verschiedenes.
Kaufmann, Köpenick, Frl. 18, 111.

Wie steht es mit der Verstaatlichung der B. E. W.?

Wiederholt haben wir im Laufe der letzten Wochen in diesen Spalten die künftige Elektrizitätsversorgung Berlins behandelt und alle Seiten dieser für unsere Stadtgemeinde so überaus schwerwiegenden Frage zu erörtern gesucht.

Leider scheinen unsere Darlegungen dem Magistrat noch keine Veranlassung gegeben zu haben, seine bisherige Politik des Zauderns und Hinhaltens zu ändern. Diese Politik läuft, wie wir des Ausführlicheren auseinanderzusetzen haben, auf nichts anderes als auf Begünstigung und Förderung der A. E. G. und ihrer Freunde hinaus und ist um so unbegreiflicher, als man doch vom Magistrat, gleichviel wie seine Majorität sich schließlich zur Sache stellen mag, soviel Ehrlichkeit und Offenheit verlangen muß, daß er nicht hinten herum den Feinden der städtischen Regie die Trümpfe in die Hände spielt und all den lauen und noch unentschiedenen Elementen die so billige und bequeme Ausrede geradezu in den Mund legt, sie seien zwar an sich durchaus keine Gegner der städtischen Regie, jetzt aber sei leider die Zeit schon zu knapp, um alle notwendigen Vorkehrungen treffen zu können.

Auch von den Vertragsfreunden ist bisher fast ausschließlich auf unsere Ausführungen noch nichts erwidert worden. Dagegen hat der Generaldirektor der A. E. G., wie das „Berliner Tageblatt“ mitteilt, einem ihrer Redaktionsmitglieder gegenüber „die Lebenswürdigkeit geholt, sich über die schwebenden Fragen der elektrischen Industrie, speziell der A. E. G. ausführlich zu äußern“. Zwar vermochte Herr Geheimrat Rathenau über die gegenwärtigen Verhandlungen mit der Stadt Berlin betreffs der Zukunft der Elektrizitätswerte nicht viel Neues zu sagen, allein, er schloß diesen Teil der Unterredung nach dem „Berliner Tageblatt“ mit der Bemerkung: „Die ganze Frage sei allerdings bisher im Laufe ihrer Erörterung immer mehr von einer wirtschaftlichen zu einer politischen Frage geworden.“

Diese Äußerung möchten wir, so weit es an uns liegt, niedriger hängen und bekannter machen. Sie erhellt mit einem Schlag die Dürftigkeit der sachlichen Gegenstände und zeigt das Gleis, auf welches die A. E. G. die ganze Frage schieben möchte. Der rote Lappen soll eben wieder einmal, und zwar zugunsten der A. E. G. und ihrer Aktionäre, geschwenkt und die bürgerlichen Stadtverordneten abgeschreckt werden, an die Seite der sozialdemokratischen Fraktion für die städtische Regie zu treten. Wohlgerührt, daß die Übernahme der Werke durch die Stadt nur Interessen der A. E. G. und nicht etwa Interessen der Aktionäre der B. E. W. in Frage stellt, kann angesichts des Gewichts der angeführten Gründe auch Herr Rathenau nicht mehr bezweifen. In der angeführten Unterredung heißt es fernerüber: „Die B. E. W. würden alsdann die größte Kaufgesellschaft werden, die es je gegeben hat, und da sie sich bereits für den Fall der Verstaatlichung eine Reihe wertvoller Optionen auf Elektrizitätswerte und Beteiligungen an solchen gesichert haben, wird in einem früheren Artikel diese Verhältnisse des näheren bereits dargestellt, würden sich für die Aktionäre durchaus günstige Renten erzielen lassen.“

Daß die künftige Elektrizitätsversorgung Berlins und die Umgestaltung der Tarife eines der wichtigsten kommunalpolitischen Probleme bedeutet, vor die unsere Stadtgemeinde seit langer Zeit gestellt ist, wird von niemandem bestritten werden können. Mit einer kleinen Handbewegung läßt man das Wortchen „kommunal“ in der Verlesung verschwinden und nun ist die Plattform gegeben, von der aus man gegen die Sozialdemokraten im Rathaus losdonnert, die angeblich bestrebt seien, diese rein wirtschaftliche Frage zu einer politischen zu machen. „Denn eben wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“

Wie dürftig muß es um sachliche Gründe für die Aufrechterhaltung der Herrschaft der A. E. G. bestellt sein, wenn selbst der so viel gerühmte Scharfsinn des Generaldirektors der A. E. G. gezwungen ist, auf solche alte abgenutzte Taktik zurückzugreifen. Wir haben diesen Kniff vorausgesehen und daher neulich schon statt unserer hervorragende bürgerliche Sachverständige gegen die A. E. G. und zugunsten der städtischen Regie sprechen lassen. Wir wollen heute zwei weitere Stimmen aus Bägern beibringen, die auch Herr Geheimrat Rathenau wird gelten lassen müssen.

In einem Kunderloß an die Gemeinderäte vom 20. Dezember 1911 äußert sich das königlich sächsische Ministerium des Innern u. a. wie folgt:

„Daß die elektrische Großindustrie sich lebhaft um die Erwerbung von Elektrizitätswerten, die von Gemeinden betrieben werden, bemüht, ist bekannt; sie hat damit auch in einer ganzen Reihe von Fällen bereits Erfolg gehabt.“

Das Ministerium des Innern wünscht daher, daß alle Gemeinden und Gemeindeverbände, die eigene Elektrizitätswerke besitzen, darauf hingewiesen werden, welchen folgenreichen Schritt sie tun und welche große Verantwortung sie übernehmen, wenn sie ihre Werke an Private veräußern. Daran vermögen weder augenblickliche Vorteile und finanzielle Erleichterungen, noch langfristige Verträge über den Strombezug etwas zu ändern. Die Gemeinden geben mit dem Verkauf ihrer Werke ein ungemessen wichtiges Recht so gut wie unwiederbringlich aus den Händen; das Recht, die Bedingungen für den Bezug elektrischer Kraft in ihrem Bezirk nach eigenem Ermessen festzusetzen. Dieses Recht wird aber in der Zukunft, da die Industrie und das Kleinergewerbe je länger je mehr zur Verwertung von Elektrizität übergehen und auch der Bedarf des einzelnen privaten Haushaltes an Strom beständig steigt, an Bedeutung noch gewinnen.

Das Ministerium des Innern will das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden in keiner Weise einschränken; aber es möchte wünschen, daß sie dieses Selbstverwaltungsrecht auch gegenüber dem privaten Unternehmertum zu verteidigen haben. Die Entwicklung weist die Gemeinden auf den Ausbau kommunaler gewerblicher Unternehmungen, nicht auf ihre Aufgabe. Gerade die größten Gemeinden des Landes können in dieser Beziehung als Vorbild dienen.“

Sie haben diesem Entschluß nichts hinzuzufügen. Des weiteren möchten wir eine Schrift erwähnen, die vor einiger Zeit (leider nicht im Buchhandel) erschienen ist und den Titel führt: „Die Elektrizitätsversorgung Groß-Berlins“. Eine Studie von A. Werner.“ Der Verfasser ist der Direktor der Siemens-Schuckert-Werke, gewissermaßen der Altgenossen dieses Konzerns und ein Fachmann ersten Ranges. Die Schrift interessiert uns hier hauptsächlich um deswillen, weil sie endgültig aufräumt mit einem Einwand, der im Rathaus kolportiert wird und seinen Niederschlag gefunden hat in folgenden, in der „Voss. Zeitung“ abgedruckten Äußerungen: „Nicht zuletzt darf darauf hingewiesen werden, daß mit der Übernahme der B. E. W. in städtische Verwaltung auch das Heer der Beamten und Angestellten nicht unerheblich wachsen wird. Es liegt ja leider in unserem Zeitgeist die betrübende Tendenz, daß alles zur Staats- und Stadtkasse sich drängt. Alles erstrebt eine möglichst pensionsberechtigende Versorgung. Darum muß in diesem

Augenblick auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus gegen die überhandnehmende Kommunalisierung großer Betriebe energischer Einspruch erhoben werden. Das Heer der städtischen Beamten ist heute schon unüberschaubar, der Pensionsfonds schwillt von Jahr zu Jahr. Wo aber bleibt die erwerbende Kraft der Steuerzahler, die frei schaffende Bürgerschaft, wenn es auf diese Weise weitergeht?“

Dagegenüber kommt Herr Direktor Werner auf Grund seiner Berechnungen und Schätzungen in seinen Tabellen zu folgenden Ergebnissen: Während von 1915/16 bis zum Jahre 1919/20 die abgegebenen Kilowattstunden von 390 Millionen auf 590 Millionen, das Gesamtkapital von 200 Millionen Mark auf 300 Millionen Mark, die Einnahmen von 45 auf 60 Millionen Mark, die Ausgaben von 34,2 auf 44,5 Millionen Mark, der Reingehalt über 5 Proz. von 15,8 auf 24,5 Millionen Mark, also um 9 Millionen Mark anwachsen, steigen auf der anderen Seite die Kosten für die gesamte Verwaltung, für Personal und Diverse von 3 auf 3,9 Millionen Mark, also um ganze 900 000 Mark! Man sieht aus den Zahlen und Tabellen, die Herr Werner gibt, überhaupt, wie lächerlich gering diese ganzen Personalkosten im Verhältnis zu allen übrigen sind. Von den 22 Millionen Mark Ausgaben im Jahre 1915/16 fallen 20 Millionen auf Verzinsung, Amortisation, Abschreibung usw., 9 Millionen auf Stromlieferung und nur 3 Millionen, d. h. also noch nicht einmal 10 Proz. auf die Verwaltung, auf Personal und Diverse. Jedes weitere Wort dürfte sich danach wohl erübrigen. Die Gewinne von 15,8 Millionen Mark im Jahre 1915/16 und 24,5 Millionen Mark im Jahre 1919/20 werden bei Werner erzielt, trotzdem er sehr erhebliche Tarifreduktionen vorgenommen hat. Der Mittelpreis pro Kilowattstunde, der jetzt bei den A. E. G. z. B. 14,5 Pf. pro Kilowattstunde beträgt, sinkt bei Werner bis auf 11,65 Pf. herab! Wir behalten uns vor, auf weitere interessante Einzelheiten der Broschüre nie auf die Stellung, die der Verfasser zu der ganzen Frage einnimmt, bei anderer Gelegenheit zurückzukommen.

Heute möchten wir nur noch kurz auf die eine Bemerkung des Herrn Geheimrat Rathenau in der mehrfach erwähnten Unterredung eingehen, die besagt, „es wäre wohl denkbar, daß man für Preußen zu einer monopolistischen Gestaltung der Stromerzeugung unter staatlicher Führung oder Mitwirkung gelangt“. Ist der Sinn dieser Rede auch etwas dunkel, so müssen natürlich auch die Freunde der städtischen Regie mit der Möglichkeit einer Verstaatlichung der gesamten Stromproduktion, wenn auch nicht für bald, so doch für eine spätere Zeit rechnen. Nachdem insbesondere jetzt das Eisenbahnministerium, wie wir neulich mitgeteilt haben, sich entschlossen hat, staatseigene Werke für seine Strombeschaffung zu errichten, ist es klar, daß der Staat nach Mitteln suchen wird, seine großen Werke voll auszunutzen. Der Weg, nach Enteignung der bestehenden Anlagen die Stromerzeugung in der Hand des Staates zu monopolisieren und so die beste Ausnutzung der staatlichen Werke herbeizuführen, läme dabei natürlich wohl in erster Reihe in Frage. Wir hätten von unserem Standpunkt, vorbehaltlich vernünftiger Regelung aller Einzelheiten, gegen solches Vorgehen prinzipiell nichts einzuwenden, um so weniger, als solche Riesentakte, wie es die B. E. W. heute schon sind, technisch und wirtschaftlich gegenüber kleineren Anlagen die Möglichkeit bieten, den Konsumenten die denkbar besten Bedingungen zu gewähren. Doch bei der bisherigen Haltung der B. E. W. nicht die Interessen der Konsumenten, so nicht einmal die Interessen der B. E. W. selber, sondern lediglich die der A. E. G. maßgebend gewesen sind, haben wir wiederholt ausführlich dargelegt.

Mag man also die eventuelle Möglichkeit einer Entwidlung zum staatlichen Monopol ruhig zugeben, so ist es unerfindlich, wie man daraus einen Grund gegen die jetzt vorzunehmende Verstaatlichung herleiten kann. Ganz im Gegenteil! Alle diejenigen, die ein staatliches Monopol fürchten, müssen daraus gerade die Schlussfolgerung ziehen, unter allen Umständen jetzt zu verstaatlichen. Selbst der Preussische Landtag würde nicht in der Lage sein, mit einem Riesentakt, wie es die B. E. W. heute sind und immer mehr werden, einem Werk, das sich im Besitz der größten Gemeinde des Landes befindet und in einer Weise geleitet wird, die den Interessen der Konsumenten voll Rechnung trägt, so umzuändern, wie eventuell mit einer Aktiengesellschaft. Jedes Mitglied der städtischen Verwaltung mühte doch ferner bestrebt sein, wenigstens für die Spanne Zeit bis zum staatlichen Monopol dem Stadtkäse die vollen Erträge zu sichern, und läme es doch zu einer Verstaatlichung, die Entschädigungen, die dann gezahlt werden müßten, eben auch voll der Stadtgemeinde zuführen zu lassen. Wir wiederholen, bisher ist in der Öffentlichkeit kein Grund gegen die Verstaatlichung angeführt worden, der objektiver Prüfung und Würdigung standhält, und ginge es lediglich nach dem Gewicht der Gründe, so wäre die städtische Regie bezüglich der B. E. W. entschiedene Sache. Wer aber ist naiv genug, zu glauben, daß der Kampf, dem Privatkapital ein Objekt von 130 Millionen Mark, das noch ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten bietet, zu entreißen, lediglich nach Gründen und Gegenständen entschieden wird?! Da die Dinge aber nun leider so liegen, so verlangen wir vom Magistrat erneut und auf das nachdrücklichste schleunigste Einbringung einer Vorlage, die die Stellung des Magistrats bekannt gibt und die Möglichkeit bietet, alle Gründe und Gegenstände ohne Ueberbürdung und in breiter Öffentlichkeit zu prüfen und zu diskutieren. Bricht der Magistrat nicht endlich mit der bisher von ihm verfolgten Taktik, so wird er sich vorwärts aussetzen, denen er unseres Erachtens im Interesse seines Ansehens weit aus dem Wege gehen müßte.

Parteiangelegenheiten.

Reutika. Heute abend findet bei Vartsch, Hermannstr. 49, die Verammlung der Jugendsektion statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Schütte über: „Die Entwicklungslehre.“ Es wird von allen jungen Arbeitern und Arbeiterinnen über 18 Jahre erwartet, daß sie an der Verammlung teilnehmen.

8. Bezirk. Die für Sonnabend, den 23. Mai, angelegte Besichtigung des städtischen Elektrizitätswerkes kann vorläufig nicht stattfinden. Nähere Mitteilung erfolgt nach.

Gräber. Die Genossen treffen sich zur Herrenpartie nach Reutika, Burg usw. am Donnerstag früh 6 Uhr bei Genosse Grund, Friedrichstr. 21. Gäste willkommen.

Hermisdorf bei Berlin. Sonntag, den 24. Mai, vormittags 8 Uhr: Flugblattverteilung.

Berliner Nachrichten.

Der Waldankauf für Groß-Berlin genehmigt.

In seiner Sitzung am Montag hat das königliche Staatsministerium sich grundsätzlich bereit erklärt, die Forderungen des Zweckerbundes in der Frage des Waldankaufes anzu-

nehmen. Vorbehalten bleibt noch Verständigung über die einzelnen Fragen und außerdem die Einholung der königlichen Genehmigung.

Die Fortführung der Untergrundbahn vom Alexanderplatz nach dem Osten — Frankfurter-Allee-Linie — ist von der Hochbahngesellschaft nunmehr in die Wege geleitet worden. Der Ausführung dieses Planes stand bisher der Umstand entgegen, daß die Landsberger Straße zur Aufnahme einer Tunnelbahn nicht breit genug ist. Nachdem die städtischen Behörden nunmehr die Verbreiterung dieser Straße beschlossen haben, kann jetzt das Planfestsetzungsverfahren eingeleitet werden. Die Pläne der Frankfurter-Allee-Linie werden dem Vernehmen nach vom 5. bis 20. Juni d. J. im Polizeipräsidium zur Einsichtnahme öffentlich ausgelegt und daselbst Einsprüche gegen den Plan entgegengenommen werden. Der Untergrundbahnhof „Klosterstraße“ nimmt bekanntlich auf die neue Zweiglinie schon Rücksicht; die Gleise der Nordringlinie sind hier so angeordnet, daß die Ostlinie ohne weiteres angeschlossen werden kann. Diese verfolgt die Klosterstraße bis zur Königstraße und geht durch diese bis zum Bahnhof „Alexanderplatz“, unter welchem die Kreuzungsstation bereits ausgebaut worden ist. Die neue Bahn führt dann weiter durch die Landsberger- und Weberstraße nach dem Straußberger Platz und biegt dann in die Frankfurter Allee ein, welche sie bis über die Fruchtstraße hinaus verfolgt. Später soll die Ostlinie über die Ringbahn hinaus nach Nichtenberg-Friedrichsfelde verlängert werden.

Die „Schneidigkeit“ eines Polizisten

hat in Wilmersdorf am Sonnabendmorgen gegen einen Angehörigen der „Elektrizitätswerke Südost“, der in Ausübung seines Berufes begriffen war, sich in verhängnisvoller Weise betätigt. Bei der genannten Elektrizitätsgesellschaft, deren Verordnungsgeheft einige Barakte im Südwesten Berlins sind, ist als „Beleuchter“ ein Herr Bügge beschäftigt. Zu seinen Obliegenheiten gehört auch die bei Tagesbruch die elektrischen Lampen durch Ausschaltung zu „lösen“. Als Bügge am Sonnabend früh nach 3 Uhr durch die Hlshandstraße raddelte, fand an der Ecke der Berliner Straße eine Gruppe Herren, die von einem etwas lang ausgehakteten Nachkommement nach Hause gehen wollten. Bei ihnen befand sich der Kriminalbeamte Reh, der in Wilmersdorf angestellt ist und zum Revierbureau in der Auguststraße gehört. Ob Reh zu der Zeit tatsächlich dort zu tun hatte oder er die Nacht hindurch in der Gesellschaft der jetzt heimkehrenden Herren gewesen war, entzieht sich unserer Kenntnis. Sobald er den Bügge sah und er bemerkte, daß an dem Fahrrad die Laterne nicht brannte, regte sich in ihm, dem Kriminalbeamten, der Dienstfeind. Zwar war Bügge, wenn er bereits die elektrischen Lampen ausgeschaltet hätte, selbstverständlich auch nicht mehr verpflichtet, sein Rad zu beleuchten. Aber der Kriminalbeamte wollte ihn eines anderen belehren. Mit dem Ausruf: „Nanu, der hat ja kein Licht!“ sprang er auf den arglos vorüberfahrenden Bügge los — und im nächsten Augenblick flog Bügge von seinem Rad auf den Straßenbaum. Bügge, der zunächst gar nicht wahrte, was ihm geschehen war, erhob sich mühsam. Als er Reh zur Rede stellen wollte, rief der mit den Worten „was, der will noch frech werden?“ aus seiner Gefäßtasche einen Revolver hervor und hielt ihn drohend dem Bügge vor die Brust. Hilfesuchend sah Bügge sich um und sprach davon, daß er einen Schuttmann holen wolle. Aber da packte schon Reh den Bügge am Arm und schob ihn vor sich her, um selber mit ihm zur nächsten Polizeiwache zu gehen. Nach mühsamer Fahrt, die er mit einem Kriminalbeamten zu tun hatte; denn Reh hatte sich noch nicht legitimiert. Erst als Bügge, der willenslos mitgegangen war, unterwegs zusammenklappte und nicht mehr weiterkommen erklärte, drohte Reh: „Ich werde Ihnen Fesseln anlegen, wenn Sie nicht mitkommen.“ Und indem er jetzt seine Legitimation vorwies, fügte er hinzu: „Hier sehen Sie, wer ich bin.“ Bügge setzte daraufhin den Weg zur Polizeiwache fort, wo nun nicht Reh, sondern er die Rolle des Sittierten zu spielen hatte. Nach Feststellung seiner Personalien wurde er bald wieder entlassen. Auf dem Heimweg zeigte sich dann, daß es mit seinen Kräften zu Ende war. Ein anderer Angestellter der Elektrizitätswerke, der ihm die Lampenanschaltung abgenommen hatte, führte ihn zur Unfallstation in der Gasteiner Straße. Von dort wurde Bügge durch einen Feuerwehrmann nach seiner Wohnung am Hohenzollerndamm gebracht und nach an demselben Morgen um 1/2 Uhr mußte er auf Anordnung eines von Frau Bügge herbeigerufenen Arztes dem Schöneberger Augusta-Viktoria-Krankenhaus überwiefen werden. Bügge hat beim Sturz von Rad zwei Rippenbrüche und eine schwere Gehirnerschütterung erlitten. Gegen den Kriminalbeamten ist Anzeige erstattet worden.

Der abgefeimte Polizeiarzt.

Der Polizeiarzt Dr. Dreum ist seines Amtes entsetzt worden. Dreum hatte kürzlich auf Grund seiner bei der Berliner Sittenz Polizei gemachten Erfahrungen heftige Angriffe gegen das Ehrliche Syphilisheilmittel Salvarsan erhoben. Er versuchte nachzuweisen, daß die Salvarsanbehandlung eine erheblich größere Zahl von Rückfällen bei Syphilisfranken hervorgerufen habe als die Quecksilberbehandlung. Dieser Ansicht wurde von amtlicher Seite lebhaft widersprochen. Herrn Dr. Dreum wird es übel vermerkt, daß er seinen Veröffentlichungen amtliches Material zugrunde gelegt habe, wozu er kein Recht hatte. Deshalb ist seine Entlassung erfolgt.

Der Polizeihund gegen die Arbeitslosen.

Von einem Polizeihund entschuldig zugerichtet wurde in der Nacht zum Dienstag ein Arbeitsloser, der in Spandau sich Arbeit suchen wollte. Ein Arbeiter Kengel war auf dem Wege nach Spandau und war ermüdet am Teufel Weg gegenüber den Lauberkolonien des roten Kreuzes, eingenickt, als zwei Schutzleute mit einem Polizeihund vorbeikamen und den Mann stellten. Sie ließen den Hund los, der den Arbeits- und Obdachlosen in der unmenschlichsten Weise zugerichtete. Der Hund biß den armen Teufel dermaßen in das Arnie, daß die Zähne bis an den Knochen gingen. Dann wandten sich die Beamten ab und überließen den fürchterlich blutenden seinem Schicksal. Nüchtern schleifte sich der Arme bis an den Spandauer Schiffsahrtskanal, wo er sich die Wunde kühlte und mit einem Taschentuch notdürftig verband. Die Verletzungen, die wir gestern an dem Kanne wahrnahmen, waren gräßlicher Natur. Man wird die Frage aufwerfen: Wie kommen die Beamten dazu, in dieser Weise den Polizeihund zu benutzen und arme Arbeitslose gefleischen zu lassen? Laß der Mann sich nichts hat zu schulden kommen lassen, geht aus der Tatsache hervor, daß sie sich nicht weiter um ihn kümmern. Sind denn Arbeitslose Preiswille für Polizeihunde?

Früchte der Jungdeutschlandbund-Erziehung.

Uns wird geschrieben: Am letzten Sonntag unternahm ich mit mehreren jugendlichen Kollegen und Kolleginnen einen Ausflug nach Lehgn-Oranienburg. Nachdem wir bei Lehnitz den Großschiffahrtsweg und die dortige Schleusenanlage besichtigt hatten, zogen wir unteren Weg nach Sachfenhauken hin fort. Die Mädchen gingen einige Schritte singend und plaudernd in fröhlichster Stimmung voran. In einem Strahengraben, der sich längs des Weges hinzog, sahen wir eine Gruppe von Jungdeutschlandbündlern, schon an der bekannten Uniform, die einige tragen, erkennbar, sitzen. Als die Mädchen an diesen jugendlichen Vaterlandsverteidigern im Alter von etwa 13 bis 18 Jahren achlos vorüberzogen, wurden sie in frischer Art und Weise von diesen angeulst. In ruhiger aber entschiedener Weise verbat ich mir derartige Belästigungen und wies sie auf das wenig Anständige ihrer Handlungsweise hin. Doch nun traf mich die ganze Schimpfkanonade dieser Maulhelden. Doch Parolen, nicht Maulhelden, denn bald wurden wir von dem Gegenstand überzeugt. Nachdem einige Kollegen die jungen Herren darauf aufmerksam machten, daß sie mit einem derartigen unflätigen Benehmen ihrer Uniform und dem Jungdeutschlandbund wenig Ehre machen, schloß es hinter uns her: Ihr seid wohl vom Bu... bund und ähnliche liebliche Hofnamen. Wir klammerten uns jedoch nicht darum, sondern zogen ruhig unsern Weges. Nachdem wir uns etwa 15 Meter entfernt hatten, fiel hinter uns ein Schuß. Also nicht mit offenbaren Maulhelden, wie wir zuerst annahmten, hatten wir es zu tun, sondern mit äußerst taubereiten Seiden.

Man sieht hier also wieder einmal, wie die Erziehung der nationalen Jugend zur Wehrhaftigkeit ihre Früchte trägt. Wann endlich wird von der Leitung des Jungdeutschlandbundes gegen diesen unflätigen Front gemacht werden. Die Schieberei der fanatisierten Mitglieder des Jungdeutschlandbundes bildet sich nachgerade zu einer öffentlichen Gefahr für das Publikum heraus. Wären meine jugendlichen Freunde in dem obengeschilberten Falle schließlich weniger besonnen gewesen und hätten dem schiefelustigen Jungdeutschlandbündler seine Schießlust recht flüchtig ausgetrieben, wer weiß, ob dann nicht unter Umständen ein blühendes Menschenleben der Wehrhaftigkeit der nationalen Jugendgarde zum Opfer gefallen wäre.

Versteht Wendarmereiwachmeister.

Der große Buchmacherprozess gegen Wendarmere hat zu zahlreichen Verhaftungen Anlaß gegeben. Es wird berichtet, daß 136 Beamte der Wendarmere in Orten der näheren und weiteren Umgebung Berlins verhaftet worden sind. Die weitesten Verhaftungen haben in der Umgebung von Hoppegarten stattgefunden. Hier kommen fast sämtliche Beamte, die auf der Hoppegartener Rennbahn Dienst getan haben, in Frage.

Die Untersuchung des Mordes in der Weberstraße, dem die 70 Jahre alte Almojenempfängerin Müller zum Opfer fiel, hat zu verschiedenen Verhaftungen geführt, die aber nicht aufrecht erhalten werden konnten. Eine Spur, unter anderem auch für die Mätresse, die der Mörder nach der Tat eingeschlagen hat, lieferte die Auffindung des Stubenschlüssels in einem Kellerkloß an der Ecke der Weber- und Großen Frankfurter Straße. Es ist nun möglich, daß der Täter in der Gegend dort auch noch Werkzeuge dieser oder jener Art, einen Strohbeutel, ein Stemmmeißel, einen Schraubenzieher oder dergleichen beiseite gebracht hat. Leute, die dort wohnen, etwa in der Weberstraße, Große Frankfurter Straße, am Straußberger Platz, in der Salisandstraße und den Querstraßen, werden unter Hinweis auf die Belohnung von 1000 M. ersucht, auf solche Dinge zu achten, die nicht in Kellerkloß und dergleichen Verstecke, einmal darauf nachzusehen und einen etwaigen Fund gleich zur Kriminalpolizei zu bringen. Kriminalbeamte sind auch schon mit dem Absuchen jener Straßenzüge beschäftigt.

Der „Doppelmörder“ Lüder, jener fahnenflüchtige Infanterist, der sich selbst beschuldigte, mit einem Willh. Schmidt im Brunenwald einen unbekannten Mann ermordet und beraubt, und in Reiz seine Geliebte, ein Straßenmädchen, als Missetäterin umgebracht zu haben, wurde Montagabend von Dresden hierher übergeführt. Zwei Unteroffiziere eines sächsischen Garderegiments, Hünen von Gestalt, bewachten den gefesselten, kleinen und schwächlichen Mann während der Eisenbahnfahrt und auf dem Wege vom Bahnhof nach dem Polizeipräsidium, in dessen Gewahrsam er die Nacht über blieb. In dem kurzen Verhör gab Lüder, an dem ein schwezes Wesen und ein nervöses Gesichtszug ausfallen, an, daß er damals vom Bahnhof Friedrichstraße „mit dem Ring“ nach dem Brunenwald gefahren sei und dort nach die Stelle angeben könne, wo er mit Schmidt die Mann ermordet und beraubt und die Leiche vercharrt habe. Es sei das zwar am helllichten Tage geschehen, er könne aber trotzdem nicht mehr sagen, wie der Ermordete ausgesehen hat. Zur Nachprüfung seiner Selbstbeschuldigung führen die Kriminalkommissare Raffe und v. Niebermann und ihre Beamten gestern vormittag mit Lüder, den wieder die sächsischen Unteroffiziere bewachten, nach dem Brunenwald hinaus. — Gedrängt, gab Lüder schließlich zu, daß er sich die Selbstbeschuldigung aus den Fingern gezogen habe, um aus seiner Haft herauszukommen.

Ein zaskifizierter Motorrad Diebstahl wurde bei Lindwerder verübt. Auf der Havel lag dort das dem Kaufmann Siebmann gehörige 8 Meter lange Motorboot verankert. Gestern erschienen nun zwei Männer, die sich als Monteure einer Berliner Motorenfabrik ausgaben und behaupteten, daß sie von dem Eigentümer geschickt worden seien, um eine Reparatur vorzunehmen. Die beiden angeblichen Mechaniker arbeiteten längere Zeit an der Maschine herum und wollten dann, wie sie behaupteten, eine Probefahrt unternehmen, von der sie allerdings nicht zurückkamen. Das gestohlene Boot war mit einem 3/4 PS-Motor versehen. Allen Anschein nach haben die Diebe ihre Beute nach Berlin gebracht, um das Boot hier zu verkaufen.

Arbeiter-Bildungsschule, Grenadierstr. 37. Der Unterricht in Rationalökonomie beginnt am Donnerstag (Himmelfahrtstag) um 9 Uhr vormittags.

Einem Beitragsamter des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist eine Markentafel mit Inhalt verloren gegangen. Der Inhalt bestand aus 120 Marken à 10 Pf., 81 Marken à 25 Pf., 20 Marken à 1 M. Ferner befand sich dabei ein Buch zum Eintragen der bekannten Marken sowie eine Police der Volksfürsorge auf den Namen Gertr. Lüder. Der ehrliche Finder wird gebeten, die Markentafel mit Inhalt an Ernst Lüder, Wohnhaft Quillstr. 59, Hof II, gegen Belohnung abzugeben.

Zwei neue Sternampferlinien zwischen Schmöwitz und Zwickau (Berliner Schweiz) und Plögen-Oranienburg (Lehnitz) werden am Himmelfahrtstage in Betrieb genommen. Die Verbindung mit Zwickau wird in Anschlag an die Linie Oranienburg-Schmöwitz täglich ab 1. Juni ausgeführt, während die Dampfer nach Oranienburg nur an Sonn- und Feiertagen vorm. 8.30 ab Plögenfer, Bahnhof Weußelstraße, verkehren.

Deutsches Arbeiter-Stenographen-Kartell. Am Sonntag hielt der Gau Oranienburg des Deutschen Arbeiter-Stenographen-Bundes (System Krenb) seinen Gautag ab. Den Geschäftsbericht gab der Genosse Krenb. Der Gau zählt 9 Mitgliedskarten mit 814 Mitgliedern (im Vorjahr 820). Unterrichtet wurden 307 (im Vorjahr 376). Der Kassenbestand beträgt 150 M. Zum Gaudorsitzenden wurde Genosse Krenb, Reulstr. 14, G. I, wiedergewählt. Der nächste Gautag findet in Berlin statt.

Kleine Nachrichten. In Lichtenberg brachen drei Einbrecher in die Klaustrische ein und raubten verschiedene Kirchengüter. Der eine Einbrecher ist bereits ermittelt und festgenommen worden, den beiden anderen ist die Kriminalpolizei auf der Spur. — In der Goganderstraße in Charlottenburg wurde die Kaufmannswitwe

Schierich von einem Kaffahrer unversehrt und zog sich eine schwere Kopfverletzung und eine Gehirnerkrankung zu. Die Verunglückte wurde in sehr bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus Westend gebracht. — In einem Südringzuge suchte sich gestern nachmittag der Student Joachim Reblisch aus der Detmolder Str. 66 zu erschlagen. Er wurde auf der Station Ebersstraße in einem Abteil zweiter Klasse mit durchsichtiger Schläse aufgefunden. Mittels Krankenwagens der Feuerwehr wurde er sterbend nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht.

Schutzverband der Schwerhörigen.

Der Schutzverband der Schwerhörigen hielt seinen 2. Verbandstag am Sonntag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in den „Industrie-Festhallen“, Weußelstr. 19/20, ab unter zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder.

Die Ortsgruppen München, Magdeburg, Hannover, Leipzig, Hamburg waren durch ihre Delegierten vertreten. Der Vorsitzende und Begründer des Verbandes, Architekt Franz Bräuner aus Bützberg hob in seinem Bericht hervor, daß die Schwerhörigenfrage hauptsächlich noch auf wirtschaftlichem Gebiete sehr im argen liegt. Denn auf ärztlichem und pädagogischem Gebiete seien schon länger erfreuliche Ansätze zu verzeichnen. So unterhält die königliche Charité-Ohrnklinik in ihren Räumen einen für Indemittelte vollständig unentgeltlichen Absektionskurs. Im Anschluß daran ist eine ärztliche Beratungsfeste bei Anschaffung von Hörapparaten und dergleichen eingerichtet, die unter Leitung von Professor Dr. Flatau steht. Auf pädagogischem Gebiete liegt bereits wertvolles statistisches Material vor über die bestehende Schwerhörigkeit an Berliner Volksschulen, erhoben von Direktor Schorff und Professor Dr. Brühl. Außerdem besitzt die Stadt Berlin allein drei Schwerhörigenkassen, darunter eine vollständig ausgebaute unter Leitung des Leiters der Berliner Schwerhörigenkassen, Hauptlehrer Dr. Reinfelder. Auf wirtschaftlichem Gebiete sei insbesondere anzustreben, die sozialen Einrichtungen auch auf die Schwerhörigen auszuweiten. So müßten die Krankenkassen die Gewährung von Absektionen vorsehen; ebenso die Gewährung oder mindestens teilweise Beihilfe bei Anschaffung von Hörapparaten, da ein brauchbarer Apparat und die Absektion als wesentliche Faktoren zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit anzusehen seien. Auch eine Uebergangsrente denjenigen zu gewähren, die mitten in dem Erwerbsleben von der Schwerhörigkeit betroffen werden und notwendigerweise einen Berufswechsel vornehmen müssen, wäre eine mehr als berechtigte Forderung.

In der Versammlung ergriß auch der Vorsitzende des Ehrenkomitees, Geh. Regiminalrat Professor Dr. Vossow, Leiter der königlichen Charité-Ohrnklinik, das Wort zur Schwerhörigenbewegung und sprach seine warmste Unterstützung den gewiß nur anerkennenswerten Bestrebungen des Verbandes gegenüber aus. Leider seien eben nicht alle Fälle heilbar, so daß die soziale Fürsorge auch auf diese Lebensumstände hinangewandt werden müßte.

Zum Schluß nahm die Versammlung eine Resolution zu einem besonderen heißen Fall von Zurücksetzung an. Trotzdem die Schwerhörigkeit in dem angeführten Fall keine besonders auffällige war, hat die zuständige Behörde sich dennoch geweigert, die Aufstellung zum Verkaufsvorbereitenden zu befristigen.

Vorortnachrichten.

Neukölln.

Das Stadtsaal Neukölln, welches in der vergangenen Woche zur allgemeinen Besichtigung freigegeben war, wurde von etwa 50 000 Personen in Augenschein genommen. Die allgemeinen Besichtigungen haben damit ihr Ende erreicht; jetzt wird augenblicklich emsig gearbeitet, um die letzten Arbeiten für die Betriebsöffnung zu erledigen. Am Freitag, den 22. Mai, werden die Schwimmhallen, Bännen- und Brausebäder für die Benutzung freigegeben werden; die Eröffnung der übrigen Abteilungen soll dann in Kürze nachfolgen.

Tempelhof.

Aus der Gemeindevertretung. Für die Inhabitation der elektrischen Beleuchtung in der Berliner Straße hat die Gemeinde 25 454,70 M. zu zahlen. Dieser Betrag soll aus den Ueberflüssen der Vorjahre gedeckt werden. Ueber die Abnahme der Jahresrechnung für 1912 berichtete Schöffe Müller. Es ergibt sich ein Ueberfluß von 52 000 M. Für 1913 ist ein solcher von 24 717,33 M. vorhanden. Der geringe Ueberfluß für 1913 resultiert, wie Bürgermeister Wiesner ergänzend mitteilte, daraus, daß allein 18 500 M. nachbewilligt werden mußten. Außerdem sind in diesem Jahre 41 000 M. weniger an Umsatzsteuer vereinnahmt worden. — An Neuanschaffungen für die Straßenreinigung wurden 14 000 M. bewilligt, die aus dem Ueberfluß von 1912 entnommen werden sollen. Genosse Müller gab bei dieser Gelegenheit die Anregung, die Beseitigung des Straßenmülls anders zu regeln. Es sei vom hygienischen Standpunkt nicht zu verantworten, daß der zusammengefasste Müll stundenlang auf der Straße liege, ehe er abgeholt werde. Es gebe Einrichtungen, die eine sofortige Beseitigung ermöglichen und doch nur eine einmalige Wehrnabgabe verursachen. Bürgermeister Wiesner erwiderte, der Gemeindevorstand habe sich schon eingehend mit der Frage befaßt. — Zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts wurde Assessor Rump gegen die Stimmen der Sozialdemokraten gewählt. Genosse Franz bemängelte, daß immer Herren zu diesem Posten gewählt werden, die nach Ablauf eines Jahres Tempelhof schon wieder verlassen. Darunter müsse die Stetigkeit in der Rechtsprechung des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts leiden. Auch müsse darauf gesehen werden, daß ein Mann diesen Posten verleihe, der über reiche Lebenserfahrung verfüge. Wie jetzt die Dinge liegen, sei der stellvertretende Vorsitzende der eigentliche Vorsitzende, da die beiden anderen Herren für diese Tätigkeit offenbar keine Zeit mehr hätten; denn sonst wäre es nicht verständlich, daß der stellvertretende Vorsitzende fast sämtliche Sitzungen leitete. — Für den Umbau der Abortanlagen der 2. Gemeindegemeinde wurden 6500 M. bewilligt. Genosse Müller beantragte, die Arbeiten möglichst an ortsanfällige Unternehmer zu vergeben, welche die tariflichen Bedingungen in bezug auf Löhne und Arbeitszeit erfüllen. Bürgermeister Wiesner meinte, diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringen zu können, da er nicht zur Sache gehöre. Es handelte sich hier um die Bewilligung des Betrages und damit habe die Frage nichts zu tun, an wen die Arbeiten vergeben werden sollen. Im übrigen sei ein derartiger Antrag schon bei der Etatberatung abgelehnt worden, da ja die Arbeiter nicht anders als zu tariflichen Löhnen arbeiten. Er könne auch keine Debatte hierüber zulassen. Ueberhaupt werde er nicht mehr zugeben, daß über Dinge gesprochen werde, die nur in ganz losem Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkte stehen. (Genosse Müller ruft daraufhin: Sei den Anhängern der anderen Parteien handhaben Sie es anders.) — Dem Erlaß eines Ortsstatuts gegen Verunstaltung der Ortschaft wurde einstimmig zugestimmt. Schöffe Schiffer betonte hierzu, daß die Frage nach dem Vorhandensein eines Bedürfnisses zum Erlaß eines derartigen Ortsstatuts für unser Gemeindegebiet zu bejahen sei. Ein solches Statut ist schon am bestenfalls erwünscht, weil dadurch der Hauspolizei die Möglichkeit gegeben wird, die Allgemeinheit schädigende Folgen der Unsauberkeit in wirksamer Weise zu bekämpfen, als dies zurzeit geschehen könne. Bereits jetzt sucht die Hauspolizeiverwaltung durch Verhandlungen mit den Beteiligten auf die Verbesserung unschöner Anlagen hinzuwirken. Während sie dabei zurzeit aber nur Anregungen geben könne, setzt das Ortsstatut sie in der Stand, ihre Anregungen nötigenfalls als Forderungen geltend zu machen, von deren Erfüllung die Erteilung der Baugenehmigung abhängig gemacht werden könne. Ein Eingriff in die Freiheit des einzelnen, der eine Schädigung wirtschaftlicher Interessen zur Folge haben könnte, sei durch das Statut nicht beabsichtigt.

Ober-Schönweide.

Ein aufregender Vorgang hat sich vorgestern gegen Abend auf dem Kaiserrieg abgepielt. Dort war ein etwa zwanzigjähriges Mädchen mit ihrem Bräutigam beim Passieren der hochgewölbten Fußgängerbrücke in einem erregten Streit geraten. Plötzlich stürzte es sich aus beträchtlicher Höhe in die Fluten der Spree hinunter. Der Bräutigam und andere Passanten sprangen der Lebensmüden nach und es gelang ihnen auch nach längerem Bemühen, dieselbe zu erfassen und ans Ufer zu bringen. Sie wurde später einem Krankenhaus zugeführt.

Adlershof.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins nahm zunächst ein Referat des Genossen Groger über das Thema: „Was wollen die Sozialdemokraten“, entgegen. Die Darlegungen wurden mit regem Interesse verfolgt und am Schluß mit großem Beifall aufgenommen. In der anschließenden Diskussion wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Mitglieder sich reger in der Partei betätigen müßten. Ueber die Einführung des Wochenabonnements für den „Vorwärts“ entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, einen Bezugspreis von 25 Pf. pro Woche einzuführen. Die Genossen Groger und Neumann ersuchten, von der Forderung eines Beschlusses so lange abzulehnen, bis die in nächster Zeit erscheinende Denkschrift hierüber vorliege. Als Kassierer des Wahlvereins wurde Krede einstimmig wiedergewählt. Dem Bildungsausschuß gehören Kronewald und Zielmann neu an. Poppe wies auf die geringe Mitgliederzahl des Vereins Arbeiter-Jugendheim hin und ersuchte, die Sache der Arbeiterjugend mehr als bisher zu fördern. Am Schluß der Versammlung empfahl Genosse Klötz den Mitgliedern eine regere Beachtung der Parteiliteratur.

Weißensee.

Von einem schweren Unfall wurde der Gutsbesitzer Hange aus Ahrenfelde betroffen. Hange hatte seinen Eltern einen Besuch abgestattet und wollte sich abends auf die Heimfahrt begeben. Vor einem in schnellem Tempo auf der Chaussee fahrenden Automobil scheuten die jungen und sehr unruhigen Pferde und gingen durch. Hange verjuchte die jungen Tiere zu beruhigen, wurde jedoch, als der letzte Jagdwagen gegen einen Baum prallte, vom Bod geschleudert und verunglückte im Sturz in den Keinen. Es wurde der Gutsbesitzer etwa 200 Meter weit mitgeschleppt, ehe es einem Passanten gelang, die Pferde zum Stehen zu bringen. Hange hatte eine schwere Gehirnerschütterung und Schädelbruch erlitten und mußte in das Weißenseer Krankenhaus gebracht werden.

Novawald.

Von einer unbegreiflichen Rücksichtslosigkeit zeugt die Forderung der hiesigen katholischen Kirchengemeinde auf Errichtung einer konfessionellen Schule. Mit der Möglichkeit einer solchen Forderung rechnete die Gemeinde bereits seit langem; daß sie jedoch zu einer Zeit gestellt werden könnte, in der mit den Steuermitteln äußerst sparsam wirtschaftet werden muß, hätte wohl niemand erwartet. Die Forderung erscheint um so unbegreiflicher, als die katholische Einwohnerschaft von der Erfüllung ihres Wunsches großen Schaden zu erwarten hat, weil ihre Kinder fast der bisherigen siebenklassigen, nach dem neuen Lehrplan für Groß-Berlin sogar achtklassigen Stadtschulbildung höchstens eine solche einer drei- bis vierklassigen Landschule erhalten würden. Daß die katholischen Eltern sich bei Einreichung ihrer Forderung dieser unangenehmen Tatsache bewußt gewesen sind, ist wohl kaum anzunehmen. Höchstwahrscheinlich haben sie den dringenden Wunsch der Kirche, die Schule gänzlich unter ihre Aufsicht zu bekommen, ohne jegliche Nachprüfung auf eventuelle Schäden für sich und die Allgemeinheit unterstellt. Einigen Eltern scheint bereits jetzt der begangene Fehler zum Bewußtsein gekommen zu sein, denn sie sollen geäußert haben: „Na, dann schiden wir unsere Kinder wieder in die Volksschule!“ Dabei kann sich allerdings keine Rede sein; denn wenn die katholische Schule erst einmal besteht, wird sich die Volksschule wohl kaum zur Wiederannahme der katholischen Kinder bereitfinden. Auch materiell würden die katholischen Einwohner ihre Absonderung deutlich zu fühlen bekommen, denn auch sie müßten ja zu den recht erheblichen Kosten der Errichtung und dauernden Unterhaltung der Schule beitragen.

Remisdorf.

Als beruflichen Gründen sein Amt als Gemeindebestreter niedergelegt hat der Genosse Karl Böhn. Die insoweit besten im 2. Bezirk (Remisdorf-Mitte). Vorzunehmende Erziehung dürfte anfangs Juni stattfinden.

Spandau.

Ueber „promptes“ Arbeiten der Polizei und der Nachrichtenstelle im öffentlichen Sicherheitsdienst veröffentlicht die „Spandauer Bzg.“ in ihrer letzten Nummer einen krassen Fall. Seit Sonnabendabend 7 Uhr wird die 7jährige Tochter Elisabeth des Volkshausers Wilmela aus der Meyer Str. 16, vermißt. Da die besorgten Eltern befristet, daß das Kind verschleppt worden ist, begab sich die Mutter des Mädchens nach dem 4. Polizeirevier und zeigte dort das Verschwinden desselben an. Als das Kind sich auch am Sonntag noch nicht wieder angefangen hatte, bat die Frau auf dem Polizeirevier, doch den Fall in den hiesigen Zeitungen bekannt zu geben, was auch zugefagt wurde. Vergeblich suchten die in Sorge lebenden Eltern am Montagabend einen Hinweis in den Zeitungen. Auf ihre Beschwerde beim 4. Polizeirevier wurde ihnen mitgeteilt, die Sache sei weitergegeben worden, sie müßte im Rathaus verbummelt worden sein. Die städtische „Nachrichtenstelle“ gab endlich gestern mittag das Verschwinden des Mädchens, welches 1 Meter groß und von schwächlicher Gestalt ist, vollständige Jahres besitz und durch schnelle Gangart auffällt, bekannt. Die Spandauer Polizei ist wahrscheinlich mit anderen „wichtigen“ Arbeiten vollständig beschäftigt. Ueber jeden eingestellten Staatswerkstättenarbeiter wird nach den polizeilichen schwarzen Listen Auskunft erteilt, ob er Sozialdemokrat ist, nötigenfalls wird im Hause recherchiert, welche Zeitung er liest usw. Auf der Straße haben die Polizeibeamten darauf zu achten, daß alle Kinderwagen die polizeiliche Wagenmarke haben. Die arme Mutter, welche die Kinderwagensteuer von 1 M. nicht bezahlt hat, muß mit ihrem Kinderwagen auf den Fahrdamm fahren und sich dadurch großen Gefahren aussetzen, andernfalls sie von dem Polizeibeamten aufgeschrien und zur Anzeige gebracht wird. Insbesondere vor den Parteifunkeln potpourrierten diese Polizeibeamte stundenlang auf und ab, um festzustellen, ob nach Eintritt der Polizeistunde noch Bier ausgehakt wird. Schwere Sorge machen der Polizei auch die Raubkolonien. Auf den vielen Kolonien wird iharf Umhau gehalten, ob nicht etwa bei der großen Wohnungsnot eine Laube als Schlafraum benutzt wird.

Spiel und Sport.

Radsahrer.

Arbeiter-Radsahrer-Bund „Solidarität“. Mitgliedskaff Wilhelmshorst, Himmelfahrtstag, 21. Mai, nachmittags 1 Uhr: Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 1 Uhr: Rudow. Start: Demmal, Wilhelmshorst.

Turner.

Freie Turnerschaft Wilhelmshorst-Schwargendorf. Himmelfahrtstag, 21. Mai: Turnfahrt der Männer-Abteilung nach Grünau-Gründorf. Abmarsch 7 Uhr von Kauer. Turnfahrt der Damen-Abteilung: Grünauwiesen. Sonntag, den 24. Mai: Faustball, Berlin, Wettspiele gegen Groß-Heidekrug auf dem Vereinsplatz Jördensee, Ede-Rundlage. „Vorsperr“. Am 21. Mai (Himmelfahrtstag) veranstaltet die „Freie Turnerschaft“ eine gemeinsame Aufnahme der Frauen- und Männer-Abteilung nach dem Ullster. Treff: 6 1/2 Uhr, Bahnhof, Ede-Paradiesstraße. Abmarsch nach Grünau, 6.02 Uhr, bis Königsmulterhausen. Gäste willkommen.



Diese Woche
Weißbiertgläser
 Ausnahme-Preise
 groß **29 Pf.** klein **19 Pf.**
 bei größerer Abnahme.
 Gastwirtsartikel-Spezialgeschäft
L. Katz & Co.
 Berlin, Spandauer Straße 20,
 Neukölln, Bergstraße 65
 und Hermannstraße 35.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
 Immer noch **Tegelort**,
 Sporthaus bei **Emil Mothes**.

EIS
 offerieren frei Haus für das laufende Jahr
 den großen oder ganzen Eimer . . . 35 Pf.
 den kleinen oder halben Eimer . . . 25 Pf.
 Bestellungen erbiten
Köpenicker
 Norddeutsche Eiswerke, Straße 40/41.

Dichte Dächer, farbige Pappdächer
 für Sommerhäuschen, Lauben etc.
 erzielt man dicht und dauerhaft nur mit
Dachpax rot, grün, weiß (alle Farben).
 Sämtliche Materialien für Bedachung
 — Anstrich-Farben für alle Zwecke —
Dachpax-Gesellschaft, Plan-Ufer 38
 Amt Moritzpl. 1936. Muster, Auskunft etc. gratis. Amt Moritzpl. 1936.

Erben gesucht!
 Am 11. Februar 1914 ist in Leipzig
 der Deutscher
Karl Bussacker
 geboren am 3. April 1851 in Weßling,
 Kreis Sagan, verstorben. Einmalige
 Erben wollen sich baldigst bei dem
 Unterzeichneten melden. 70/14
 Leipzig-Teichhof, den 18. Mai 1914.
H. Sonnenberger, Rechtsanw.

Witesser
 Widel, auch die hart-
 näckigsten, fettglänzen-
 de Haut u. sonstige Hautunrein-
 heiten werden am sichersten durch
 meine feil halt 25 Jahren bewährten
 Erprobungsmittel beseitigt. Garantiert
 wirksam und unerschöpflich. **2.50 M.**
 Otto Reichel, Berlin 43, Hefenbahnstr. 4.

Garderobe
 auf Teilzahlung
Herren-Anzüge, Paletots
 in prima Qualitäten und in modernsten Stoffen
Damen-Garderobe
 Kostüme, Kleider, Mäntel, Röcke, Hosen usw. in gr. Ausw.
 Neu aufgenommen! Gummi-Mäntel Neu aufgenommen!
bei denkbar kleinster Anzahlung
Wochenrate 1 Mark an.
 Ferner empfehle: **Komplette Wohnungen - Einrichtungen.**
Auche einzelne Möbel zu herabgesetzten Preisen.
**Sport- u. Kinderwagen, Teppiche, Portieren, Tisch-
 decken, Steppdecken, Gardinen, Stores, Bettwäsche,
 Leinwände, Betten, Wand-Übrun, Taschen-Übrun,
 Bilder, Spiegel, Gas- und Petroleum-Kronen.**
S. Dorn, Weinmeisterstr. 9
 Ecke Alte Schönhauser Str.
 Sonntag von 8 bis 10 Uhr geöffnet

Kufeke Tausendfach bewährte
 Nahrung bei:
**Brechdurchfall,
 Diarrhöe,
 Darmkatarrh, etc.**
 -Kindernahrung
 -Krankenkost

Persil
 für
Kinderwäsche!
Henkel's Bleich - Soda

**4. Preussisch-Süddeutsche
 (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**
 5. Klasse 10. Ziehungstag 19. Mai 1914 Vormittag

Bei jeder gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe
 Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Zule
 gleicher Nummer in den beiden Hälften I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
 (Ohne Gewähr u. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

279 (1000) 345 468 76 (1000) 80 681 609 34 53 705 15 85 570
 65 91 95 137 (600) 1280 517 (1000) 758 2443 626 703 828 34
 67 227 46 3205 4293 (1000) 416 19 22 613 837 963 (800)
 5353 85 321 824 69 863 939 6026 75 118 83 948 88 636 615
 22 744 878 929 33 (600) 7081 101 9 38 295 76 785 907 8049
 215 (3000) 525 498 644 78 90 725 (3000) 590 9183 236 (1000)
 417 529 733

10173 411 (3000) 75 554 549 72 (3000) 720 843 11109 70
 287 (600) 93 (3000) 573 474 857 903 (500) 73 (1000) 12022
 66 (500) 639 55 13389 46 68 308 39 329 (500) 449 (3000) 35
 639 704 908 (3000) 24 14017 157 (3000) 293 477 622 715 379
 16046 204 350 66 658 (3000) 96 886 903 32 71 95 1018 143
 64 289 823 789 896 17063 139 48 414 628 758 100 288 437
 18 88 136 76 289 401 691 54 926 32 15010 160 259 609
 663 874 (1000) 91 (600) 808 903 37 75

20129 141 520 725 319 21383 410 (500) 684 704 82 630
 65 22046 107 341 747 841 918 23001 73 268 81 475 635
 61 (1000) 843 24068 110 216 358 425 606 63 67 643 57 765
 602 26127 38 96 87 244 78 453 26 610 28046 271 676 73
 615 913 71 27142 250 341 452 803 945 28425 74 687 764
 1001 305 (500) 24109 315 427 40 46 (1000) 72 61 624 (1000)
 60 65 656 745 814 32 (600) 958

30360 92 101 289 300 (1000) 35 61 54 60 637 75 21388
 472 74 712 31 (600) 669 510 32071 114 (1000) 67 253 419 25
 694 71 38008 (500) 75 139 310 47 89 345 48 66 (500) 527 856
 (1000) 34020 78 144 65 368 82 (1000) 91 456 852 50 614 (1000)
 662 35211 23 24 612 (500) 769 959 38000 25 60 173 74 282
 672 81 793 868 (500) 882 (1000) 37411 600 909 75 3847 (1000)
 603 817 727 39143 201 20 485 321 43 830 37 943 68
 40009 93 215 90 410 511 (1000) 626 715 73 876 (3000) 903
 18 84 41067 121 73 638 879 740 71 828 75 89 965 42070
 108 (500) 250 798 876 43242 43 381 73 653 863 977 44050
 75 77 83 92 307 46 696 (3000) 716 (1000) 914 43 45 45103
 33 131 303 609 893 3 937 48076 290 734 835 33 47105 288
 359 (500) 448 (1000) 628 769 48002 3 (500) 72 455 545 63 606
 61 49163 240 (1000) 422 (600) 825 43 767 63 633 (1000)
 80061 (500) 377 19 419 (500) 674 747 63 633 (1000)
 81 568 865 82014 685 728 815 38 843 52163 (3000) 779
 81 (600) 819 847 84000 170 79 85 (500) 306 35 647 604 38
 732 889 64 55120 341 69 709 91 80000 69 181 231 331
 680 870 57058 44 163 219 432 40 69 81 789 909 88006 424
 883 80001 (1000) 110 40 63 63 230 27 (500) 98 334 (500) 40
 449 868 71

80006 8 84 124 318 83 829 83 733 (500) 998 01282 64
 854 (500) 99 451 603 57 854 63 734 814 71 62326 720 933 26
 33 03000 60 70 143 218 (500) 82 80 84 (500) 414 73 692
 80 92 803 68007 46 323 410 798 908 88013 17 254 384 419
 839 732 39 67081-90 306 482 (1000) 549 631 77 831 893
 114 22 343 41 82 620 660 742 838 943

70211 (500) 12 167 318 89 353 86 936 46 78 884 84 29
 (500) 71211 60 80 245 71 679 65 681 66 90 783 936 36 72207
 432 60 610 (500) 685 738 814 992 73087 141 60 272 430 619
 234 39 69 86 (3000) 498 318 (1000) 568 578 722 83 87203 85
 (500) 549 611 782 88229 259 631 69 754 (600) 89 550 73 932
 80212 318 21 44 580 725 859 962 (3000)

80111 245 370 400 43 657 719 820 74 (500) 0173 (3000)
 183 91 310 285 636 86 877 82055 732 75 930 83 58 93311
 644 919 84083 320 57 84 491 511 602 75 95091 182 473
 679 701 80062 91 115 38 80 797 879 87177 332 421 61 89
 783 89 805 89 80342 335 (1000) 40 313 709 887 89 89047
 86 (500) 115 35 378 90 (3000) 679 717 851 908

100005 (500) 67 143 84 86 227 67 (500) 415 36 (1000) 596
 804 101047 80 70 143 218 (500) 82 80 84 (500) 414 73 692
 738 521 (500) 943 102150 299 603 714 48 103837 305 512
 65 887 (600) 783 822 85 915 (500) 104012 105 (500) 306 43
 628 876 97 746 105000 280 75 387 638 688 640 100112 41
 276 86 222 879 760 107009 201 352 27 42 89 485 743 64 690
 60 101015 202 517 21 33 671 (600) 74 100949 200 53 304
 620 621

**4. Preussisch-Süddeutsche
 (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**
 5. Klasse 10. Ziehungstag 19. Mai 1914 Nachmittag

Bei jeder gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe
 Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Zule
 gleicher Nummer in den beiden Hälften I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
 (Ohne Gewähr u. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

110388 33 80 493 824 85 (3000) 600 605 11108 33 273
 314 420 822 90 112082 125 972 456 650 (500) 79 733 84 (600)
 903 27 113400 840 86 87 884 888 85 114156 264 427 508 987
 116326 81 (2000) 823 25 329 110184 69 848 201 56 462 743
 117304 5 401 610 41 65 639 741 55 809 (500) 78 928 110309
 104 313 41 599 439 873 958 55 119187 236 31 84 569 961

120072 240 272 455 (3000) 535 41 703 121098 165 383
 559 (1000) 782 607 (600) 546 122143 859 625 790 930 122637
 119 73 (3000) 243 416 631 (3000) 62 770 853 867 124527 94
 (500) 485 (500) 834 (500) 60 (1000) 64 63 771 80 (1000) 875 841
 125032 37 105 77 782 (1000) 7 26 37 85 87 963 80 66 128107
 69 348 47 72 422 41 95 79 638 127690 142 346 512 (1000)
 673 73 830 49 69 609 128078 181 71 85 242 (500) 89 359 477
 532 846 73 (1000) 774 626 129056 143 64 411 47 647 753 79
 89 890

130018 48 30 143 94 580 715 800 971 131190 (600) 449
 (3000) 60 614 739 645 132043 269 471 576 133229 202 517
 19 44 (1000) 30 60 882 (1000) 903 134010 33 34 486 (1000)
 689 (2000) 838 66 135015 50 50 123 67 945 (3000) 136043
 70 (500) 302 (500) 31 45 407 68 668 811 (500) 137005 60 129
 313 40 639 89 711 548 85 138095 383 517 703 648 139005
 31 303 (500) 636 (3000) 42 48 708 957 64

140045 84 163 414 141385 360 40 410 543 600 764 879
 895 142029 225 68 598 609 670 674 906 143597 109 29 69
 246 49 337 643 718 33 144880 787 841 938 145617 284 44
 510 80 724 824 67 981 83 148274 (600) 364 430 25 95 (500)
 602 16 742 44 94 805 873 147259 76 437 511 27 778 (500) 97
 931 56 (3000) 69 (500) 148027 173 (500) 308 460 79 651 83
 724 805 957 149174 302 19 408 811 20 22 (1000) 49 62 768 809
 100150 262 500 604 65 623 749 67 850 (500) 76 101000 41 244
 45 (1000) 90 361 87 774 823 977 152867 79 484 804 934 78
 153000 (1000) 38 204 238 78 827 67 (3000) 75 83 404 154052
 303 97 47 67 821 226 (1000) 871 93 261 554 87 69 64 813 29
 636 618 974 155099 (3000) 181 93 261 554 87 69 64 813 29
 167172 335 (1000) 426 87 725 (300) 89 158026 61 365 400
 (3000) 86 857 84 (500) 757 82 88 808 160105 280 363 619
 (1000) 60 (1000) 730 75 869

160025 153 (1000) 311 580 678 843 99 161008 178 (600)
 444 814 50 927 97 162584 225 65 321 415 835 938 163009
 189 242 468 628 736 67 522 164018 28 71 172 (1000) 895 96
 605 720 830 (500) 165081 182 74 249 (3000) 95 382 69 409 15
 46 804 (500) 75 610 166025 41 101 71 245 350 364 678
 87 780 873 95 917 32 31 167043 87 559 (500) 414 30 611 71
 43 81 90 74 313 92 168037 81 318 415 61 644 (1000) 629 63
 708 82 825 718 73 169050 289 584 713 802

170071 344 63 372 443 63 91 807 24 858 (500) 1000
 67 171045 230 380 438 636 (1000) 623 (1000) 740 70 813
 27 918 172115 65 407 694 791 883 901 173111 238
 430 50 522 591 740 85 919 174500 (500) 480 63 516 698
 776 874 175985 477 716 43 903 948 176711 103 343
 64 (1000) 475 861 623 63 177206 25 346 418 508 10 712
 178059 328 444 801 (1000) 179194 451 (500) 637 633
 28 781 617 59 84

180004 8 219 62 305 21 481 547 659 70 41 939 181037
 126 212 (500) 192 64 679 623 38 718 96 15 182148 332 25
 435 358 768 71 595 (500) 908 83 81 183967 63 673 864 (800)
 184037 (3000) 142 226 (1000) 320 91 449 898 89 79 833 92
 185190 47 71 319 63 403 88 887 807 39 188301 11 36 (500)
 88 301 51 788 648 99 187445 845 450 (500) 894 607 907 (1000)
 188221 422 632 39 717 91 611 189020 107 77 158 376 60
 613 974 78

190072 90 275 310 80 417 635 50 93 (500) 706 832 63 (500)
 65 73 810 36 191286 500 769 835 (1000) 192010 330 666 669
 754 78 193097 132 266 802 815 726 940 194074 144 325 69
 681 69 711 811 195006 22 317 43000 480 716 (500) 621 29
 196108 18 53 418 54 79 82 884 28 812 (500) 90 802 50 945
 197082 63 91 250 308 406 734 813 904 199 074 204 443 74
 79 891 198034 98 463 804 659 813 919 87

200011 15 443 (500) 422 63 65 905 919 91 201265 443 83
 820 740 (1000) 947 202110 728 242 445 551 94 646 820 861
 203124 56 72 811 25 318 28 (3000) 69 53 670 606 86 (600)
 81 72 (1000) 854 67 204004 229 60 612 883 898 205000 34
 (500) 37 70 435 (1000) 38 41 65 681 (1000) 92 647 818 77 878
 206125 (500) 30 82 399 503 608 83 (1000) 756 73 920 207183
 (1000) 218 975 17 423 854 42502 67 (500) 91 208253 446 571
 (300) 74 774 502 41 84 209000 (500) 460 814 78 79 326 38
 210001 185 207 389 486 506 67 889 288 862 211004
 528 (500) 646 (3000) 777 91 (1000) 918 43 77 212139 71 (500)
 212 75 583 60 690 719 61 805 960 (500) 212015 10 25 30 60
 212 54 314 62 67 67 690 324 669 214256 334 896 808
 215017 152 258 89 310 478 521 41 43 757 817 76 954 69
 216032 119 89 85 (500) 323 62 64 436 811 908 85 917 205
 371 440 83 662 72 854 65 927 218392 429 86 (3000) 219010
 25 219 25 347 62 458 371 (500) 90 (1000) 603 (500) 843 64 67 14
 220118 (3000) 348 61 69 460 (1000) 81 632 786 332 221003
 87 129 74 368 80 62 614 602 63 770 680 500 83 60 222005
 289 (3000) 306 480 888 (500) 223178 357 800 79 304 79 405
 62 610 858 967 224084 (500) 201 72 830 92 978 22520 805
 11 69 608 744 (1000) 604 68 226080 328 669 (1000)
 748 (500) 808 978 227006 66 229 320 19 92 700 10 45 (1000)
 228086 66 86 306 732 229067 412 15 22 201 774 947
 230111 289 849 60 67 638 723 801 5 (1000) 61 977
 231077 121 83 1607 726 72 96 870 232023 66 957 432 23
 60 704 (1000) 923 233001 41 127 217 64 621 42 618 609 (500)

**4. Preussisch-Süddeutsche
 (230. Königl. Preuss.) Klassenlotterie**
 5. Klasse 10. Ziehungstag 19. Mai 1914 Nachmittag

Bei jeder gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe
 Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Zule
 gleicher Nummer in den beiden Hälften I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.
 (Ohne Gewähr u. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

411 74 867 658 72 1719 216 65 359 91 842 65 841
 982 2186 210 313 77 407 (500) 745 3073 75 84 344 46 (500)
 442 500 24 54 90 925 85 4003 208 48 307 69 (3000) 72 804 54
 639 730 897 (3000) 5148 292 375 (500) 681 829 85 608 19 28
 804 98 114 236 614 67 821 7023 46 49 162 278 385 465 603
 640 729 902 39 8021 128 88 294 (1000) 75 343 36 429 35 42
 613 718 66 814 84 (500) 8030 123 225 357 505 575 81 781 73 829
 10104 29 265 477 586 (1000) 11015 216 31 477 738 89 58
 802 12146 252 58 (3000) 81 426 66 80 647 813 91 (1000) 13021 29
 511 475 76 617 21 700 10 39 14273 305 876 61 626 727 37
 853 297 16303 614 98 614 900 10046 176 218 304 436 84 641
 718 323 74 938 17125 (500) 276 478 970 10700 93 209 841
 429 39 730 82 917 32 100

Reichstag.

262. Sitzung. Dienstag, den 19. Mai 1914, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratsstische: Lisso.

Einige Rechnungssachen werden debattelos erledigt. Es folgt die

Dritte Lesung des Konkurrenzklauselgesetzes.

Abg. Marquart (natl.):

Ich betrachte das Gesetz als schwere Schädigung der Volksinteressen und bleibe mit dem Leipziger Handlungsgehilfenverband auf meiner ablehnenden Stellung bestehen.

Abg. Siebel (Soz.):

Die bürgerlichen Parteien haben den Handlungsgehilfen einzureden versucht, daß ihnen das Gesetz erhebliche Vorteile bringe; aber sie haben nicht einmal die Angehörigen der Harmonieverbände davon zu überzeugen vermocht, wie die Worte des Vorredners beweisen. Um so lauter hat die „Textilwoche“ gejubelt, das Gesetz sei eine wertvolle Errungenschaft für die Unternehmer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nun bringt das Gesetz ja unabweislich den Handlungsgehilfen gewisse Zugeständnisse, so das Verbot der Konkurrenzklausel bis zu 1500 M. Gehalt — eine freilich viel zu niedrige Grenze — und die bezahlte Auzug: Aber diese Errungenschaften haben wir Sozialdemokraten in mühsamem Ringen der Regierung abgepreßt, während Sie nur den besten Teil unserer Errungenschaften wieder preisgegeben haben. Insbesondere daß dem Unternehmer neben der bewirkten Konventionalstrafe eine Klage auf Erfüllung gegeben werden soll, ist ein direkter Rückschritt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Diese Rückschritte treffen nun die Handlungsgehilfen ganz gewiß, ob ihnen von dem Gesetz auch nur der geringste Nutzen zuteil wird, das bleibt andauernd zweifelhaft. Denn die Unternehmer haben schon durch den Mund des Kommerzienrats Guggenheimer angekündigt, daß sie durch

geheime Abreden

sich gegen jede höhere Last wehren würden. Das ist eine offene Kampfansage gegen die Handlungsgehilfenschaft und eine derbe Dultung für die Reichstagsmehrheit, die den Handlungsgehilfen jeden Schutz gegen geheime Konkurrenzklauseln verweigert hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Meine politischen Freunde lehnen es ab, an diesem Gesetz, das eine Täuschung und Schädigung der Handlungsgehilfenschaft ist, mitzuwirken. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Weinhausen (Rp.):

Die große Mehrheit der Handlungsgehilfen billigt das Gesetz. Wir haben den erreichbaren Fortschritt genommen.

Hierauf wird das Gesetz in dritter Lesung von den bürgerlichen Parteien fast einstimmig angenommen.

Debattelos werden in dritter Lesung angenommen das Duellgesetz des Reichstages, die neue Gebühreordnung für Zeugen und Sachverständige und das Spionagegesetz.

Es folgen

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. Kipers (Welfe in Harburg) beantragt die Kommission für gültig zu erklären.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Wir beantragen Ungültigkeit. Es liegt unzweifelhaft amtliche Wahlbeeinflussung durch die Kriegervereine und den Kreisriegerverband vor. Die Kommission hat sich darüber hinweggesetzt, weil dieser Einfluß auch gegen die Welfen gerichtet gewesen sei. Aber das trifft nur für die Hauptwahl zu, nicht für die Stichwahl. Die Wahl muß deshalb für ungültig erklärt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Rp.):

Die Entscheidung der Kommission ist in der Tat nicht haltbar. Ich beantrage Zurückverweisung.

Gegen die Stimmen der Rechten wird die Zurückverweisung beschlossen.

Ueber die Wahl des Abg. v. Massow (L) werden auf Antrag der Kommission Zweiererbungen beschlossen, die auf Antrag Dr. Neumann-Hofer — der gegen die Stimmen der Rechten angenommen wird — auf weitere Punkte ausgedehnt werden.

Die Wahlen der Abgg. Rogalla v. Dieberstein (L), Dr. Pahnke (Rp.), Graf Westarp (L), Witt-Marionweber (Rp.), Graf Carmer-Nejerowitz (L) werden debattelos nach den Kommissionsanträgen für gültig erklärt.

Ueber die Wahl des Abg. Bassermann (natl.) sowie über die Wahl des Abg. Dr. Graf Schwerin-Löwitz (L) werden ebenfalls entsprechend den Kommissionsanträgen Zweiererbungen beschlossen.

Es folgt die

dritte Lesung des Etats.

Abg. Ledebour (Soz.):

Es ist üblich, bei der dritten Lesung des Etats eine allgemeine zusammenfassende Uebersicht über die Ergebnisse der Session und ihre Resultate für den sozialen und politischen Fortschritt zu geben. Da wir aber leider erst vor wenigen Tagen den Etat des Reichskanzlers hier beraten haben, werde ich mich auf kurze Ergänzungen und solche Fragen beschränken, die erst ganz neuerdings aufgetaucht sind.

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, wie notwendig eine solche Reform der Geschäftsführung in diesem Hause ist, wie ich vor einigen Tagen hier bei der zweiten Lesung des Etats des Reichstags gefordert habe, so hätten die gestrigen Vorkommnisse dafür einen schlagenden Beweis geliefert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Abends um 1/9 Uhr, nach 9 1/2 stündiger Sitzungsdauer, haben noch eine Anzahl Abgeordneter den Versuch gemacht, die dritte Lesung des Etats zu forcieren. Das Tobuwabohu, das dabei entstand, hat sie eines Besseren belehrt. Aber schon die bloße Möglichkeit eines solchen Versuches beweist, daß wir uns zu Beginn der nächsten Session über eine

bessere Arbeitseinteilung

verständigen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei muß ich allerdings noch einmal unterstreichen, in wie unverantwortlicher Weise der Reichstag von der Reichsregierung mißhandelt wird.

Weiß jemand von Ihnen, meine Herren, ob der Reichstag heute geschlossen oder vertagt wird? Die Schreierfrauen wissen es vielleicht, wir Abgeordnete nicht. (Weiterkeit und Sehr gut! links.) Vielleicht haben einige Herren etwas murren hören. (Zurufe.) Was, selbst die Herren von der Reichspartei haben nichts murren hören! Das ist ja noch nicht dagewesen. (Große Weiterkeit.) Jedenfalls müssen wir der Öffentlichkeit klar machen, daß die Art und Weise, wie die Regierung sich erlaubt, mit dem Reichstag umzuspringen, einfach nicht mehr ertragen werden kann. (Sehr, sehr.) Jede Regierung hat den Reichstag, den sie verdient, und jeder Reichstag die Regierung, die er verdient. (Sehr wahr.) Und der Reichstag verdient weiter mißhandelt zu werden, wenn er sich nicht

zur Wehr setzt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der jetzige Zustand ist um so unerhörter, als man dem Reichstag unter gewissen Umständen Freifahrtkarten und die Vertagung in Aussicht gestellt hatte. Von den Parteigängern der Regierung wurde vor der Abstimmung über die Befoldungsvorlage getuschelt, wenn der Reichstag sich in diesem Punkte willig zeige, werde die Regierung über die Vertagung und deren Vorteile mit sich reden lassen. Hat man denn gar kein Gefühl für die Würde und Selbstachtung des Reichstags, daß man glaubt, ihn in dieser Weise fördern zu können? (Erfreulicherweise haben diese Vorwürfe auf unsere Entscheidung gar keinen Einfluß gehabt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aber wir dürfen keine Zustände dulden, unter denen noch einmal solche Gedanken auftauchen könnten. Wenn die Reichsregierung eine Spur von Achtung für den Reichstag hat, möge sie gerade jetzt dem Antrag Wassermann zustimmen. (Sehr wahr!)

Für das Verhalten der Regierung gegenüber der Sozialreform ist der Briefwechsel des Staatssekretärs Dr. Delbrück in Sachen der „Volkshilfe“ sehr charakteristisch. Schon bei der zweiten Lesung des Etats für das Reichsamt des Innern hat Dr. Delbrück erklärt, es müsse im Interesse der weltpolitischen Entwicklung Deutschlands eine

größere Pause in der Sozialreform

gemacht werden. Mehrfach hat er betont, die Sozialreform müsse verständlich sein, das heißt auch dem Arbeitgeber das nötige Maß wirtschaftlicher und moralischer Abgabenfreiheit wahren. Wegen dieser schmerzhaften Redensarten zur Verantwortung gezogen, hat er dann natürlich versichert, er arbeite unablässig für das Wohl der Arbeiter. Wie das gemeint ist, haben wir nun bei der „Volkshilfe“ gesehen. Auch der Staatssekretär hat sie an sich als ein Kulturwerk ersten Ranges anerkannt, das eigentlich von allen anständigen Menschen gefördert werden müßte. Trotzdem hat er alle seine Einflüsse gegen die „Volkshilfe“ ausgeübt, bloß weil es ein Arbeiterunternehmen war, das nicht unter Regierungselufluß stand, sondern aus der freien Initiative der Arbeiter selbst hervorgegangen ist. Dr. Delbrück mußte zugeben, daß die „Volkshilfe“ mit keinerlei Parteipolitik und Parteiorganisationen zusammenhängt. Aber alles, was die Arbeiter tun, ohne Aufsicht der Regierung und der Unternehmerschaft, wird einfach für sozialdemokratisch erklärt. Wir können uns über eine solche Kesseltanne nur freuen. Sie wird die Popularität der Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft nur erhöhen können. Jedenfalls haben wir bei dieser Gelegenheit erfahren, wie der Staatssekretär hinter den Kulissen zu den Worten steht, die er öffentlich proklamiert. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er wieder einmal mit geäußerten Worten, aber dem charakteristischen starren Ausdruck sein Wohlwollen für die Arbeiter versichert, werden wir ihm einfach antworten:

Schöne Rede, Dich kennen wir!

(Große Weiterkeit.) Herr Delbrück ist das geworden, was seine Vorgänger abgelehnt haben, ein Staatssekretär für die Verhinderung der sozialen Rückschrittler. Er erfüllt damit die Aufgabe der Großindustrie, für die sich jetzt im sächsischen Landtag Nationalliberale und Konserervative ja um die Wette eingefügt haben. Er arbeitet im Sinne der international-liberalen Korrespondenz, der national-liberalen Seidemannregierung während der permanenten Abwesenheit Wassermanns! (Große Weiterkeit.) daß alle sozialreformistischen Bestrebungen im Interesse der weltpolitischen Ausbreitung der deutschen Industrie eingestellt werden müßten. Die Regierung ist entschlossen, mit der Sozialpolitik auf absehbare Zeit Schluss zu machen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichstag hat ebenso wie in der Sozialpolitik gegenüber der Militärpolitik verweigert. Der neue Kriegsminister, der uns Amt betreten wurde, damit man sich über die Versprechungen Heeringens um so leichter hinwegsetzen konnte, ist offenbar wegen seiner Redefähigkeit gegen die Sozialdemokratie zu seinem Posten gekommen. Es hat ja etwas Erheiterndes in unseren Debatten, wenn so ein Offizier, vollgeproppert mit den Kadettenhandbüchern, gegen die deutsche Arbeiterpartei auftritt. Neben ihm schreitet fabelhaft und eisenreiferlich der General v. Hohenborn, als wollte er zwei Sozialdemokraten auf einmal auf die Spitzen seines angezwirbelten Schnurrbartes aufspießen. (Schallende Weiterkeit.) Sie beide erinnern lebhaft an die Kavallerieoffiziere des Ritters Don Quixote de la Mancha und seines wackeren Sancho Panza.

(Erneute Weiterkeit.) Aber bei der militärkommissarischen Stimmung des Reichstages kann die Regierung ja schiden, wen sie will; nur einmal bei der Ablehnung des Neubaus für das Militärkabinett ist der Reichstag wenigstens bisher gegen die militaristische Annahme festgeblieben. Es ist ja überhaupt sonderbar, was man uns als Regierungsbekämpfer hier geschilt. Nach welchen Grundsätzen werden die Herren eigentlich angewählt. Herr v. Falkenhausen hat uns in der Budgetkommission erzählt, als er Adjutant eines hohen Herrn gewesen wäre, hätte sich der damals noch erfolglose Graf Zeppelin an diesen gewandt und um eine Unterstüßung gebeten; da habe ihn der hohe Herr gesagt: Schreiben Sie doch einmal eine Ueberschrift, und da habe er sich hingekippt und aus allerlei Flugblättern haarfein bewiesen, daß sich ein Zeppelin niemals in der Luft halten könne. (Große Weiterkeit.) Wenn damals Herr v. Falkenhausen seinem hohen Herrn erwidert hätte, sein Bewilligen erlaube ihm nicht, auf Kommando ein Urteil über eine Sache abzugeben, von der er nichts versteht, dann wären wir ihn heute gewiß nicht hier. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dann wäre er ganz gewiß nicht General geworden. Nur die Leute, die auf Kommando alles beweisen, schickt man uns als Minister hierher. Wer losdonnert, wenn es ihm befohlen wird, der strenge Arret ist eigentlich ein Spaß, der ist der richtige Mann, der nur ein Amt und keine Meinung hat. Es ist nicht bloß der Kriegsminister, so sind die Minister überhaupt, Minister und Reichskanzler dürfen in Preußen-Deutschland keine selbständigen Köpfe und Charaktere sein, sondern müssen sich der

gottgewollten Abhängigkeit von preussischen Junkertum

stets bewußt bleiben. Neben diesem ist auch der monarchische Einfluß nur dekoratives Beiwerk. Den maßgebenden Einfluß haben Kapital und Großgrundbesitz, und die Regierung ist eine Parteiregierung der konserватiven Minderheit. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Dafür haben wir gestern im preussischen Abgeordnetenhaus an Herrn v. Loebell wieder einen glänzenden Beweis erlebt. Wie bewundernswürdig, hoffnungslos sind doch selbst die am weitesten links stehenden bürgerlichen Politiker. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Weil Loebell Salow's Blokpolitik gemacht hat, haben sie sich eingebildet, Loebell müsse als konsequenter Politiker und überzeugter Ehrenmann wieder Blokpolitik machen. Aber Loebell hat sich löblich aber Loebellisch unterworfen. (Große Weiterkeit) und ist von Dalwig nicht im mindesten zu unterscheiden. Wir sind offen in die Rückwärtsära eingeschwenkt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auf ein Eingreifen des Reiches in Mecklenburg ist absolut nicht mehr zu rechnen, und in Preußen soll es rückwärts statt vorwärts gehen. Auch das preussische Zentrum hat nunmehr zum ersten Male ausgesprochen, daß es für die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen nicht zu haben ist. Ich stelle fest, daß auch die Zentrumsfraktion des Reichstages diese Erklärung gegen das gleiche Wahlrecht ohne jeden Widerspruch hinbringt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Den Höhepunkt bildete im Dreiklassenhaus natürlich Herr v. Heydebrand, der meinte, er stehe fest mit der Hand am Schwertnauf. Als ich das las, habe ich mir gesagt, das

müchtest du doch mal sehen. (Schallende Weiterkeit.) So was sieht man nicht alle Tage. (Erneute Weiterkeit.)

Heydebrand als Erzengel Michael

den Tränen der Revolution mit dem gewaltigen Ritterschwert erlegend, das muß schön sein. (Weiterkeit.) Heydebrand hat uns direkt um ein bißchen Revolution angelehrt. Wir sind eine Partei der Revolution, aber nicht im Sinne der Putscherei, wir sind längst drin in der Revolution, die allmählich unsere Ziele verwirklichen muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die bürgerlichen Parteien selbst müssen an dieser Entwicklung mitarbeiten. Dabei denke ich freilich am wenigsten an die Sozialfraktion, die man als unsere Hörsen im preussischen Dreiklassenparlament wild beschimpft hat. Ich bestätige den Fortschrittler gern, daß sie genau so selbständig und von uns unabhängig sind wie jede andere Partei. (Sehr wahr! bei den Soz. Lagen rechts.) Stichwahlhilfe nimmt jede Partei von uns, auch die konserbative, wenn sie sie nur kriegt. Wenn das Zentrum das ablehnt, so verfährt es nach dem alten Jesuitengrundsatz, zu leugnen, was man getan hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Augenblicklich möchte das Zentrum gegen uns sammeln. Im wunderschönen Monat Mai ist in den Herzen der beiden jungen Leute Vörlinger und Erzberger die Liebe zu einander aufgegangen. (Weiterkeit.) Jeder derartige Sammelbloß gegen die Sozialdemokratie könnte nur durch unsere reaktionäre Politik treiben, und dann würde die proletarische Massenbewegung um so kräftiger und umfangreicher. Wir haben solche Bloßbestrebungen nicht im mindesten zu fürchten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Beispiel solcher bürgerlichen Bloßpolitik haben wir ja gestern schon erlebt. Sie haben bei den Demersivkonventionen der Regierung kapitalistische Interessen noch über deren Willen hinaus aufgezogen und Millionen verschwendet. Dafür knappt und kauft man bei den Angefallenen und sogar bei den Veteranen mit jedem Pfennig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wie die bürgerlichen Parteien der sozialen Revolution vorarbeiten, das hat die

Dual-Enteignung

gezeigt. In Deutschland werden die Polen aus parteipolitischen, in Kamerun die Duala aus rassistischen Gründen enteignet. Wenn Sie selbst die Enteignung so leichtsin beschließen, und den Akt der Heiligkeit des Eigentums abjagen, auf dem Sie sitzen, dann wird sich eines Tages das Volk sagen, wenn schon enteignet werden soll, dann enteignen wir lieber die paar großen Ausbeuter zugunsten der kleinen Massen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.) In diesem Sinne arbeiten wir revolutionär, aber nicht in Heydebrand's Sinne putschistisch. Das Volk hat heute andere Waffen, als Flinten und Revolver, vor allem den politischen Massenstreik, der auch bei uns kommen wird und kommen muß. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diese Entwicklung zur Revolution kann keine Macht der Erde aufhalten. Wenn Sie den Ratschlägen des Kammerjägers oder anderer moderner Prinzenzieher (Große Weiterkeit links) folgen und Gewalttätige gegen den Reichstag unternehmen, wird der Tag des Kampfes und der Entscheidung nur um so früher kommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie haben in den letzten Tagen wieder eifrig an unserer Vaterlandsliebe gemäkelt. Diese Vorwürfe bedeuten eine Vergiftung des politischen Kampfes und stehen unter dem Niveau des parlamentarischen Anstands. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ihre Vaterlandsliebe besteht darin, daß Sie das Militär nach außen hin zu imperialistischen Plänen ausnutzen, und im Inlande zur Niederhaltung der Volksbewegung verwenden wollen. Diesen Plänen gegenüber sind wir Entmilitaristen, aber wir denken nicht daran, das Vaterland wehrlos zu machen. Wir sind überzeugt, daß Ehre und Ansehen des deutschen Volkes nach unseren Grundsätzen am besten gewahrt sind, und erfüllen unsere patriotische Pflicht, indem wir für das deutsche Volk Wohlfahrt und Freiheit erkämpfen. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

In der Einzelberatung fragt beim Etat des Auswärtigen Amtes

Abg. Bassermann (natl.)

an, ob dafür gesorgt sei, daß die wirtschaftlichen Interessen der Deutschen in Marokko, speziell bei Vergebungen, genügend geschützt werden.

Unterstaatssekretär Zimmermann

erklärt, daß bei der französischen Regierung Vorstellungen erhoben sind über die die Verhandlungen noch schweben. Wenn diese zu keinem befriedigenden Resultat führen, werde das Schiedsgericht angerufen werden.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern.

Weim Titel Staatssekretär erweist das Wort

Abg. Bauer-Breslau (Soz.):

Die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung über die Versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden sind sehr mangelhaft und unfair, wie ich schon einmal hier ausgeführt habe. Die vom Ministerialdirektor Caspar in Aussicht gestellten Musteranträge sind noch immer nicht erschienen und die Verlegenheit, die den Krankentassen aus der Unklarheit der einschlägigen Bestimmungen erwächst, dauert fort. Ich bitte darum, daß hier bald Wandel geschaffen wird und empfehle die Resolution Dr. Pfeiffer-Duara-Roburg zur Annahme, die ein Notgesetz zur einstweiligen Regelung der Krankenversicherungsspflicht der selbständigen Hausgewerbetreibenden verlangt. Dagegen lehnen wir die Resolution Westarp ab, die die Befreiung der in einem Arbeitsverhältnis zum Familienhaupstehenden Familienangehörigen von der Versicherungspflicht bezweckt, weil sie teils bedenklich, teils unfair ist. Der Resolution Spahn betr. die Erweiterung des Koalitionsrechts stimmen wir natürlich zu, wenn wir uns auch der Verlognis nicht verschließen können, daß hier wieder neues Material für den Papierkorb des Bundesrats geliefert wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schiffer (3.)

begründet die Resolution Spahn betr. die Erweiterung des Koalitionsrechts und verweist auf die vielfachen Beeinträchtigungen, denen dies Recht zumal in Preußen angelegt sei. Redner empfiehlt weiter die Resolution Pfeiffer-Duara und die vom Zentrum, von den beiden liberalen Parteien und der Wirtschaftlichen Vereinigung beantragte Resolution Sosnowsky, die die beschleunigte Durchführung des Hausarbeitsgesetzes verlangt.

Ministerialdirektor Caspar:

Die Ausführungen der Vorredner enthielten zum großen Teil recht wertvolle Anregungen, die die Reichsregierung vermutlich den einzelnen Bundesregierungen unterbreiten wird. Die große Verschiedenheit der einschlägigen Verhältnisse in den einzelnen deutschen Landesteilen kompliziert die odnehin schwierige Verfassungsmaterie. — Die weiteren Ausführungen des Redners blieben auf der Tribüne unverstänlich. U. a. scheint er die Beeinträchtigungen des Koalitionsrechts, speziell in Preußen, zu bestreiten.

Abg. Schiffer-Wagdeburg (natl.)

wendet sich gegen die Resolution Spahn, insofern sie Beeinträchtigungen des Koalitionsrechts mit Strafe bedroht. Man habe in Deutschland schon gerade genug Strafbestimmungen.

Abg. Dr. Pfeiffer (3.)

begründet seine oben erwähnte Resolution.

Abg. Bitt-Englingen (natl.)

pricht seine Zustimmung darüber aus, daß die Regierung dem Antrag Pfeiffer-Quard zustimme.

Die Resolutionen Spahn — in allen ihren Teilen — Westarp und Pfeiffer-Quard werden angenommen.

Abg. Trendel (Z.)

Die Zuwendungen an soldatenreiche Familien auch dann zu gewähren, wenn die Eltern resp. Großeltern der betr. Soldaten nicht mehr am Leben sind.

Zum Kapitel „Reichsschulkommission“ beantragen die Abgg. Albrecht und Wen. (Soz.) Einstellung einer Summe in den nächsten Etat zum Ausbau der Reichsschulkommission im Sinne des diesjährigen Reichstagsbeschlusses.

Ein Antrag der vereinigten bürgerlichen Parteien wünscht Beihilfen an das Preussische Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht.

Abg. Schiffer-Magdeburg (natl.)

begründet diesen Antrag.

Ministerialdirektor Lewald:

Die Reichsregierung ist bereit, den Antrag wohlwollend zu prüfen. Es stehen ihm aber Bedenken staatsrechtlicher Natur entgegen.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Wir sind leider genötigt, gegen den Antrag Schiffer Stellung zu nehmen, und selbst die etwas unbecomene Bundesgenossenschaft, die wir in dieser Angelegenheit bei der Reichsregierung zu finden scheinen, kann uns in dieser Stellungnahme nicht beitreten. (Weiterkeit.) Wir wissen nichts Authentisches über dies Zentralinstitut, das nun auf einmal aus Reichsmitteln unterstützt werden soll; wir wissen auch noch den vorausgegangenen Ausführungen der Herren Schiffer und Lewald nicht, ob Preußen für dieses, ob nun private oder staatliche Institut eine Unterstützung vom Reiche gewünscht wird oder nicht. Einigermassen erstaunt bin ich darüber, daß auch Lehrer, wie z. B. der fortschrittliche Herr Sidlovich, diesen Antrag mit unterzeichnet haben. Ich brauche kaum zu betonen, daß wir jede Pflege der Bildung und Erziehung auf jede Weise zu unterstützen bereit sind. Aber die Mittel, die das Reich für diese Zwecke aufwendet, müssen unter Reichsverwaltung stehen. Wir haben

das allereinstimmige Mißtrauen gegen Preußen

und nun erst gar gegen das preussische Schulwesen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unser Antrag, den wir unter Zurückstellung unserer bedeutend weitergehenden Wünsche eingebracht haben, ist die Wiederaufnahme des liberalen Antrages vom Februar dieses Jahres. Wir sind einigermassen gespannt, ob die Liberalen jetzt ihr eigenes Mißtrauen gegen den anerkannten werden. (Weiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag Albrecht wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, der Antrag Schiffer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Es folgt der

Militäretat.

Abg. Schöpfin (Soz.):

Ich habe verschiedene Fragen an den Kriegsminister zu richten. Ist ein Urlaub erlangt, der vorsieht, daß die wegen Verbrechen oder bestimmter Vergehen verurteilten ausgehobenen jungen Leute von vornherein in die Arbeitsabteilungen geleitet werden sollen? Fälle wie der Fall unseres Parteigenossen Stöcker müßten die Berücksichtigung erfordern, daß man auch politisch mißliebige Personen in die Strafteilungen stecken könnte. Ferner möchte ich den Kriegsminister um Auskunft bitten, ob der Unteroffizier in Montigny, der so tragisch durch Selbstmord geendet hat, von dem Hauptmann in den Tod getrieben worden ist. Schließlich noch eine Frage: in der 252. Sitzung vom 8. Mai, als von der Nichtbeförderung der Juden zu Reserveoffizieren die Rede war, tat der Kriegsminister eine Aeußerung, die ganz allgemein so verstanden wurde, daß er den Zustand als verfassungswidrig bezeichnete. Ich habe deutlich die Worte vernommen, „der Zustand ist verfassungswidrig“, und die ganze Presse hat ebenso berichtet. Im amtlichen Stenogramm aber steht statt „ist“ „scheint“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Jurist des Abg. Berner-Wiehen.) Mit Ihnen, Herr Kollege, in diesem Stadium der Verhandlungen über Verfassungsfragen zu streiten, habe ich zurzeit keine Lust, zumal gegen gewisse Eigenschaften gewisser Leute selbst die Wörter vergebens kämpfen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Nebenfalls bitte ich den Kriegsminister um Antwort auf meine Frage.

Generalmajor v. Langermann:

Die Entscheidung über die Frage der sofortigen Einstellung vorbestrafter Mannschaften in Strafteilungen ist noch nicht entschieden. Es handelt sich um den Schutz der Mannschaften vor üblichen und entsetzlichen Einflüssen. — Nach den über den Fall in Montigny angestellten Ermittlungen ist kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Kompaniechef den übrigen als gutmütig, anständig und bildungsbegeistert geschilderten Unteroffizier irgendwie zur Verweigerung gebracht habe. (Jurist bei den Sozialdemokraten: Wie ist es mit dem korrigierten Stenogramm?)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.):

Ueber die Petitionen der Zivilmilitär ist nicht so einfach hinwegzugleiten. Allerdings ist zu bemerken, daß neben den Militärmilitären und eigentlich noch mehr ihnen die zahlreichen Beamtenkapellen Konkurrenz machen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Rp.):

Nach dem Zeugnis des Bischofs Eylert, des intimen Freundes Friedrich Wilhelm III. und der Königin Luise, existiert tatsächlich die Kabinettsorder von 1798, in der den Offizieren anständiges Verhalten gegenüber dem Zivil zur Pflicht gemacht wird und deren Existenz der Kriegsminister nicht bestreiten hat. Was die Sache mit dem korrigierten Stenogramm betrifft, so sollte der Kriegsminister lieber nicht den Anschein erwecken, als hätte er etwas gesagt, während er eigentlich nichts sagen wollte. (Weiterkeit.) Er sollte in dieser Hinsicht von seinem Kollegen von der Marineakademie lernen. (Weiterkeit.)

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Was in der angebliehen Kabinettsorder von 1798 steht, ist überflüssig, da das jeder Offizier selbst weiß. (Jurist bei den Sozialdemokraten.) Das Stenogramm habe ich sofort nach hier in der Sitzung umgedeutet, indem ich statt „ist“ „scheint“ setzte. (Hört! hört!) Nach den Presseberichten zu schließen, hat man aber keineswegs auf die Fassung den entscheidenden Wert gelegt. (Widerpruch links.) Ich danke dem Dr. Müller-Meiningen für seine freundlichen Bemerkungen, ich wäre aber auch ohne sie fertig geworden. (Weiterkeit rechts, Inruhe links.)

Abg. Erzberger (Z.)

fragt an, wie es mit der vom Kriegsminister für die dritte Lesung versprochenen Mitteilung über die Reform des Sanitätsdienstes steht.

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Wir sind leider noch nicht fertig, aber wir werden dem nächsten Reichstag alsbald mit einer Vorlage kommen.

Abg. Wassermann (natl.)

beantragt Wiederherstellung der Presseabteilung im Kriegsministerium.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wir lehnen den Antrag Wassermann wie den Kompromißantrag Alblaf über die Wiederherstellung der Presseabteilung im Kriegs-

ministerium ab. Wir glauben nicht, daß soviel Kräfte für bloße Anlauferteilung nötig sind. Es soll offenbar die Presse besser im Sinne der Militärverwaltung bearbeitet werden. Dem offiziellen Prekursor werden wir in Zivil und Uniform entgegenzutreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Kabinettsorder Friedrich Wilhelm III. über die Pflicht der Offiziere, dem Bürger höflich entgegenzutreten, ist von zwei Kriegsministern als gefällig bezeichnet worden. Ich war so vertrauenselig, dieser mit amtsmäßiger Bestimmtheit abgegebenen Kriegsministererklärung zu glauben. Nach den Mitteilungen des Abg. Dr. Müller-Meiningen werde ich gegen Kriegsminister nicht mehr so vertrauenselig sein. (Große Heiterkeit.) Die Stenogrammkorrektur des Kriegsministers und die Art, wie er sie verteidigt, lassen, nach Art des Grafen Westarp ausgedrückt, vermuten, daß sein Blut talimudistisch in Beziehungen nicht fernsteht. (Schallende Heiterkeit.)

Kriegsminister v. Falkenhayn:

Die angebliehen Kabinettsorder Friedrich Wilhelm III. von 1798 ist bereits 1798 vom Generalfeldmarschall v. Müllendorff als grobe Fälschung entlarvt worden. Das genügt wohl. (Lebhafte Beifall rechts.) Wenn ich in Zukunft etwas erkläre, werde ich es im übrigen nicht erst durch Dokumente belegen. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Dr. Spahn (Z.):

Das Pressebureau des Kriegsministeriums soll 42 000 M. kosten. Vielleicht prüft der Kriegsminister die Angemessenheit dieser Forderung noch einmal nach.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Rp.):

Ich kann mich genau so gut wie der Kriegsminister auf zeitgenössische Zeugnisse berufen. (Hört! hört! links.) Die Historiker müssen unseren Streit entscheiden. (Sehr wahr! links.)

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Graf Westarp-Wassermann auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage über das Pressebureau im Kriegsministerium wird gegen die Rechte, die Nationalliberalen und einige Fortschrittler abgelehnt.

Ueber den Antrag der Fortschrittler, das Pressebureau zu errichten, aber mit inaktiven Offizieren zu besetzen, muß durch Hammelsprung entschieden werden. Er wird mit 173 gegen 140 Stimmen abgelehnt.

Das Pressebureau bleibt gestrichen.

Auch die Streichung von drei Kommandanturen bleibt aufrechterhalten.

Im übrigen wird der Militäretat genehmigt.

Es folgt der

Etat des Reichsjustizamtes.

Abg. Thiele (Soz.):

Ich werde Ihre Zeit ein wenig in Anspruch nehmen müssen. Ich begreife Ihre Eile, aber ich würde glauben, meine Pflicht zu verüben, wenn ich nicht auch heute einige Fälle haarträubender Rechtsbeugung vorbrächte, die man in einem Rechtsstaate einfach für unmöglich halten sollte. Es handelt sich um die Einsperierung von Leuten, die ihren Verwandten unbecomend geworden waren, ins Herrenhaus. Der Reichstag hat schon längst eine Regelung der Frage der Entmündigung und Internierung gefordert; nun ist es aber an der Zeit, daß die Regierung Besserung schafft. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Redner stellt dann den Fall eines Deutschen aus Kleinasien dar, der wegen einer Beschwerde an das Auswärtige Amt nicht etwa angehört, sondern von dessen Vertrauensarzt einfach für einen Querschnitt erklärt und ins Herrenhaus gesperrt wurde. Dabei seien die schwersten Gefährdungen vorgekommen und das Auswärtige Amt habe ständig dazu getrieben.

Der Redner wird vom Präsidenten Dr. Kaempf wiederholt unterbrochen und zum Schluß gedrängt. Er schließt mit der Versicherung, daß dies nur ein einzelner Fall aber typisch für die ganze Methode des Vorgehens der Behörden und Kerze und für die Rechtsunsicherheit sei, die dringend einer Besserung bedürfen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Z.)

führt Klage über Prozeßverhinderung. Eine Anzeige wegen Kuppelerei ist vom Untersuchungsgericht Bremen zwischen dem 12. Oktober 1912 und 19. Mai 1914 überhaupt nicht gefördert worden. Auf eine Beschwerde hat der Untersuchungsrichter geantwortet, er werde den Verfasser der Strafanzeige verhaften wegen Verleitung zum Meineid belangen und Haftbefehl erlassen. Wir verlangen objektive Justiz, selbst in Bremen, auch wenn der Beschuldigte ein Bremerhändler ist. (Weiterkeit und Beifall.)

Damit schließt die Diskussion.

Ueber den Antrag des Zentrum auf Streichung eines Reichsanwalts muß wiederum durch Hammelsprung entschieden werden. Der Antrag wird mit 161 gegen 136 Stimmen angenommen, der Justizetat genehmigt.

Es folgt das

Reichskolonialamt.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Noch wenige Worte über die Duala-Angelegenheit. Ich will nicht sprechen über die Rechte der Eingeborenen, die man mißachtet, sondern um die Rechte des Reichstages, die ernsthaft bedroht sind. Man will dem Reichstag jede direkte Verbindung und Information bei den Eingeborenen verwehren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dazu werden Mittel angewendet, die schwerlich die Billigung eines rechtlich denkenden Menschen finden können. Die Eingeborenen werden einfach terrorisiert. Aber auch die weißen, die sich der Regier. annehmen, sollen gesellschaftlich geachtet und in Verruf erklärt werden. So forderte die „Meinlich-Beställische Zeitung“ am 10. Mai, die Anwaltskammern sollten ihren Mitgliedern verbieten, sich Anderstrassen zur Verfügung zu stellen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Anwalt, der in dieser Weise den Kampf für das Recht abhängig machte von der Hautfarbe dessen, dem Unrecht geschieht, müßte moralisch farbenblind sein. (Sehr wahr! links.)

Am selben Tage forderten die „Veitinger Neuesten Nachrichten“, daß der deutsche Journalist, der nach Kamerun gereist sei, um bei den Dualas direkt Informationen einzuziehen, sofort verhaftet, ausgewiesen und mit dem nächsten Dampfer nach Deutschland zurückgebracht würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist wenigstens noch ein schöner Akt von Verunsolidarität der Journalisten. Sofort nach Annahme der Stimmen für die Duala-Entzerrung haben die

Handlungen und Beschlagnahmen

im Dualaland eingesetzt. Ich will darüber nicht sprechen, weil wir nicht so gut darüber informiert sind wie die Regierung, die manches sogar im Wege des Postgeheimnisses erfährt. Aber hier in Berlin vor unseren Augen hat man den Regier. Din verhaftet. Ich kann nicht sagen, daß das ein Gewaltakt in den Formen des Rechts sei, denn nicht einmal die äußeren Rechtsformen hat man gewahrt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Din wurde verhaftet und ist jetzt noch in Haft, ohne daß ein Haftbefehl bei den Akten ist. Nach einem Telegramm des Bezirksamtmanns von Duala soll er dringend verdächtig sein, zu dem Zweck nach Berlin gefahren zu sein, um im Einverständnis mit Duala Ranga Kamerun von Deutschland loszureißen und an England zu überliefern. Dazu reist man also nach Berlin, ebendort ohne England überhaupt zu berühren. (Lebhafte Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine unsinnigere Anklage ist wohl noch niemals erhoben worden. Schon die Festhaltung Din in Hamburg war eine Rechtsverletzung, weil sie wegen eines nicht nach deutschem Recht strafbaren Delikts in rechtlich unzulässigen Formen erfolgte. Jetzt soll er wieder festgehalten und nach Afrika gewaltsam zurückgebracht werden. Dins einziges Verbrechen besteht darin, daß er beim Deutschen Reichstag die Beschwerden seiner Stammesgenossen vertreten hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb muß der ganze Reichstag ohne Rücksicht auf seine sonstige sachliche Stellung zu diesem

Problem für sein Recht des freien Verkehrs mit den Eingeborenen eintreten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Afrika würden dieselben Leute Din verurteilen, gegen die sich seine Beschwerde gerichtet hat. (Hört! hört!), denn in Afrika gibt es keine Abhängigkeit von Richtern, keine Trennung von Justiz und Verwaltung, keine Rechtsmittel. Es ist geradezu ungeheuerlich, was sich da vor unseren Augen abspielen soll. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber selbst, wenn die Anklage wegen Hochverrats gegen Din sofort zusammenbricht, wird ihn der Bezirksamtmann von Duala wegen der angeblichen Kaufveränderung mit einer ungeheuerlichen Strafe belegen. Welche Strafmaßnahme in den Kolonien angewendet werden, mögen Sie daraus ersehen, daß ein bis dahin unbestrafter Postgehilfe, der 200 M. unterschlagen hatte, zu sieben Jahren Kerker verurteilt worden ist. (Stürmische Hört! hört!) Wie wird man da erst einen Mann bestrafen, den man politisch haßt! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstag muß deutlich aussprechen, daß er die Anwendung der Kaufveränderungsverordnung auf Din für einen krassen Rechtsbruch ansehen würde. Der Reichstag hat doch durch seinen Beschluß nicht jedem Bezirksamtmann in Kamerun einen Freibrief ausgehändigt. Wir fordern Gerechtigkeit auch für die Farbigen! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Solf:

Auch die Kolonialverwaltung will Gerechtigkeit. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber sie kennt die Regier. besser als Sie. Wollten wir die Lehre von der Gleichheit der Menschen anerkennen, müßten wir die Kolonialverwaltung einfach aufgeben. Din ist stark verdächtig, daß er durch die Reise nach Berlin die hochverräterischen Pläne des Duala Ranga unterstützen wollte, Kamerun an England auszuliefern. (Schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) So steht es in dem Telegramm, das ich bekommen habe. Daß sie diese Idee gehabt hätten, sei durch Zeugen bewiesen. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten: Idee! Idee!) Das Wort „Idee“ habe ich nur hinzugefügt, um Ihnen das Telegramm besser verständlich zu machen. (Erneutes schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Der Haftbefehl ist wegen Flucht und Kollisionsgefahr erlassen und Dins Auslieferung muß erfolgen. Es geht alles nach dem für Kamerun geltenden Verfahren rechtmäßig zu. (Lauter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sie dürfen sich in einen schwebenden Prozeß nicht einmischen. (Stürmischer Protest links.) Din hat selbst gesagt, daß er auswandern, nämlich dauernd hierbleiben wolle. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Ist das auswandern?) Wer sagt denn, daß er nicht noch von hier aus ins Ausland geht! (Schallendes Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ich lasse mir diese einfache Sache von Ihnen nicht verdrehen. (Stürmische Protestrufe: Sir erst recht nicht!)

Abg. Schulz-Dromberg (Rp.):

Die Einmischung des Reichstags in die Angelegenheit Din wäre ein Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Es liegt kein Haftbefehl vor, sondern nur ein Telegramm an das Reichskolonialamt. Allerdings ist es die dringende Pflicht des Reichstags, dem Uebergreifen der Kolonialjustiz, dieser Gerichtsbarkeit ohne gesetzliche Basis, ohne irgendwelche Garantien, auf deutschem Reichsboden entgegenzutreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdem.) Deutsche Richter dürfen nicht zu Handlangern, zu Vollzugsorganen kolonialer Verwaltungsbeamten herabgedrückt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär schien sich nach meinen Informationsquellen erkundigen zu wollen. Ich kann ihm nur erwidern, daß ich meine Kenntnis auf völlig einwandfreiem Wege erhalten habe. In moralischer Entrüstung hat er gar keinen Anlaß, aber vielleicht könnte ich mit der Gegenfrage kommen, wie ist eine Justiz für die Duala an ihren Rechtsvertreter in die Reichskassen gekommen? (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) noch dazu mit dem höchstzulässigen Zulage, die Duala hätten es sich wohl kaum träumen lassen, daß ihr Schriftstück diesen Platz finden würde! (Weiterkeit und lebhaftes Hört! hört!) In demselben Atemzuge spricht der Staatssekretär von der Notwendigkeit der Verhaftung des Din und von der Absicht desselben Mannes, dauernd hier in Deutschland zu bleiben. Das reinit sich ja wunderbar zusammen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aus dem ganzen Auftreten des Staatssekretärs geht hervor, daß man beabsichtigt, den Din nach Kamerun zu transportieren, um ihn dort in den Kerker zu werfen. Von seiner vernünftigen Behandlung im Kerker will ich hier nicht sprechen, aber ich fürchte, wir stehen am Beginn einer Sprechensperiode für die Eingeborenen Kameruns. Gerade für die kolonialfreundliche Reichstagsmehrheit ist es dringende Pflicht, von Anfang an gegen das, was man dort beabsichtigt, Front zu machen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schulz (Rp.):

Wenn Sie einen richterlichen Haftbefehl nicht zur Vollstreckung bringen lassen wollen, dann bringen Sie die Rechtspflege zur Strecke. (Beifall rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dove (Rp.):

Uns fehlt jede Möglichkeit zum Eingriff in das vorliegende Verfahren, aber wir müssen allerdings daran denken, die höchste bedenkliche und das Mißtrauen nährenden Verbindung von Verwaltung und Justiz in den Kolonien zu befeitigen.

Abg. Erzberger (Z.):

Wir können in der vorliegenden Sache nichts tun. Um so mehr müssen wir dafür sorgen, daß durch eine kaiserliche Verordnung Leben, Freiheit und Eigentum der Eingeborenen in den Kolonien sicher gestellt wird. Ein einstimmiger Reichstagsbeschluss in dieser Richtung liegt vor und wir bitten dringend, für seine Durchführung zu sorgen.

Abg. David (Soz.):

Es gibt in den Kolonien keine unabhängigen Richter und damit erledigt sich alles, was über die Notwendigkeit der Vollziehung eines Haftbefehls gesagt wird. In Hamburg hat man auch bekanntlich die telegraphische Anweisung zur Verhaftung des Din nicht vollzogen, resp. alldort wieder die Verhaftung aufgehoben. Der Staatssekretär war sehr empfindlich, als mein Freund Wels hier von geschädigter Regier. sprach. Aber das bekannte Grafteleogramm von den Russlandsverleugern in Kamerun ist ja ein Zeugnis für die geschickte Regier. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Staatssekretär suchte dann die Sache auf ein allgemeines Gebiet hinüberzuspielen und meinte, die ganze Auffassung meines Freundes Frank vom Verhältnis der Rassen entspreche eben der Stellung, die Frank als sogenannter Sozialdemokrat einnehme. (Schallende Heiterkeit.) Keine Herren, stellen Sie sich nun doch nicht dumm, als es nötig ist. (Jurist und Weiterkeit. — Präsident Dr. Paasche rüht den Ausdruck.) Es ist doch klar, wie ich das mit „sogenannter Sozialdemokrat“ meine.

Wenn der Staatssekretär Gewissenhaftigkeit und Liebe zu den Eingeborenen hegt, von denen er so oft spricht, wird er die Eingeborenen in Schutz nehmen und die ihm untergebenen Beamten zur Ordnung rufen müssen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Freiherr v. Rechenberg (Z.):

Ueber meinen Konflikt mit Herrn v. Scheinin, dem Kommandeur der Schutztruppe in Ostafrika, ist in der Presse viel geschrieben worden. Ich möchte feststellen, daß ich in der Zeit der Unternehmung war im Auftrage meiner vorgelegten Behörde mit dem Kollegen Erzberger über Eisenbahnbauten in Ostafrika verhandeln mußte, aber ihm keinerlei Mitteilungen über Herrn v. Scheinin gemacht habe. Diesem wird die Verantwortung für Grausamkeiten von Askaris und die Aeußerung zugeschrieben, er werde einen Offizier nicht im Dienste lassen, wenn in dessen Bezirk nicht binnen einem Jahre ein Aufstand losbräche. Wie weit diese Beschuldigungen durch die Untersuchung bestätigt wurden, ist mir unbekannt. Keine früheren Meinungsverschiedenheiten

mit Herrn v. Schleinitz waren Angst beigelegt. Ein Zurückgreifen auf diese Fälle halte ich nicht für geboten. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Weder den Oberleutnant v. Schleinitz noch den Hauptmann v. Grawert trifft irgend ein Schatten von Schuld. Beide sind hochverdiente Kolonialoffiziere, deren Scheiden aus dem Dienst wir nur bedauern können. (Lebhafter Beifall rechts.)

Staatssekretär Solf:

Ob ein Offizier oder Beamter im Kolonialdienst belassen werden kann, das zu entscheiden ist meines Amtes. Ich habe ein Verbleiben des Oberleutnants Herrn v. Schleinitz auf seinem Posten als Kommandeur der Schutztruppe im Interesse des Schutzgebietes nicht für angemessen gehalten, und die allerhöchste Militärstelle hat meine rein sachlichen Gründe gebilligt. Jene politische Momente haben nicht mitgespielt. Länger als sieben Jahre wird kein Offizier im Schutzgebiet gelassen, Herr v. Schleinitz hätte also so wie so alsbald aus dem Dienst scheiden müssen. In Anerkennung seiner Verdienste ist Herr v. Schleinitz als Oberst verabschiedet worden. Gegenüber Verhöhnungen, die auf Herrn v. Schleinitz selbst zurückzuführen sind, muß ich aber feststellen, daß über die Ausführungen der Kolonialverwaltung Generalmajor v. Glatenapp noch das Gouvernement der Kolonien unterrichtet worden sind. Auf Herrn v. Schleinitz bleibt die Verantwortung sitzen, daß er nach Kenntnis der Ausführungen nicht sofort energisch eingeschritten ist und nicht besonderen Bericht erstattet hat. (Hört! hört!)

Abg. Erzberger (Z.):

Ich bestätige, daß ich von dem Herrn v. Besenberger keinerlei Material gegen Herrn v. Schleinitz erhalten habe. Die Ausführungen des Abg. Dr. Arendt waren der denkbar schwerste Angriff auf die Kommandogewalt. (Sehr gut! im Zentrum, Unruhe rechts.)

Abg. Koos (Zg.):

Vor acht Jahren haben wir uns hier schon einmal über Justizskandale in Duala unterhalten. Damals waren die Duala, zum Teil dieselben, um die es sich jetzt handelt, zu sieben, acht und neun Jahren Kettenhaft verurteilt worden, weil sie eine Weisung an den Reichstag gerichtet hatten. Damals griff der Reichstag durch, Kaiser Wilhelms ordnete telegraphisch die Freilassung der Duala an und der schuldige Gouverneur v. Büttler sah die Kolonie nicht wieder. Wie ich schließlich benimmt sich heute im Vergleich zu damals der Reichstag? (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Fall Schleinitz ist noch lange nicht geklärt. Wir werden insbesondere prüfen müssen, wie weit die moralische Mitschuld des früheren Gouverneurs Herrn v. Besenberger geht. Haben Sie gewußt, daß die Kolonie selbständig im Zwischengebiet auf Kriegszug ohne Aufsicht ausgesandt wurden? Wir werden zum Scherz des Staatssekretärs auf den Fall noch gründlich zurückkommen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Mit meinem Material würde ich heute so wie so nicht fertig werden.

Abg. Erzberger (Z.):

Bei meinem Material über die dort von den Kolonialverwaltungen Schandthaten würde Ihnen Hören und Sehen vergehen. (Lebhafter Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Der Kolonialetat wird bewilligt.

Es folgt der Etat der

Reichspost- und Telegraphenverwaltung.

Abg. Zubeil (Zg.):

In meiner Rede vom 3. März d. J. ist mir ein bedauerlicher Irrtum unterlaufen, den ich zu berichtigen nicht ansehe. Nicht der Sanitätsrat Dr. Sand ist, wie ich irrtümlich ausgeführt habe, der Postvertrauensarzt, der die fonderbare Manipulation an den Postunterbeamten bei den Untersuchungen vornimmt, sondern der Postvertrauensarzt Dr. Seliger. Der Herr Staatssekretär hat im März behauptet, die Sozialdemokraten erhöhen die schwersten Beschuldigungen, bequemen sich aber erst auf mehrfache Aufforderung dazu, sie zurückzunehmen. Ich erwidere ihm: Ist eine Beschuldigung zu Unrecht erhoben worden, so haben wir sie stets aus eigenem Antrieb zurückgenommen. Das habe ich auch heute hiermit getan. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die von mir gerügten Missetaten sind nicht abgestellt worden. Wohl aber hat der Staatssekretär ein Strafverfahren wider Hübner eingeleitet und versucht, mich als Zeugen vernemen zu lassen. Diesen Versuch des Eingriffs in die verfassungsmäßigen Rechte der Abgeordneten weisen wir aufs schärfste zurück. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich beantrage, das Gehalt des Staatssekretärs zu streichen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. Lautes Lachen bei den bürgerlichen Parteien.)

Staatssekretär Kraetz:

Ich habe keine Angst für mein Gehalt. Aber vom Abg. Zubeil wollte ich nur die angeblich gefälschten Poststücke zurückhaben. Nun hat er gar keine gehabt. (Lachen bei den bürgerlichen Parteien.) Jedenfalls war es meine Pflicht, mich um die Poststücke zu kümmern.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.

Die Gehaltszulage der Landbriefträger.

Von der Sozialdemokratie ist der Antrag eingebracht worden, den Landbriefträgern eine einmalige Zulage von 100 Mark zu gewähren.

Abg. Haase (Zg.):

Nach der gestrigen Abstimmung über die Besoldungsvorlage und den Erklärungen des Bundesrats befinden wir uns in einer eigentümlichen Situation. Alle Parteien haben anerkannt, daß die Besoldung der Landbriefträger ungenügend sind und sofort eine Erhöhung eintreten muß. Trotz der Uebereinstimmung der gesetzgebenden Faktoren sollen nun die Landbriefträger nichts erhalten. Von platonischen Erklärungen werden sie nicht satt. (Sehr wahr! b. d. Sozialdemokraten. Zurufe rechts: Das hätten Sie gestern sagen sollen!) Nachdem die Besoldungsvorlage

durch die Schuld der Regierung scheitert,

müssen wir uns fragen, wie wir trotzdem den Landbriefträgern helfen. Der von uns vorgeschlagene Weg ist der einzige in diesem Augenblick mögliche. Zwar hat der Reichstag aus dem Besoldungsgesetz die Bestimmung hinausgehoben, daß Änderungen dieses Gesetzes durch den Etat erfolgen können. Aber das ist ja trotzdem nirgends verboten. Einmalige Zulagen können jedenfalls durch den Etat gewährt werden. Das steht gewiß nicht im Widerspruch mit dem Besoldungsgesetz, sondern setzt sogar eine endgültige Regelung durch eine neue Besoldungsvorlage voraus. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nun ist dem Reichstag das Recht bestritten worden, Etatspositionen zu erhöhen oder neue Ausgaben einzufügen. Dieses Recht hat der Reichstag konsequent in Anspruch genommen, und seine Auffassung wiederholt gegen die Regierung durchgesetzt. Schon am 20. Mai 1897 ist dies geschehen, obwohl Graf Posadowsky, der damalige Schatzsekretär, es als verfassungswidrig unzulässig bezeichnete. Obgleich er damals nicht so weit, auch einmalige Zulagen als unzulässig zu bezeichnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einem gleichgelagerten Falle erklärte der Zentrumsabgeordnete Herzold, daß die etatsrechtliche Kompetenz des Reichstags nicht bestritten werden könne und der Zentrumsabgeordnete Spahn sekundierte ihm, es beständen staatsrechtlich keine Bedenken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die gleiche Auffassung vertrat wiederholt der fortschrittliche Abgeordnete Gubrich und noch jüngst der nationalliberale Vizepräsident Dr. Haase. Unseren jetzigen Antrag hat am 19. März 1914 Abg. Erzberger bereits in der Budgetkommission angekündigt. Er hat damals gesagt, daß wenn die Regierung auf unbedingte Annahme der Besoldungsnovelle bestünde, der Reichstag das, was die

Regierung verweigere, eben in den Etat einsetzen müsse. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Standpunkt entspricht auch dem Wesen des Staatsrechts. Die Regierung hat mit einer Fähigkeit und Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten) einstimmig gefasste Reichstagsbeschlüsse zurückgewiesen. Nun ist der Reichstag in der glücklichen Lage, der Regierung seinen Willen aufzuzwingen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gibt es die gelegliche Möglichkeit, den Landbriefträgern zu helfen, dann hat der Reichstag auch die Pflicht, es zu tun. (Stürmisches Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zurufe rechts: Gesehm! Gesehm!) Gesehm handelte es sich darum, daß wir uns von der Regierung

nicht auf die Knie drücken lassen

wollten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind es uns schuldig, dieselbe Festigkeit und Rücksichtslosigkeit für die Wahrung der Volksinteressen zu beweisen, mit der die Regierung sie belämpft. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Weichen Sie zurück, so zeigen Sie die Regierung nur an, künftig Ihre Forderungen gar nicht mehr ernst zu nehmen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Unterbeamten werden für ihre Enttäuschung nicht nur die Regierung, sondern auch die Parteien verantwortlich machen, wenn wir ihnen nicht soweit helfen, wie das in unserer Macht steht. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewisse Staatsrechtler setzen nun auf dem Standrecht, daß eine Etatsbewilligung die Regierung nur zu einer Ausgabe ermächtigt, nicht verpflichtet. Bei einer früheren Gelegenheit hat hier der Schatzsekretär Freiherr v. Stengel erklärt, ein Staatssekretär, der trotz Ermächtigung durch die gesetzgebenden Faktoren seine Beamten auf Gehaltsverbesserung warten ließe, den möchte er sehen. Danach kann es uns ganz gleichgültig sein, ob die Regierung nur ermächtigt oder verpflichtet wird. Sollte die Regierung sich trotz unserer Ermächtigung weigern, den Landbriefträgern die 100 M. zu zahlen, so werden die Beamten noch besser als bisher wissen, was sie von der Regierung zu halten haben. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichsschatzsekretär Kühn:

Jetzt verstehe ich aber nicht mehr, warum Sie gestern mit solcher Festigkeit das Kompromiß belämpft haben. Das gab Ihnen ja mehr, als Sie heute fordern. Offenbar handelt es sich Ihnen weniger um den materiellen Inhalt, als um die staatsrechtliche Seite des Antrags. (Sehr gut! rechts, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Sie verlangen die konstitutionelle Gleichberechtigung des Bundesrats zu durchbrechen. Dem kann sich die Regierung unter keinen Umständen fügen. Im geschichtlichen Sinne handelt es sich hier nicht um Zulagen, sondern um eine Gehaltsaufbesserung. Die können aber nicht durch den Etat bewilligt werden. Die Verbündeten Regierungen müssen es ablehnen, sich gegen das Besoldungsgesetz zu verheben. Im Interesse des Etats bitte ich Sie um Ablehnung des Antrags. (Bravo! rechts.)

Abg. Spahn (Z):

Die Besoldungsvorlage läßt den sozialdemokratischen Antrag nicht zu. Anherden halten wir daran fest, daß die Gehaltsaufbesserungen für die beschriebenen bedürftigen Beamtenklassen nur gleichzeitig erfolgen darf. Wir lehnen also den Antrag ab.

Abg. Fischbed (Rp.):

Auch uns ist das Verhalten der Sozialdemokraten angefaßt ihrer gestrigen Abstimmung unverständlich. Ihre jetzige Haltung zeigt weder Konsequenz noch Mut. Sie wollen nur sehen, wie Sie aus der Sache herauskommen, und da greifen Sie eine einzelne Beamtengruppe heraus. Das fürchte man, daß Herr Haase sagte, wir müssen Mut haben. (Heiterkeit.) Ein netter Mut des Herrn Haase. (Laute Heiterkeit bei den bürgerlichen Parteien.) Sie wollen nur den Beamten gegenüber aus ihrer jetzigen Tapferkeit herauskommen. (Großer Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Die Landbriefträger könnten es ja verteuert übernehmen, wenn sie nun gar nichts erhalten. Diejenigen Beamtenkategorien, die bei den Wahlen nicht viel Stimmen abzugeben haben, existieren für Sie nicht. Sie nehmen nur diese Kategorien heraus, deren Stimmen erheblich ins Gewicht fallen können. (Erneuter Beifall bei den bürgerlichen Parteien.) Eine eigentümliche Situation: Sie stellen immer Anträge für die Beamten, stimmen aber nur dann mit Ja, wenn tatsächlich für die Beamten nichts herauskommt. Ungeheuerhaft hat der Reichstag das Recht, den Etat zu ändern und Summen hinzuzusetzen. Aber um diese staatsrechtliche Theorie handelt es sich nicht, sondern um die tatsächliche Wirkung. Nichts wäscht Sie von dem Vorwurf ab, gestrichen die Gelegenheit verläßt zu haben, wo wirklich etwas für die Beamten zu erreichen war. Dafür werden Ihnen die Beamten nicht gerade Dank wissen. (Stürmischer Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Graf Posadowsky (wid):

Vom staatsrechtlichen Standpunkt aus halte ich es für sehr bedenklich, wenn ein Parlament über die Forderungen der Regierung hinausgeht. Es ist nicht die Aufgabe des Parlamentes, die Ausgaben des Etats zu erhöhen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren, lassen Sie mich doch meine Anschauungen vertreten! Geben Sie mir Gehaltsfreiheit! (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe diesen Standpunkt, den ich jetzt zum Ausdruck bringe, auch stets als Staatssekretär vertreten. Der sozialdemokratische Antrag ist ein Versuch, der monarchischen Gewalt die Exekutive zu entreißen. Und die Verantwortung wollen Sie den bürgerlichen Parteien zuschieben, die Sie sich fortwährend die hohle Zeremonie der Budgetverweigerung leisten. (Stürmische Zurufe bei den bürgerlichen Parteien, erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten: 12.000 M.)

Abg. Haase (Zg.):

Die Ausführungen des Abg. Fischbed (Zuruf rechts: Die Ihnen sehr mißfallen haben!) stehen in eigenartigem Gegensatz zu der Haltung gerade derjenigen seiner Fraktionsgenossen, die in besonders engen Beziehungen zu den Beamtenorganisationen stehen. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Worauf anders lief denn die ganze Rede des Abg. Fischbed hinaus, als auf

eine Verherrlichung des Unfalls.

(Wiederholte Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung bleibt fest, sagt man. Warum bleibt sie fest? Weil sie eben weiß, daß Herr Fischbed und seine Freunde im entscheidenden Augenblick immer umfallen. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten, heftiger Widerspruch bei den Liberalen.) Das ist das Verhängnis des bürgerlichen Liberalismus, daß er immer und immer wieder vor einem Konflikt mit der Regierung zurücktritt und umnickt. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Stürmische Zwischenrufe bei den Liberalen. Wiederholte Schlußrufe rechts. Ihre Schlußrufe beweisen nur, wie unbedeutend Ihnen diese Debatte ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man wirft uns vor, daß wir eine Beamtenkategorie herausgehoben haben. Wir haben diese Kategorie herausgehoben, weil sie die bedürftigste ist. (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Unser Schaben ist es nicht, wenn andere Parteien nicht die Konsequenz aus den Beschlüssen bei der dritten Lesung der Besoldungsvorlage ziehen. Wir werden im Lande den Wählern die Vorgänge darlegen und wir sind überzeugt, daß viele Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei in dieser Frage nicht den Standpunkt des Abg. Fischbed, sondern den der Abg. Straube und Gubrich teilen werden. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fischbed (Rp.):

Die Rede des Abg. Haase war kein Zeugnis des Mut, sondern ein solches der Furcht. (Sehr wahr! bei den bürgerlichen, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Unsere Freunde Straube und

Gubrich denken nicht daran, das — Kasenpanier zu ergreifen. (Große Heiterkeit.)

Abg. Ledebour (Zg.):

(Mit Lärm und Murren von den Kompromißparteien empfangen.) Die Rede des Abgeordneten Fischbed gewinnt erst ihre rechte Bedeutung, wenn man die Vorgeschichte der Besoldungsvorlage kennt. Mit der größten Empfindung — wie sie selbst Herr Fischbed heute nicht schöner aufbringen konnte — haben die Vertreter der bürgerlichen Parteien erklärt, unter keinen Umständen unter die Beschlüsse zweiter Lesung hinabgeben zu wollen. Und jetzt diese Angst! So imponiert man nicht den hartgesottenen Bürokraten! (Lebhafter Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Jetzt ist ja sogar mit der

Auflösung des Reichstags

gedroht worden. Nun, man kann und soll niemand daran hindern, sich zu blamieren! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten — Ironischer Beifall rechts — Unruhe im ganzen Hause.) Und dann kommt noch der Graf Posadowsky und erzählt mit distinkter Massendromie, man dürfe der Regierung nicht mehr bewilligen, als sie fordert. Warum hat der Graf nicht dasselbe getan, als gegen den Willen der Regierung 10 Millionen für die Kustallinie bewilligt wurden? Warum hat er nicht auf diesem Rhodus getan? (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Seinen Mut hätte der Graf Posadowsky damals beweisen können, als er hier saß und sich über die 12.000 M. ausschwieg. (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten — Lärm und Hysterie rechts.)

Abg. Graf Posadowsky (wid):

Ich habe in der 12.000 M. Angelegenheit nicht geschwiegen, sondern die volle Verantwortlichkeit übernommen. (Sehr wahr! rechts.) Wir alle bedauern die Ausübung der Frage und den Verlust der Landbriefträger, aber hier handelt es sich um das Recht der Exekutive gegenüber der Legislative, und die geht uns höher als ein paar Millionen für Landbriefträger. (Bravo! rechts.)

Abg. Gothein (Rp.):

Die Sozialdemokratie hat ja gestern furchtbar konsequent gehandelt; nur die imponierende Wirkung auf die Bürokratie ist ausgeblieben. (Sehr gut! bei den Liberalen.) Die Sozialdemokraten sind dem Zentrum auf den Leib gefahren. Sie sind überhaupt die Hörsen des Zentrums. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die schwerste Schuld trifft die Regierung. Die Schuld liegt darin, daß wir keine parlamentarische Regierung haben.

Abg. Haase (Zg.):

erwidert auf eine Bemerkung des Vorredners, daß er keineswegs einen Keil in die Volkspartei treiben wolle. Die offene Abstimmung von Abgeordneten zu kritisieren, ist einwandfrei. Unser Antrag bedeutet in keiner Weise einen Rückzug gegen gestern. Unser Antrag sagt doch, daß die Zulage wegfällt, sobald die Besoldungsordnung in Kraft tritt. Unser Verhalten gegenüber dem Zentrum mag Herr Gothein uns überlassen, wir richten uns nach niemandes schönen Augen, sondern nur nach unserem Programm, und unsere Taktik wird von ihm bestimmt. Unsere Entscheidung wird immer nur nach sachlichen Gesichtspunkten gefällt. Ist die Volkspartei nicht jahrelang im Block mit den konservativen Reaktionsären gewesen? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ohne Fischbeds Angriff wäre ich nicht zu der Erklärung genötigt, daß genau so wie alle bürgerlichen Parteien auch das Zentrum jetzt die Beamten im Stich läßt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Spahn (Z):

polemisiert gegen Gothein und meint, die Sozialdemokraten seien, wenn überhaupt, so dank den Fortschrittlichen in die Hörsigkeit geraten.

Abg. Ledebour (Zg.):

weist sowohl die Behauptung Gotheins als die Spahns als deren hypothetische Nachbeter (Heiterkeit) zurück. Gesehm beschuldigen die Schwarzblauen im Abgeordnetenhaus die Fortschrittler der Hörsigkeit von der Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Das habe ich heute zurückgewiesen. Trotzdem werfen und die Fortschrittler jetzt vor, wir gingen vom Zentrum ab, weil wir uns in der Sache mit ihm begegnen. Kann es denn hier bei acht Parteien eine föhndige geschlossene Mehrheit geben? Alle Parteien gruppieren sich hier jeden Tag anders. Warum hätte ich Herrn Gothein besseren Geschnad ausgetruht, als eine solche Behauptung aufzustellen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag (Landbriefträger) wird gegen die Sozialdemokraten abgelehnt.

Ueber die Wiederberufung der Ostmarkenzulage (Antrag der Reichsgruppe) wird auf Verlangen der Sozialdemokraten namentlich abgestimmt, nachdem der Staatssekretär Kraetz für den Antrag gesprochen und Abg. Dr. Seyda (Rp.) ihn bekämpft hat.

Mit Nein stimmen die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Polen und Elsässer; mit Ja die Konservativen, die Reichsgruppe, Deutschösterreichischen und Fortschrittler. Ergebnis: Ablehnung mit 201 gegen 131 Stimmen.

Etat der Reichseisenbahnen

fährt

Abg. Haase (Z):

Klage über Verletzungen des Koalitionsrechts auch gegenüber den nationalen Organisationen. Der brutale Herrenstandpunkt der Unternehmer, die nur von Staatsausgaben leben, muß gebrochen werden. Aber der Minister v. Treitler hat jeden Schutz der Koalitionsfreiheit abgelehnt. Wir verlangen, daß die Reichseisenbahnverwaltung sich der gemahregelten christlichen Metallarbeiter der elsässischen Waggonfabriken annimmt. (Beifall.)

Der Etat wird genehmigt. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch, 10 Uhr. (Rest der heutigen Tagesordnung, Gesamtabstimmung über den Etat.) Schluß 9 Uhr.

Marktpreise von Berlin am 18. Mai 1914, nach Ermittlungen des k. k. Polizeipräsidiums. Reis (mitrd), Ratal 0,00—0,00, Donau 0,00—0,00, Reis (runder), gute Sorte 15,40—15,70, Nichtstroh 0,00 bis 0,00, Heu 0,00—0,00.

Marktpreislisten. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 24,00—25,00. Schellbohnen, weiße 35,00—40,00. Linsen 40,00—50,00. Kartoffeln (kleinbl.) 4,00—7,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Krone 0,00—0,00. Rindfleisch, Schmalz 0,00—0,00. Schweinefleisch 0,00—0,00. Kalbfleisch 0,00—0,00. Hammelfleisch 0,00—0,00. Butter 2,40—2,80. 60 Stück Eier 3,20—4,80. 1 Kilogramm Rindfleisch 1,20—2,20. Salz 1,80—3,20. Bänder 1,60—3,20. Dichte 1,40—2,80. Wäsche 1,00—2,00. Schale 1,40—3,20. Mehl 0,80—1,60. 60 Stück Mehl 3,00—4,20.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 18. 5.		am 17. 5.	
	am	seit	am	seit
Wemel, Elbt	187	-5	187	-5
Wemel, Ansbach	21	-6	21	-6
Wielitz, Elbe	202	+48	202	+48
Dier, Ralbitz	199	0	199	0
Kraffen	109	+1	109	+1
Frankfurt	114	+3	114	+3
Waltze, Schimm	90	-4	90	-4
Landsberg	35	-4	35	-4
Rehe, Bordanum	18	-5	18	-5
Elbe, Leimberg	20	+1	20	+1
Dresden	-112	+8	-112	+8
Barth	141	-4	141	-4
Ragdeburg	111	+1	111	+1
Wasserstand	am 18. 5.		am 17. 5.	
Saale, Gochau	98		98	
Dabel, Gochau	40		40	
Wilschowitz	38		38	
Spreew, Spremberg	84		84	
Bastow	80		80	
Weser, Ständen	148		148	
Winden	247		247	
Aheia, Magdalenbau	246		246	
Raub	333		333	
Ahn	336		336	
Rekar, Weißbrom	104		104	
Rain, Hanau	160		160	
Wosel, Trier	80		80	

) + bedeutet Zufluß, — Fall, —) Unterpegel.

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Lagerarbeiter Gustav Schütke...

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlstelle Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Korbmacher Adolf Matthäi...

Deutscher Buchhändler-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Kollege Anton Fikal...

Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin. Am 17. d. Mts. verstarb unser Mitglied Frau Anna Roesener...

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie die Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters Franz Hubrich...

Mohrenstr. 33 Kolonnenstr. Gr. Frankfurterstr. 115 Trauer-Magazin Kleider, Hüte etc. Außerste Preise Farbige Konfektion in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen Westmann

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Werkzeugmacher Emil Brasche...

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Otto Röder...

Terrassina-Genossenschaft G. m. b. H. Am Sonntag, den 17. Mai, schied einer der Besten aus unserer Reihen, der Genosse Bürger Friedrich Krüger...

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters Martha Scherfke...

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters Fritz Rettig...

Frank A. Borchardt, Friedrichstr. 115, Grand-Lot, Tel. No. 10634, neu! Grad-, Smocking-, Gehrock-Anzüge in verschied. Preislagen. bis z. eleganten Genre. Sehr große Auswahl. Maß. Preise. Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, dauerhaft, Kosten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, 1. (Stadth. Biers.) Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek Jedes Heft 20 Pfg.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 20. Mai 1914. Anfang 5 Uhr. Vossage-Theater. Amu-Variété. Anfang 8 1/2 Uhr. Eines Hollendorfer-Theater. Histoire d'un Pierrot. Anfang 7 1/2 Uhr. Rgl. Cvernhaus. Der fliegende Holländer. Rgl. Schauspielhaus. 1912. Deutsches. Othello. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen. Anfang 8 Uhr. Urania. Dr. Beech: Zehnjährige aus der Luft. Deutsches Cvernhaus. Sigismund. Anfang 8 1/2 Uhr. Komödienhaus. Kommerzmusik. Berliner Theater. 8 Uhr: Zum 225. Male: Die einst im Mai. Friedrich-Wilhelmst. Theater. Anfang 8 1/2 Uhr. Die Förster-Christl. Theater am Nollendorfplatz 5. 8 Uhr: Der Juxbaron. Residenz-Theater. Anfang 8 1/2 Uhr. Jeannettes Dunkelkammer. Theater an der Weidenbammer Brücke. Der müde Theodor. Walhalla-Theater. Die Dollarprinzessin. Anfang 8 1/2 Uhr. Urania. Zum Hochfirt der Jungfrau. Neues Volkstheater. Maria Friedhammer. Admiralspalast. Im Tangoklub. Anfang 9 Uhr. Berliner Eispalast. Eiskabell. Vorur auf Urlaub. Eines Hollendorfer-Theater. Histoire d'un Pierrot. Sternwarte. Jnnalidenstr. 57-62

Schiller-Theater O. Wallner. Mittwoch, abends 8 Uhr: Das große Licht. Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: Geschäft ist Geschäft. Donnerstag, abends 8 Uhr: Klein Eva. Freitag, abends 8 Uhr: Das große Licht. Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Compagnon. Donnerstag, nachmittags 3 Uhr: Rosenmontag. Donnerstag, abends 8 Uhr: Ueber unsere Kraft (I. Teil). Freitag, abends 8 Uhr: Klein Eva. Theater in der Königgrätzer Straße. Täglich 8 Uhr: Mr. Wu. Komödienhaus. 8 1/2 Uhr: „Kommerzmusik“. Berliner Theater. 8 Uhr: Zum 225. Male: Die einst im Mai. Friedrich-Wilhelmst. Theater. Anfang 8 1/2 Uhr. Die Förster-Christl. Theater am Nollendorfplatz 5. 8 Uhr: Der Juxbaron. Residenz-Theater. Anfang 8 1/2 Uhr. Jeannettes Dunkelkammer. Theater an der Weidenbammer Brücke. Der müde Theodor. Walhalla-Theater. Die Dollarprinzessin. Anfang 8 1/2 Uhr. Urania. Zum Hochfirt der Jungfrau. Neues Volkstheater. Maria Friedhammer. Admiralspalast. Im Tangoklub. Anfang 9 Uhr. Berliner Eispalast. Eiskabell. Vorur auf Urlaub. Eines Hollendorfer-Theater. Histoire d'un Pierrot. Sternwarte. Jnnalidenstr. 57-62

Sozialdemokratischer Wahlverein Spudendorf bei Großbeeren. Morgen Donnerstag (Himmelfahrtstag): 2. Stiftungsfest. Parteigenossen und Freunde werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. 902/10* Der Vorstand.

Brauerei Friedrichshain. Mittwoch, den 20. Mai 1914, abends 8 Uhr: Vokal- und Sinfonie-Konzert des Gesangsvereins Kreuzberger Harmonie. Mitgl. des D. A. S. B. und Mitwirkung des Blüthner-Orchesters. Dirigent (Chor und Orchester): Franz Bothe. Einlaßkarten im Vorverkauf a 30 Pf. bei d. „Vorwärts“-Speditoren Zucht, Immanuelkirchstr. 12, und Manisch, Ackerstr. 174.

Reederei Kahnt & Hertzner. Fernspr. Königl. 9062. Waisenbrücke: Morgen Himmelfahrt: Frühjahrsfahrt nach Teupitz hin u. zur. 2 Kl. 8 1/2, u. Krampenburg-Ziegenhals hin u. zur. 7 1/2, einl. 2 Kl. 5 1/2, 2 Kl. 50 Pf.

Dampferfahrt mit Musik nach Woltersdorfer Schleuse. Abfahrt mittags 9 Uhr und 2 Uhr nachmittags. Fahrgehalt hin und zurück 1,00 M. Rückes die Hälfte. Reederei Ried, Haldensteinstraße 48. Fernsprecher: Npl. 8197.

SPREE-HAVEL-GESELLSCHAFT. Himmelfahrt, den 21. Mai sowie jeden Sonntag. Vorm. 9.00 von Berlin (Weidend. Br., Bf. Friedrichstr.) nach Potsdam (1,55 hin und zurück). 11.35, von 1.07-7.07 (Händl. Tourneerverkehr bis Potsdam). 10.00 Potsdam 8.00 und 10.00 nach Caputh, 9.00, 10.15 und 11.00-7.00 stündlich nach Ferch und von 1.00-1.30 halbstündlich bis Caputh. 10.00 Potsdam 11.00. 10.00 Potsdam 11.00. 10.00 Potsdam 11.00. 10.00 Potsdam 11.00.

Gesellschaftshaus Fichtenau. Jeden Sonntag: Erstklass. Künstlerkonzert bei freiem Eintritt. Im Parkteil: Großer Ball. Schattiger Garten. Zwei Regelparkbahnen. Ausspannung. [43492*] Achtung! Schmöckwitz. Es gibt nur ein „Gasthaus zur Palme am Seddinsee“. Endstation der Sternampfer-Linie Grünau-Schmöckwitz und der Grünau-Schmöckwitzer Uferbahn, herrlich an der neuen Zugbrücke und am Walde gelegen. Vorlesen und Gesellschaften bestens empfohlen. An Wochentagen stelle Partien von mindestens 200 Personen Beteiligung das gesamte Lokal zur Verfügung. Hermann Peter.

URANIA. Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Dr. Weerth: Zeichnung aus der Luft. 8 1/2 Uhr: Zum Hochfirt der Jungfrau.

Zoologischer Garten. Heute nachmittags 4 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert. Eintritt ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Morgen am Himmelfahrtstag morgens 6 Uhr ab: Großes Militär-Früh-Konzert. Die Wagen der Straßenbahn verl. auf allen nach dem Garten führenden Linien ab 5 Uhr früh, d. h. die Tage der Stadt- u. Untergrundbahn. Aquarium. Von 9 Uhr morg. bis 10 Uhr abebb. Eintr. a. d. Straße 1 R., a. Zoo 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

WINTERGARTEN. Neues Programm: Radjah. in ihren Tänzen Johnson u. Dean Jeanette Donarber Ragtime mit ihrem Sextett Ballon und eine Auslese hervorragender Kunstkräfte! Entreeplatz wochentags M. 0.60. - Rauchen gestattet! - Apollo-Theater. 8 Uhr. Tel.: Lützow 2787. 8 Uhr Otto Reutter u. das übrige Mai-Variétéprogramm. Rauchen gestattet! Metropol-Theater. Abends 7 Uhr 55 prägnant: Die Reise um die Erde in 40 Tagen. Morgen nachmittags 3 Uhr: Ein Blitzmädel. Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Der Luftturner. Das Karnickel. Das Erdbeben. Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Die Notbrücke.

Zirkus Busch. Gastspiel des Deutschen Theaters. Direktion: Max Reinhardt. 68/19* Das Mirakel. Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf an der Kasse des Deutschen Theaters, Zirkus Busch und A. Wertheim. Preise der Plätze von 1-10 M.

Admiralspalast. Eis-Arena. Die Novität „Im Tangoklub“ und das effektvolle Eisballett „Die lustige Puppe“. Bis 6 Uhr und ab 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise. Wein- und Bier-Abteilung. Voigt-Theater. Sadstraße 38. Mittwoch, den 20. Mai: Abschiedsvorstell. f. d. Mittwochs-Abendkonzert: Der Liebe Erwachen. Schauspiel in 5 Akten von Fr. Halin. Schlussfassung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Sommertheater Urania, Wagnersplatz 11. Täglich: Spezialitätentheater und Kino im Garten. 2000 Sitzplätze. 21485*

Passage - Panoptikum. Lebend! Die letzten weiblichen Azteken! Der unfesselbare Rappo, der König der Aushrecher. Aga, die schwebende Jungfrau. Buddha Geisterlief. Alles ohne Extra-Entree! Eintr. 50 Pf. Kind. u. Sold. 25 Pf.

Berliner Humor-Quartett. W. Watzky. Oderberger Str. 38. Für den Inhalt der Quartette übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut. Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383. Mittwoch, 8 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Donnerstag, 8 Uhr: Schneider Wibbel.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin. ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Kino-Königin. Donnerstag: Großes Garten-Musiker-Konzert. 2 Gesangsvereine, Theatervorstellung. Reichshallen-Theater. Steffiner Sänger. Herr Direktor Kuhlicke. Burleske von Regiel. Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut. Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383. Mittwoch, 8 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Donnerstag, 8 Uhr: Schneider Wibbel.

Walhalla-Theater. Weinbergsweg 19/20. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Dollarprinzessin. ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Kino-Königin. Donnerstag: Großes Garten-Musiker-Konzert. 2 Gesangsvereine, Theatervorstellung. Reichshallen-Theater. Steffiner Sänger. Herr Direktor Kuhlicke. Burleske von Regiel. Anfang 8 Uhr, Sonntags 7 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

24. Sitzung, Dienstag, den 19. Mai 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Breitenbach, Lenge.

Dritte Beratung des Etats.

Eisenbahnetat.

Abg. Dr. Runge (Sp.)

Beklagt, daß die Arbeiterauschüsse vielfach nur Dekorationsstücke seien, menden sich gegen die Einschränkung des Beschwerderechts und bespricht Forderungen der Eisenbahnarbeiter.

Abg. Dr. Wagner (ft.)

Bespricht Angelegenheiten der Krankenlassenärzte im Direktionsbezirk Breslau.

Minister v. Breitenbach

hofft, daß es zu einem Friedensschluß kommt und erwidert auf frühere Ausführungen Dr. Friedbergs, daß der literarisch-wissenschaftlichen Betätigung der höheren Beamten keine Schwierigkeiten gemacht werden, wenn nur darunter der Dienst nicht leidet.

Abg. Krause-Waldenburg (ft.)

trägt lokale Wünsche vor.

Abg. Dr. Gottschalk

wendet sich gegen die Beschränkung politischer Schriftsteller der Beamten über die Kabinettsorder hinaus.

Abg. Gronowski (S.)

trägt Beamten- und Arbeiterwünsche vor und verlangt Sicherung des Koalitionsrechts der Arbeiter in den Verträgen der Eisenbahnverwaltung mit den Unternehmern, was Minister v. Breitenbach ablehnt.

Abg. Leinert (Soz.)

Da sieht man wieder einmal die Parität der Eisenbahnverwaltung, die ja auch der mit ihr in Verbindung stehenden Transportunternehmungen aufträgt, daß sie organisierte Transportarbeiter nicht beschäftigen dürfen! Der hier schon eingehend besprochene Streit in den Linke-Hofmann-Werken in Breslau ist ausgebrochen, weil die Arbeiter sich — wie von verschiedenen Behörden anerkannt worden ist, mit Recht — Lohnreduzierungen nicht gefallen lassen wollten, die die Direktion auf Preisreduktion der Eisenbahnverwaltung zurückführt. Ich frage den Minister, was daran ist und ob dieser Vorwurf gegen die Staatsverwaltung berechtigt ist. Auch in Erfurt begründet eine Maschinenfabrik die Lohnabzüge mit angeblichen Preisherabsetzungen durch die staatliche Verwaltung. Die Eisenbahnverwaltung hat doch ein Interesse daran, aufzuklären, ob sie wirklich an Lohnreduzierungen schuld ist, wie das von den Direktionen dieser Werke behauptet wird. Gleich dem Abg. Gronowski hätte auch ich eine große Reihe von Wünschen der Arbeiter und Angestellten vorzutragen, namentlich über die Auslegung der neuen Lohnordnung, ich begnüge mich aber damit, auf die Klage des Organs der Lokomotivführer über Arbeitszeitverlängerungen hinzuweisen, durch die eine Anzahl Beamter als überzählig hingestellt werden. Die neue Lohnordnung ist noch lange nicht überall durchgeführt und in Vergordung bei Hamburg wird sie so ausgeführt, daß der Höchstdienst um sechs Mark niedriger ist, als er sein sollte. Der

Sparersitz des Ministers

wird vielfach zum Schaden des reisenden Publikums ausgelegt, so daß auf manchen Bahnhöfen, z. B. Hamburg und Goslar, die Vorkausfolgung infolge Personalmangels arg verzögert wird. Den kulturellen Aufgaben der Eisenbahn entspricht es keineswegs, wenn man die Arbeiterwachen einschränkt. Dem Bund der Landwirte werden alljährlich billige Getreide nach Berlin zur Verfügung gestellt, auch die staatlich geförderte Jugendfürsorge erhält Fahrpreisermäßigungen.

Man hat auch Fahrpreisermäßigungen für Arbeiter und Angestellte zur Verbundausstellung in Köln gewährt, wahrscheinlich allerdings nur, weil man sie sonst den selbständigen Handwerklern nicht hätte gewähren können. Die Ansuchen der Organisations der Arbeiter und Angestellten in den graphischen Gewerben um Gewährung ermäßigter Fahrt zur internationalen Buchgewerbeausstellung in Leipzig sind aber abgelehnt worden! Ebenso habe ich es für einen Schlag gegen die freie Gewerkschaftsorganisation, daß man im Gegensatz zu früher diesmal dem Metallarbeiterverband in Düsseldorf einen Sonderzug zu ermäßigtem Preise verweigert hat.

Redner bespricht weiter mehrere schwere Unglücksfälle, die sich im Bahnbetriebe in der Provinz Hannover ereignet haben.

Über die politische Erziehung der Eisenbahnarbeiter durch die Verwaltung im Schwarzblauen Sinne hat sich auch ein nationalliberales Blatt beklagt, seine Parteigenossen hier aber haben nichts dagegen. Der Abg. Waldmann hat leghin hier die Sozialdemokratie des Terrorismus gegen die Eisenbahner beschuldigt. Gibt es einen größeren Terrorismus als die von den Konservativen aufrecht erhaltene öffentliche Wahl? Und wurden nicht in Salzwedel-Gardelegen sämtliche Eisenbahnarbeiter zur Unterstützung durch den Redakteur des konservativen Kreisanzeigers kommandiert, um den Arbeiter herauszufinden, der wegen Besuchs einer sozialdemokratischen Versammlung denunziert worden war? Sogar der nationalliberale „Deutsche Bauernbund“ schrieb damals, daß die Arbeitervilligen allerdings geschäftet werden müßten — aber vor konservativen Denunziationen. Hier im Hause freilich rufen die Nationalliberalen am lautesten nach dem Arbeitervilligen schutz. (Abg. Meppen [L.]: Wie war es denn bei Ihrer Wahl?) Wie läßt man keinen Terrorismus, aber kann man es einem Arbeiter verdenken, wenn er einen Wähler seiner Feinde nicht unterstützen will? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Welche Partei ist denn frei vom Terrorismus? Erst jüngst ist in einem Hamburger Gerichtsurlteil der Zentrumsterrorismus bestätigt worden. — In der zweiten Lesung hat der Minister mich aufgefordert, meine Bemerkungen über den Vorkausfolger in Seelze, der durch Verlängerung der Arbeitszeit und schlechte Behandlung der Leute die Zustände bedeutend verschlechtert hat, außerhalb des Hauses zu wiederholen. Das werde ich zurück. (Lärm rechts.) Als Abgeordnete haben wir zu sagen, was wir für nötig halten. Der Minister sagte damals, ich solle die Beurlaubung drohen wiederholen, damit alles klargestellt werden könne. Das deutet allerdings darauf hin, daß der Minister zu den Untersuchungen seiner Verwaltung nicht völlig Vertrauen hat! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Ich erkläre übrigens, daß ich den betreffenden Beamten keineswegs persönlich beleidigen wollte und daß ich es bedauere, wenn meine Worte so gedeutet hätten. Auf Grund der Mitteilungen von Beamten und Arbeitern in Seelze habe ich aber von meinen sachlichen Ausführungen nichts zurückzunehmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Minister v. Breitenbach

erklärt, daß die durch einen Kommissar vorgenommene Untersuchung in Seelze keinerlei Grund zu einer Beanstandung des richtigen Vorkausforderers ergeben hat. Abg. Leinert gibt das, was ihm zugeht, mit, ohne weiteres als bare Münze weiter und auf Grund von Zeitungsnachrichten erheben die Sozialdemokraten schwere Be-

schuldigungen gegen die Beamten. Der Minister erklärt auch die übrigen Ausführungen Leinerts als ungerechtfertigt.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Leinert

weist nach, daß der Minister seine Ausführungen über den Streit bei Linke-Hofmann völlig mißverstanden hat.

Abg. Hue (Soz.)

behauptet, daß der Minister die von ihm schon in zweiter Lesung gewünschte Aufklärung über diesen Fall nicht gegeben hat.

Der Eisenbahnetat wird bewilligt, es folgt der Etat der Bauverwaltung, und zwar die

Opernhausfrage.

Ein konservativ-freikonservativ-fortschrittlicher Antrag will den in zweiter Lesung abgelehnten Beschluß der Budgetkommission wieder herstellen und 500 000 M. als erste Baarrate unter den bekannten Bedingungen für die Ausführung des Hofmannschen Entwurfs in den Etat einstellen. Abg. Frhr. v. Raigahn (L.) beantragt namentliche Abstimmung hierüber.

Abg. Dr. Dieblich (Soz.)

wendet sich gegen die die Ausbreitung der Kunstkultur hindernde Willkürpolitik des Königl. Opernhouses, in dessen Neubau ein Riesenaufwand für Hofkunst zu gede getrieben werden soll. Wir aber wollen die Fortentwicklung der Architektur und die Pflege der Oper auch dort unterstützen, wo diese Kunst leider noch nur den oberen Hundstausend zugute kommt. Freilich will man diesen gewaltigen Aufwand in einer Zeit, wo man für die dringendsten Verbesserungsaufstellungen kein Geld hat und wo Preußen im Reiche der Sozialpolitik entgegenwirkt. Wir können dem Opernhausneubau nur unter der Bedingung zustimmen, daß die Regierung ihre Pflichten auch gegenüber der Masse erfüllt, billige Preise schafft und Volksvorstellungen einführt. Ein solcher Bau wird für Generationen geschaffen und wir sind überzeugt und hoffen, daß dieses Haus noch zu einer Zeit stehen wird, wo es den Charakter eines Hofopernhouses verloren haben wird (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Große Heiterkeit) und wo die Prunkräume der Allgemeinheit der Bevölkerung dienen werden. (Der Präsident ruft den Redner wegen der Andeutung, daß Preußen einmal keine Monarchie sein könnte, zur Ordnung!) Unter der Voraussetzung, daß die Baubehörde bei ihrer nachmaligen Prüfung des Entwurfs auf die Volkswohlfahrt und die Zugänglichmachung der Kunst für die breite Masse Rücksicht nehmen wird, stimmen wir dem vorliegenden Antrag zu. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiterer Debatte wird der oben erwähnte Antrag in namentlicher Abstimmung mit 218 gegen 145 Stimmen angenommen.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Dr. v. Krause wird der Präsident ermächtigt, die Regierung von der Resolution freizig, die in der zweiten Lesung angenommen worden war, und dem heute angenommenen Antrage entgegenzusetzen ist, keine Mitteilung zu machen.

Der Etat wird angenommen, es folgt der

Etat des Ministeriums des Innern.

Abg. Dr. König (S.)

begründet einen Antrag seiner Partei, nach dem die Regierung Vorsorge für Hypothekendarlehen an Staatsarbeiter oder geringbesoldete Staatsbeamten übernimmt.

Abg. Dertel (natl.)

fordert Reduktion des Weingeleges von 1900 und klagt über die Not der Singer und des Weinhandels.

Unterstaatssekretär Drews:

Der Wohnungsfrage werden wir unsere Fürsorge widmen. Ueber die Auslegung des Weingeleges herrscht noch nicht volle Klarheit.

Abg. H. Hoffmann (Soz.)

bespricht die Ausweisung der Genossin Palabanoff und des in Preußen geborenen Weig, Vaters von zehn Kindern, der aktiv zwei Jahre gedient, Referendaturen gemacht und stets keine Steuern bezahlt hat. Auch die Ausweisung zweier jungen dänischen Künstlerinnen aus Nordschleswig, die in Konzerttätigkeit unter Gendarmenorte aus Preußen hinausgeschickt wurden, beweist, daß Preußen kein Kulturland ist. In Holland haben Professoren ein Komitee gegen die nordschleswigsche Polizeiwirtschaft gegründet — glauben Sie, daß Sie auf diese Weise Ihre im Ausland einlegen? Da möchte man sich schon mit Giesberts schämen, ein Preuze zu sein! Gegenüber der Arbeiterjugendbewegung kann der Minister v. Loebell die einst von ihm als ehrlichem Mäler versprochene lokale Handhabung des Vereinsgesetzes beweisen! Gegen Jugendverrohung hilft nur Bildung und Wissen — die Polizei stört aber wissenschaftliche Vorträge in brutalster Weise. Sie haben sich über die Schändung des Kaiser-Friedrich-Denkmales entrüstet; wir verurteilen diese unsinnige und bei der Persönlichkeit Kaiser Friedrichs erst recht unbegründete Tat. Aber zu der Hege der Schamfächerpresse liegt doch gar kein Grund vor. Die „Post“ schreibt ja gar von Majestätsbeleidigung — sie und ihr heimlicher Chef v. Sedlitz sind ja besonders

Autoritäten für Majestätsbeleidigung:

Sie mit Ihren Artikeln über „Frauenzimmerpolitik“ und über den Kaiser! Man will damit nur die Richter scharf machen, damit sie die Täter jahrelang ins Zuchthaus stecken. Bei der goldenen Jugend würde man statt von Denkmalerschändung von Studentenunfl sprechen und sich nicht weiter rühren, auch keine Ergreifungsprämie aussetzen, wie damals bei dem Studentenunfl in der „Puppenallee“.

Wir haben selbst unter dem Sozialistengesetz die Verunsicherung von Mauern, Straßen usw. stets verurteilt. Wie oft aber haben bürgerliche Journalisten oder Korren Denkmäler „geschändet“, wie das König-Ludwig-Denkmal in Rixingen am Main. In Hannover hat man Studenten, die Laternen zertrümmert und Laternenständer verkauft haben, freigesprochen, weil das nach der Anleihe „ein weiteres Vergnügen“ war. In Halle bekamen Studenten wegen Zerstörung eines Marmorstandbildes 15 M. Geldstrafe. Arbeiter, die noch nicht so viel getan haben, wollen Sie ins Zuchthaus sperren. Und Göttinger und Greifswalder Studenten, darunter ein v. Brochhausen, sind wegen aller möglichen Angriffe auf Schulleute zu 15 oder 30 M. verurteilt worden. In Königsberg wurde ein Student wegen pathologischen Rauch freigesprochen, der einen Schutzmann „Schnaps, Ochs und Saupreufe“ genannt hatte. So wird

Studentenvandalismus

„geandert“, selbst wenn sie auf Füße schießen, die Feuerwehrt alarmieren und den erkrankenden Radfahrer zu Fall bringen wollen, wie es Göttinger Studenten aus der goldenen Jugend taten! In Königsberg wurde das Grab eines unserer Freunde in schändlichster Weise zerstört, verbrannt, geschändet und die Polizei machte dem „Generalanzeiger“ Vorhalte wegen des Verfalls darüber. Und soll ich an die Donner von Vorjahren erinnern? Wo hätten jemals Arbeiter so gehaust? Nun, wir werden ja sehen, ob die Richter sich von der „Post“ zur Klassenjustiz aufspüren lassen werden.

Hat man nicht leghin die Pflege der Seidenraupe als staatsgefährlich erklärt und hat nicht die Lichtenberger Polizei brutal Wirtschaftsgäste hinausgerast? So lange Sie und Ihre Polizei so

arbeiten, ist uns um unsere Jugend nicht bange und mögen Sie noch so viele Millionen Steuergelder dafür aufwenden.

Sie fürchten, daß die Arbeiterjugend sich nicht mehr verhalten lassen wird, darum Ihre Anstrengungen. In Kassel zahlt ja die Stadt schon die Kosten für die polizeiliche Zurückführung solcher Jugendlichen, die wegen schlechter Behandlung ausrücken. Die Politischerklärung der freien Gewerkschaften soll ja nur die Jugend aus ihnen entfernen, weiter nichts. Die gelben und „rechtstreuen“ Gewerkschaften, z. B. in Waldenburg, können sich aber schrankenlos konservativ politisch betätigen und dürfen trotzdem vierzehnjährige Jugendliche unter sich haben! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht wahr, Herr Minister v. Loebell, loyal handhaben Sie das Reichsvereinsgesetz, wie Sie es damals versprochen! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Arbeitsnachrichtendienst und Rechtsprechung

treibt die Polizei mit dem Vereinsrecht. Und was ist das Borgehen der Regierung gegen die „Vollstärker“ anderer? (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Freilich, damit haben Sie sich nur selbst und vermehren unsere Anhängerzahl. Aber wir gehen nicht von unserem persönlichen Nutzen aus, sondern von Gerechtigkeit und Recht, und darum verurteilen wir diese Willkür, in denen z. B. der Berliner Polizeipräsident unerschöpflich ist (Sehr richtig! links), wie er es auch in seinem juristischen Scharfsinn ist. Er hat ja auch die Abrechnung unserer Strafschleife für die Währungslosen, diese rechtswidrige Sachbeschädigung, gerechtfertigt, weil „preussische Duma“ eine Verächtlichmachung dieses Hauses sei. Keine Ehrengabe Ihres Erbrennens! Auch die Anklage des Sieges der Menschlichkeit wurde konfiskiert, und der Heberjurist Jagow nahm auch den Reichstag in Schutz. Wir werden aber versuchen, ob wir Richter finden, die dem Recht die Ehre geben und die unzulässige Verletzung unserer Wälder ahnden.

In Deutschland ist kein Ding unmöglich. In Hoffnungslosigkeit bei Jählich hat man eine Polizeiverordnung von 1884 (fünfhundertvierundfünfzig) ausgegraben und bestrahlt damit Leute in Straßeneinrichtungen. Fürstengeschlechter vergehen — aber die Polizeiverordnung ist unsterblich. Ja, mit solchen Zuständen werden wir ja zum Geißel der ganzen Welt. In einer Broschüre wird der wegen Sittlichkeitsdelikten verurteilte Schuldirektor Robert Bodt-Berlin einem Igl. Kriminalkommissar und Oberleutnant a. D. die unglücklichsten Dinge vor. Darum schreiet man da nicht ein? Gegen Streikposten ist man nicht so zimperlich; im Solinger Kreis hat man jetzt

eine ganze Streikleitung eingesperrt.

Die verbrecherischen Streikbrecheragenten aber erfreuen sich Ihres Schutzes. Darum reden Sie nie von dem furchtbaren erpresserischen Unternehmerterrorismus? Legthm hat sogar Obermeister Kahardt vor Gericht einen Streik als gerechtfertigt erklärt und Milde gegen die Streikposten verlangt. Der Streikbrecher und Jubalier Meinel aber durfte rufen, er könne auch einen Menschen totschießen, denn er sehe als Streikbrecher im Dienste der Polizei.

Auf diesen Subjekten ruht Ihre Gesellschaftsordnung, die sich Ihnen unentbehrlich. Der mit sechs Monaten bestrafte Privatdetektiv Schwarz inseriert ja jetzt keine Bescheidungsbescheide, also findet er doch wohl Anfall, sonst würde er doch die Inseratenkosten nicht verdienen.

Die kapitalistische Gesellschaft bedient sich ja sogar des Diebstahls von Polizisten — siehe den polizeilichen Diebstahl der Steigerbergschlitten für den Fischenverband! Der Essener Polizeipräsident aber hat zwei seiner Beamten die Genehmigung zur Ausreise verweigert. Der Polizeipräsident hindert die Ermittlung der Diebel (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In öffentlicher Versammlung unter Vorbehalt des Staatsministers v. Berlepsch hat Eisler Werner dies erklärt — er ist nicht angeklagt.

Die armen Schächer von Karlsruhe Gerndarmen sind auf lange ins Gefängnis gekommen — der Essener Dieb aber, der Laufende vom Fischenverband erhielt, bekam 60 M. Geldstrafe!

Wenn Sie die Polizeibeamten zwingen, mit Verbrechern aller Art zusammenzuarbeiten, dann dürfen Sie sich nicht über die Polizeikorruption wundern, die in immer neuen Prozessen zutage tritt! (Der Redner bringt einige neuere Fälle solcher Korruption vor und fragt, was denn die Verwaltung dagegen zu tun gedenkt!) Herr v. Loebell könnte ja hier

großes Meinmachen

vornehmen und die Polizeibeamten von der Verbindung mit Buchhändlern und demontierten Gefindeln, ja selbst mit Rordern befreien, wie es der Kelling ist, dessen Polizeidienste Herr v. Dallwitz ja sogar zu bestreiten versucht hat, und Keiling hat vor Gericht in Weimern selbst seine Polizeigenteneigenschaft angezweifelt und gesagt, er ist — er der so scharf Vorbestrafte! — von der preussischen Polizei mit der Aufsicht über christliche Staatsbürger beauftragt — er der Kuppler und Würde. Die göttliche Weltordnung“ und der Staat, der sich auf solche Kreaturen stützt, auf bestechliche Subjekte — ich erinnere nur an den General v. Lindenau! — können einem leid tun. Ein solcher Sumpf muß ausgebrochen werden, die Befreiung solcher elenden Zustände muß der Stolz jedes anständigen Menschen sein! (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Redner schildert die Hamborner Polizeiberfälle auf schlafende Menschen in ihren Betten. Und kein Mensch hat auch nur an Ratsche gedacht diesen wilden Bestien in Schutzmannsuniform gegenüber — so hat dieser „Rechtsstaat“ seine Bewohner erregt! Schut für den Bürger, Schut für den Schutzmanns-erregten! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Der Hauptpatron Schmitz hat schon vorher Ähnliches gemacht — man wachte, wer er ist. Der Handabhaber von Breslau, der Redner des Arbeiters Herrmann sind bis heute nicht gefast und der Genarm Jude ist unbestraft geblieben. Und solcher Patronen wegen bringt man die anständigen Schulleute in Verzug, die sich noch ein Herz unter der Uniform bewahrt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Mit diesem Ihren Vegenwartstaat, aus dessen Nationalhymne Sie freilich die Liebe des freien Mannes“ streichen, wollen Sie die Leute vor dem Zukunftsstaat graulich machen, der eine Erlösung sein wird (Belächter rechts), nämlich für alle, die noch Ehre im Leibe haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In seinen Krebsgeschwüren muß Ihr

Polizei- und Verbrechertum

zugrunde gehen! (Großer Lärm rechts. Rufe: „Kunst“ Ordnungsruf.)

Nur die Willigung dieser Zustände durch dieses Dreiklassenhaus hält sie aufrecht. Ueber das Zentrum, noch die Nationalliberalen mit dem Geheimrat und Doktor einerseits und andererseits, sonst Friedberg genannt, haben sich gegen Loebells Wahlreformabstimmung gewandt. Nicht von Krone und Regierung, nur durch sich selbst muß das preussische Volk die Wahlreform erlangen! (Stürmisches Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Hoffentlich werden auch die Fortschrittler nicht wieder auf eine neue Ministeriummer das ganze Vermögen ihrer Leichtgläubigkeit setzen (Große Heiterkeit), um dann wieder eine Niete zu ziehen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Konservativen haben sich geizern so sehr über das Stichwahlabkommen der Fortschrittler mit uns entrüstet. Aber die Konservativen waren selbst auch schon bei uns zu Gese. (Widerbruch rechts.) Warum hätten Sie sonst ein Verbot erlassen? Ihr Starrsinn gegen jede Wahlreform drängt die Freisinnigen zum Bündnis mit uns, denn diese müssen den Wahlrechtskampf ernstlich aufnehmen, wenn sie nicht den letzten Wähler an uns verlieren wollen. Das Bündnis zwischen Sozialdemokratie und

Freiwillig ist das Werk der vereinigten Wählerkreise. Das preussische Volk ist mündig, es wird sich sein Wahlrecht erziehen, eventuell erkämpfen. Keine Ruhe in Preußen, ehe nicht zum mindesten das Reichstagswahlrecht erkämpft wurde (Weiterleit rechts), das auch wir insofern für minderwertig halten, als wir die Verhältniswahl und das Frauenwahlrecht wünschen. Das Wort des Abg. v. Jedlich über das minderwertige Reichstagswahlrecht

werden wir uns merken. Sehen Sie zu, daß Sie nicht den letzten schätzbaren Rest Ihrer Reichstagsmandate verlieren! Die gestrige Warnung v. Jedlich vor einem Wahlrechtsmiserfolg des Ministers erinnert an die Warnung, die einst die Junker dem regierenden Brandenburger an das Köpenicker Schloß schrieben: „Jochimske, Jochimske, hüte Di, kriegen wir Di, dann hängen wir Di!“

Herr v. Gehdebrand hat uns zur Revolution aufgefordert. Das könnte Ihnen so passen, wenn wir auf Ihre Bestellung Revolution machten! Daß es Ihnen aber Heidenangst wird beim Fortschritt des freien Gedankens, das beweist Ihre Aufforderung zur Revolution, wie Ihre Drohung, mit der Hand am Schwert. Halten Sie die Hand ruhig am Schwert, aber sehen Sie sich vor, daß Sie nicht eins auf die Finger kriegen!

Herr v. Loebell, der mit Bülow die Wahlrechtsfrage bearbeitet hat, war hier nicht darauf gefaßt! Seine Antwort hat uns nicht enttäuscht. In Preußen gibt es für das Volk nur eine Hilfe, und das ist die Selbsthilfe. Die Rede des Ministers werden wir denken, um auch dem letzten preussischen Wähler die Augen zu öffnen. Schon damals, als ich mit Herrn v. Loebell drei Wochen lang durch Westphalen reiste (Weiterleit) und er tagtäglich seine alten Landrats-erinnerungen erzählte — ich bekam ja da nicht das Wort, hier geht das leider nicht so, Herr Minister! (Weiterleit links) —, sagte ich mir, der Mann bringt es noch zum Minister! Solche Leute sind uns recht für unsere Agitation, die sich rundweg als Wahlrechtsfeinde bekennen. Wenn der Junkerhochmut auch den von der Krone geforderten Mittellandkanal bereitleiten konnte — wenn das preussische Volk geschlossen den Ruf ertönen läßt: „Her mit dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht!“ dann wird die Verankerung der Junker, des Geldsacks Macht und die pfäffliche List durch des Volkes Willen überwunden werden. Mit Ihrem Starrsinn helfen Sie am meisten dazu mit: Wen die Götter vernichten wollen, den schlagen sie mit Blindheit! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat des Innern wird genehmigt. Die Resolution König wird der Rechnungskommission überwiesen.
Fortsetzung Mittwoch 11 Uhr.
Schluß 6 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Erweiterung der Mannesmann-Werke.

Die Generalversammlung der Mannesmann-Röhrenwerke genehmigte gestern die Erhöhung des Aktienkapitals um 11 Millionen auf 22 Millionen Mark. Die Kapitalerhöhung dient im wesentlichen zur Durchführung der Verschmelzung mit dem Blechwalzwerk Schulz-Knaub. Auf dem Gelände dieser angegliederten Gesellschaft sollen Hochöfen errichtet werden, so daß die Mannesmann-Werke in Zukunft ihren Bedarf an Roheisen selbst herstellen werden. Die Eisenerze fördert die Mannesmann-Gesellschaft bereits selbst; die zur Verhüttung notwendigen Kohlen gewinnt sie aus der ebenfalls in ihrem Besitz befindlichen Zeche „Königin Elisabeth“.

Ueber die Einzelheiten der technischen und ökonomischen Absichten bei der Fusion machte der Generaldirektor folgende Mitteilungen: Eine Gesellschaft, wie die umfrage, mußte angesichts der gewaltigen, immer noch wachsenden Ausdehnung der großen gemischten Betriebe, besonders nach der Seite der Fertigfabrikation hin erwägen, ob und wie sie dauernd ihren Bestandsauf dem Markt der Fertigfabrikate gegen die großen, ständig tiefer in

das Gebiet der Fertigproduktion einbringenden Werke würde behaupten können. Das Ergebnis dieser Erwägungen war, daß, wenn unsere Gesellschaft nicht beizugehen für eigene Erzeugung der Rohmaterialien sorgte, sie in dem Wettkampf kaum würde bestehen können.

Wir mußten bisher das auf unseren Stahlwerken zur Verarbeitung kommende Roheisen zu den hochgehaltenen Exportpreisen beziehen, von denselben Werken, die auf unserem Sondergebiet der Herstellung von Röhren und in unserer Blechherzeugung in schärfstem Wettbewerb mit uns traten. Seit Jahr und Tag haben wir mit dem Roheisenwerkverband darüber verhandelt, uns Bedingungen für den Roheisenbezug einzuräumen, die uns der Notwendigkeit entzogen, uns auf diesem Gebiete selbstständig zu machen. Aber wir fanden nur geringes Entgegenkommen.

Selbstverständlich ist es mit der Roheisenverbilligung allein nicht getan. Die modernen gemischten Betriebe verdanken ihren Vorsprung auf dem Gebiet der Stahlherzeugung im wesentlichen der Verbindung der Produktion der Kohlengasse mit der Roheisen- und Stahlerzeugung.

Die Verbilligung der Stahlherzeugung, die durch die Selbstherstellung des Roheisens an sich erzielt wird.

Es ist wenig bekannt, daß unsere heutige Stahlerzeugung bereits mehr als 300 000 Tonnen im Jahr beträgt. Wir gebrauchen dazu etwa 100 000 Tonnen Roheisen. Durch Selbstherstellung des Roheisens werden wir einen jährlichen Nutzen zwischen 1 und 1½ Millionen Mark erzielen. Einen ebenso hohen Nutzen werden wir aus der Stahlproduktion an sich durch deren unmittelbare Verbindung mit dem Hochofenbetrieb nach dem neuesten Stande der Technik erzielen.

Außerdem werden wir einen beträchtlichen Nutzen ziehen aus der durch den eigenen Hochofenbetrieb erzielten stärkeren Beschäftigung der Kokerei auf unserer Zeche „Königin Elisabeth“. Dazu wird noch der zu erwartende Nutzen aus der beabsichtigten Vereinheitlichung der Blechherstellung bei Schulz-Knaub und Gieseler (das den Mannesmann-Werken ebenfalls angegliedert ist) treten.

Unser

Preis-Ausschreiben von 10 000 Mark.

Aus nachfolgenden Gründen sehen wir uns genötigt, nochmals bezüglich unseres Preisausschreibens von M. 10 000 das Wort zu ergreifen, da uns von verschiedenen Seiten der Einwand gemacht worden ist, daß die Bedingungen desselben nicht ganz klar verständlich seien.

Wir wollen hiermit darauf hinweisen, daß schon ein einfacher kurzer Satz oder ein Knüttelvers, worin in kürzester und schlagendster Form auf die enormen Vorteile der Providol Seife als billiges und wirklich reelles Schönheitsmittel und auf ihre wissenschaftlich anerkannten schützenden Eigenschaften hingewiesen wird, genügt, wie z. B. „Providol, die Schönheitsseife“, oder „Providol nützt, denn Providol schützt“.

Gleichzeitig stiften wir, um möglichst viele für ihre Mühe zu entschädigen, 400 weitere Preise à M. 5,—, zusammen M. 2000, so daß sich das Preisausschreiben auf insgesamt 12 000 M. erhöht.

Die ausgesetzten Preise betragen nunmehr:

- 1. Preis M. 3000, 2. Preis M. 2000, 3. Preis M. 1000, vier Preise von M. 500, gleich M. 2000, zehn Preise von M. 100, gleich M. 1000, zwanzig Preise von M. 50, gleich M. 1000 und 400 Preise à M. 5,—, gleich M. 2000,

zusammen 437 Preise im Gesamtbetrag von M. 12 000 in barem Gelde.

Hier sei nur noch kurz bemerkt, daß jedermann Gelegenheit hat, ohne unnötige Kosten sich an diesem Preisausschreiben zu beteiligen; denn jeder, der uns zur Legitimation den leeren Karton eines neuen großen 50 Pfg.-Stückes einschickt, ist berechtigt, an dem Preisausschreiben teilzunehmen.

Die Lösungen sind bis spätestens zum 15. Juni 1914 einzusenden und müssen mit der Aufschrift: „Betrifft „Preisausschreiben“ an die Providol Gesellschaft m. b. H., Berlin NW. 207 gerichtet sein. Die Prämierung findet am 15. Juli statt. Das Resultat und die Namen der Preisträger werden nach erfolgter Prämierung in den Zeitungen veröffentlicht.

Providol Gesellschaft m. b. H., Berlin NW.

Zu Spinnstien



Eines dieser beiden hier abgebildeten entzückend. Kleidungsstücke zu besitzen, — wie würde es Ihnen die Feiertage verschönern!

Beide sind so recht geeignet für fröhliche Feststimmung und heitere Sommertage.

Und nicht oft wird Ihnen ein solcher Kauf geboten, denn beide Sachen sind mit äußerstem Raffinement zusammengestellt und repräsentieren in ihrem Material, ihrer Verarbeitung und ihrem Sitz ganz bedeutend höhere Werte als ihre niedrigen Preise.

Auch in Popeline-Mänteln — sowohl den modernen kurzen wie den mehr konservativen langen — Können Sie bei uns reiche Auswahl finden, und auch hier, wie überhaupt bei uns, werden Sie über die niedrigen Preise staunen.

Elegantes Kostüm aus gutem Kasimirs-Twill in modern. Blauschwarz. Besonders effektiv durch die smarten Aermel und durch den sehr schönen buntbestickten Überrock.
24.50

Wend-Volle-Kleid, entzückend, leichte Passon mit prachtvollem Seidenbesatz und passender Schelle.
Dieses Kostüm ist sehr schön.
29.—



Königstrasse 33 am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestr. 113 beim Stettiner Bahnhof

Am Himmelfahrtstage, Donnerstag, den 21. ds., bleiben unsere Geschäfte geschlossen.